

Amerika
Von Washington bis Wilson
von C. A. Bratter
»Männer und Völker« Verlag Ullstein & Co • Berli

Männer und Völker

Amerika

Amerika

Von Washington bis Wilson

Von

C. A. Bratter

Mit einer Tafel



1916

Verlag Ullstein & Co, Berlin

Inhalt

Amerika im Weltkriege
Das „ganz andere Land“

„Ce que je sens avec beaucoup de force... c'est que je suis dans un pays terriblement autre."
Paul Bourget, „Outre-Mer", I.

Dieser Krieg, so hört man klagen, hat eine Unmenge Werte umgewertet; hat den Glauben an vieles zerstört, was früher als unumstößliche Wirklichkeit galt; hat von manchen vermeintlichen Freundschaften den Schleier weggezogen; hat manchen guten, gern gesehenen Bekannten, mit dem man Höflichkeiten ausgetauscht und geschäftlich verkehrt hatte, ohne daß der Umgang je durch störende Unstimmigkeiten getrübt worden wäre, als böswilligen Feind enthüllt. Von diesen Überraschungen und Enttäuschungen hat vielleicht keine so stark auf uns gewirkt wie die schroff feindselige, vielfach bewußt ungerechte und vorsätzlich beleidigende Haltung der Amerikaner, der Regierung wie der öffentlichen Meinung. Der starke Unmut über diese fast psychopathische Feindschaft, über dieses Übelwollen, das sich nicht selten in dem Wunsche äußert, Deutschland vom Erdboden vertilgt zu sehen, wird fast noch übertroffen durch die Überraschung, die uns diese anscheinend unerklärliche Erscheinung bereitete. Die Überraschung über die einseitige Parteinahme für Frankreich und England, für den Dreiverband, dem doch auch das vom ganzen Amerikanertum, ohne jegliche Ausnahme, gehaßte und verachtete Rußland angehört. Und unser Er-

staunen wächst, wenn wir in soundso vielen amerikanischen Blättern lesen, ein Sieg Deutschlands wäre eine vernichtende Niederlage aller demokratischen, aller freiheitlichen Regungen in Europa. Welche Verblendung, etwa von einem Siege Rußlands eine freiheitsförderliche Wirkung zu erwarten! (Auf das amerikanische Argument mit seiner falschen Spitze gegen Deutschland braucht man wahrlich nicht polemisierend einzugehen. Es ist ein Scheinargument, mit dem die Blöße der Ungerechtigkeit sehr notdürftig bedeckt wird.)

Rußland ist dem Amerikaner der Inbegriff politischer und sozialer Scheußlichkeit. Die russische Autokratie ist die schärfste Verneinung des amerikanischen Freiheitsideals. Das Buch George Kennans über die sibirischen Greuel rief in Amerika förmlich ein Wutgeheul hervor; es gehört noch heute zu den meistgelesenen politischen Schriften. Die Judenverfolgungen in Rußland, die eine enorm anwachsende Judeneinwanderung in Amerika zur Folge hatten, verschärften die russenfeindliche Stimmung in den Vereinigten Staaten; die Erzählungen der Vertriebenen von ihren Leiden in Rußland machten die Runde durch die amerikanische Presse; und das sehr einflußreiche Judentum in Amerika trug dafür Sorge, daß die Abneigung der Amerikaner gegen Rußland sich auf die Kreise der Regierenden und die führenden sozialen Schichten ausdehnte.

Dazu kamen und kommen die vielen anderen russischen Einwanderer, denen in ihrer Heimat

das Leben zur Hölle gemacht wurde: Polen, Finnen, Leute aus den Ostseeprovinzen, Armenier aus dem Kaukasus usw.; auch sie haben rege und erfolgreiche Stimmungs-Propaganda gegen Rußland gemacht. Die jämmerliche Heuchelei, die das pomphaft angekündigte Abrüstungsprojekt des Zaren kennzeichnete, hat in Amerika, nachdem die erste Regung des Erstaunens und der freudigen Zustimmung besserer Erkenntnis gewichen war, einen überaus abstoßenden Eindruck hinterlassen. Die innere russische Politik, die unter dem dritten Alexander und seinem schwachen Sohne eine immer freiheitsfeindlichere Form annahm, immer bestimmter auf die rohe Unterdrückung aller liberalen Regungen ausging (das System des „Plehweism", wie es in Amerika kurz und treffend etikettiert wurde); die gewaltsame Russifizierung Finnlands, das unwürdige Gaukelspiel, das mit der Verfassung und der Duma getrieben wurde; die vielen barbarischen Pogrome und ähnliche Blüten spezifisch russischer Eigenart gaben der russenfeindlichen Stimmung in Amerika immer neue Nahrung.

Nach dem Pogrom von Kischinew entschloß die Unions-Regierung sich zu dem ungewöhnlichen Schritt, bei der russischen Regierung anzufragen, ob sie eine Petition der amerikanischen Juden entgegennehmen wolle. Das Petersburger Auswärtige Amt lehnte, wie zu erwarten war, das Ansinnen Amerikas als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands schroff ab; trotzdem war die eigentliche Absicht der amerikanischen Regie-

rung, durch die Veröffentlichung der Petition die Entrüstung der Amerikaner und der übrigen Welt gegen Rußland aufzustacheln, vollkommen erreicht. Es kam ihr hauptsächlich darauf an, der Welt die offizielle amerikanische Auffassung mitzuteilen, daß der Pogrom nicht etwa ein „Privatunternehmen", sondern daß er auf amtliche russische Anstiftung zurückzuführen sei. Präsident Roosevelt hat in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß 1904 dem Empfinden des amerikanischen Volkes ungeschminkten Ausdruck gegeben. Das hinterlistige Vorgehen Rußlands in China, die Weigerung Rußlands, sich der von Amerika angeregten Formel der „offenen Tür" in Ostasien anzuschließen, trugen gleichfalls zur Verschärfung der Abneigung gegen Rußland bei, die in Amerika immer mehr an Boden gewann. Es hat vor dem jetzigen Kriege nicht einen amerikanischen Politiker, nicht eine amerikanische Zeitung gegeben, die es unternommen hätte, für ein herzlicheres Verhältnis zu Rußland einzutreten. Man hätte drüben ein solches Unterfangen als einen Hochverrat an allen amerikanischen Idealen gebrandmarkt.

Und England? Es hat Zeiten gegeben — und sie liegen nicht so sehr weit zurück —, da man in Amerika schon der Schuljugend einprägte, daß England der Erzfeind sei. In den Schulbüchern, in den für die Jugend bestimmten Zeitschriften, in „sensationel novels", in den Reden, die am nationalen Feiertage, dem 4. Juli, gehalten wurden, erinnerte man die Kleinen und die Großen an die

Ereignisse, die der großen Revolution vorangingen, an die Losreißung der amerikanischen Kolonien vom englischen Joch, an den zweiten Amerikanisch-Englischen Krieg 1812/14; und in allen diesen Büchern, Artikeln und Reden erschien das „gierige", das „anmaßende" England stets in der Gestalt des Intriganten und Schurken im Melodrama.

Und in der Tat, Englands Schuldbuch ist recht umfangreich. England hat die nordamerikanischen Freistaaten, als sie noch englische Kolonien waren, in ihrer Entwicklung behindert, wirtschaftlich niedergehalten, finanziell ausgebeutet und zu dem großen Unabhängigkeitskrieg genötigt. England hat den zweiten Krieg mit der Union hervorgerufen durch seine Vergewaltigung der Handelsschiffahrt und des Seehandels der neutralen Union und durch seine völkerrechtswidrigen Pressungen aller englisch sprechenden Matrosen auf amerikanischen Schiffen. England hat beide Kriege gegen die Union von 1775 bis 1783 und von 1812 bis 1814 namentlich durch Heranziehung und Aufreizung wilder Indianerstämme unmenschlich geführt und im zweiten Kriege völkerrechtswidrig die offene Hauptstadt Washington beschossen. England hat im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 unter der Maske der Neutralität die Südstaaten begünstigt, zunächst im Interesse seiner Baumwollindustrie, letzten Endes aber, um die Union, bevor sie allzu groß geworden, zu sprengen. England hat, indem es die Südstaaten als kriegführende Macht anerkannte, ihnen die Ausstellung von Kaperbriefen ermöglicht,

ihnen Kaperschiffe ausgerüstet und es dahin gebracht, daß die ehedem blühende Handelsflotte der Nordstaaten durch die Kaper zugrunde gerichtet wurde. Die noch heute nicht überwundene Schwäche der nordamerikanischen Handelsflotte wurde für Englands Handelsschiffahrt zu einer Quelle reichlichen Gewinnes.

Man war in Amerika noch vor kurzem der Überzeugung, daß England nur auf eine Gelegenheit lauere, die Macht und das Ansehen der Vereinigten Staaten zu schwächen. Noch 1895 habe ich selbst in Amerika den elementaren Ausbruch eines Englandhasses erlebt, von dessen Stärke und Glut man sich hier keinen zureichenden Begriff machte. Es war ein Toben und Wüten, als stände man unmittelbar vor einem Kriege. Es war zur Zeit des Grenzstreites zwischen Venezuela und Britisch-Guyana, und die Regierung Lord Salisburys hatte die Aufforderung des amerikanischen Staatssekretärs Olney, die Angelegenheit schiedsrichterlich zum Austrag zu bringen, glatt abgelehnt. Ebenso entschieden wies er die Auslegung zurück, die der Staatssekretär Olney der Monroe-Doktrin gab; er erklärte, die Monroe-Doktrin habe keine internationale Geltung und sei speziell auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar. Darauf legte Präsident Cleveland dem Kongreß die ganze zwischen Amerika und England ausgetauschte Korrespondenz in einer Sonderbotschaft vor, in der er erklärte, die Vereinigten Staaten würden vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihre Forderung und

Auffassung durchzusetzen. Das amerikanische Volk hätte es am liebsten gesehen, wenn die Union der englischen Regierung ohne weiteres den Krieg erklärt hätte; und wer weiß, ob es nicht dazu gekommen wäre, wenn nicht Lord Salisbury, vor dem Ausbruch der amerikanischen Volkswut zurückschreckend, schleunigst eingelenkt hätte.

Damals geschah es, daß die zielbewußten und leider nicht erfolglosen Bemühungen der englischen Politik, Deutschland in der öffentlichen Meinung Amerikas herabzusetzen und anzuschwärzen, mit verdoppelter Kraft einsetzten. Es gelang den Engländern, den Ingrimm, den die Venezuela-Episode in Amerika wachgerufen hatte, von sich ab- und in die Richtung nach Deutschland zu lenken. Zunächst wurde von England aus mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nirgends in der Welt die Geltung der Monroe-Doktrin so energisch bestritten werde wie in Deutschland. Man zitierte Stellen aus alldeutschen Artikeln und verbreitete mit Behagen eine angebliche Äußerung Bismarcks, die Monroe-Doktrin sei kein staatsrechtlich-internationaler Grundsatz, sondern eine „internationale Unverschämtheit". Nun gibt es auf der ganzen Welt nichts, was die Amerikaner derart aufreizt, als wenn an der Monroe-Doktrin, diesem Grund- und Eckstein ihrer auswärtigen Politik, gerührt wird; selbst in ihrer vor-imperialistischen Zeit waren sie durchaus gewillt, jeden Staat, der sich in die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre mit Umgehung der Vereinigten Staaten einmischen sollte, mit Krieg zu

überziehen. Gerade die Venezuela-Botschaft des Präsidenten Cleveland zeigte, wie selbst ruhige und durchaus friedlich veranlagte amerikanische Staatsmänner mit dieser reißenden Volksströmung zu rechnen haben. Und nachdem die Engländer aus dieser Ecke die Deutschen mit Erfolg bei den Amerikanern verleumdet hatten, beeilten sie sich, die Monroe-Doktrin in aller Form anzuerkennen. Die englische Regierung ließ durch den Herzog von Devonshire erklären: „Great Britain accepts the Monroe Doctrine unreservedly." In Amerika wurde dieses Anerkenntnis mit größter Genugtuung begrüßt, während eine schon früher ergangene Erklärung der deutschen Regierung, sie beabsichtige nicht, auf dem südamerikanischen Kontinent auch nur den geringsten Gebietserwerb vorzunehmen, unter englischem Einflusse als unzulänglich und ausweichend kühl aufgenommen worden war.

Inzwischen hatte England zwei andere internationale Zwischenfälle erfolgreich gegen Deutschland ausgebeutet: die Kaiserdepesche an Krüger und die Diedrichs-Dewey-Episode 1898 in der Manilabai. Die Geschichte dieser Episode ist noch heute nicht ganz aufgeklärt, und 1898 wußte man in Amerika von ihr nur das, was über das englische Kabel dorthin gelangte. Es wurde mit Winken und halben Andeutungen so geschickt manövriert, daß die deutsche Regierung bei den Amerikanern in den Verdacht geriet, in Ostasien auf Kosten der Vereinigten Staaten Eroberungen machen zu wollen.

Es ist kein Geheimnis, daß Amerika damals die Philippinen zum großen Teile aus dem Grunde an sich nahm, weil man der Unions-Regierung suggeriert hatte, wenn sie nicht von den Inseln Besitz ergreife, so würden es die Deutschen tun. Die deutsch-amerikanische Presse tat damals, wie sie es heute wieder tut, ihr Bestes, um das anglo-amerikanische Publikum über die friedliche Natur der deutschen Politik aufzuklären und das Brandmal der „greediness“, der Gier nach fremdem Gut, von ihr zu entfernen. Aber das amerikanische Publikum liest keine deutsch-amerikanischen Blätter, und die Stimme der Londoner „Times“ dringt viel leichter und schneller an sein Ohr als die der „New Yorker Staatszeitung“ und des „Deutschen Journals“.

Über jenen Zwischenfällen ist eine Reihe von Jahren vergangen, und die öffentliche Meinung in Amerika hätte vielleicht alle Unstimmigkeiten vergessen, wenn nicht die verderblichen englischen Einflüsse ihr Spiel weiter getrieben hätten. Zu spät hat man in Deutschland die Notwendigkeit erkannt, der Beherrschung des Kabel-Nachrichtendienstes durch England entgegenzutreten und eigene Kabellinien nach Amerika zu legen. Als 1904 das zweite Kabel Borkum—Azoren—New York fertiggestellt war, hatte die englische Brunnenvergiftung schon zuviel Unheil angerichtet. Der Besuch des Prinzen Heinrich in Amerika hat jene unheilvollen Einflüsse nicht ausrotten können. Dann wurde auf deutscher Seite der Fehler begangen, eine Statue Friedrichs des Großen gerade in dem Augenblick nach Amerika

zu schicken, als drüben die französische Rochambeau-Deputation gefeiert wurde; es wurde von den Amerikanern falsch ausgelegt als ein Versuch Deutschlands, die Franzosen in der Gunst der Amerikaner zu verdrängen. Daß England diesen kleinen Mißgriff nicht unbenutzt vorbeigehen ließ, ist selbstverständlich.

Immerhin: in den langen Jahren nie unfreundlicher amtlicher Wechselbeziehungen zwischen Amerika und Deutschland hätten die Amerikaner erkennen müssen, daß Deutschland nie eine Politik der „greediness" verfolgt, daß es — ganz besonders unter dem jetzigen Kaiser — das ehrliche Bestreben an den Tag gelegt hat, mit der Union in Frieden und in Freundschaft zu leben. Sie müßten eingesehen haben, wie schlecht sie beraten waren, als sie der Einflüsterung Englands Gehör schenkten, Deutschland wolle Südbrasilien zu einer deutschen Kolonie machen, Deutschland habe die Absicht, von den Karolinen und Ladronen aus Amerika in seiner westlichen Flanke anzugreifen, und was derlei schlecht erfundene Verdächtigungen mehr sind. Die Amerikaner müßten der ehrenvollen Rolle gedenken, die das Deutschtum drüben schon in der schweren Zeit der Revolutionskriege gespielt hat, der hervorragenden militärischen Dienste, die ein Steuben, ein Kalb, ein Herckheimer (von den Amerikanern „Herkimer" genannt), ein Peter Mühlenberg und viele andere, und im Bürgerkrieg mehrere Dutzend deutscher Heerführer ihnen geleistet haben. Die besten Amerikaner haben dem deutschen Geist

ihre Verehrung gezollt; viele amerikanische Politiker haben — auch wenn just nicht eine Wahlkampagne im Gange war — die kulturelle Bedeutung des Deutsch-Amerikanertums für die Union gern anerkannt, eine jährlich wachsende Zahl von Amerikanern lernt bei uns nicht nur gute Städteverwaltung und mustergültige Einrichtungen der sozialen Wohlfahrtspflege, sondern auch die Ruhe und Geradlinigkeit unserer Politik aus eigener Anschauung kennen.

Alle diese Anerkennung, die ganze, nicht unbeträchtliche Summe freundschaftlicher Gesinnungen, das Gefühl enger Kulturgemeinschaft mit dem deutschen Volke — wie ausgelöscht!

In Amerika ist man zurückgetaucht in die dunklen Tage des Deutschenhasses, der die ersten deutschen Ansiedler auf amerikanischem Boden in seinen Fesseln hielt. In die Kolonialzeit, wo man jeden Deutschen, der über die Masse hinausragte, verfolgte und ächtete — so den aus Wesel gebürtigen Generaldirektor der Westindischen Gesellschaft, Peter Minnewitt, so den Frankfurter Jakob Leisler, den zweiten Gouverneur von Neuyork, der auf englische Anstiftung hingerichtet wurde. Ließ doch selbst Benjamin Franklin die Deutsch-Amerikaner seine heftige Abneigung fühlen, wo und wann immer er konnte. Ihm waren sie „leichtgläubig, unwissend, schwer von Begriff, voll von Vorurteilen", und er empfahl strenge Maßregeln gegen sie. Man glaubt die heutigen Verleumder Deutschlands in Amerika zu hören, wenn Franklin von den zeitgenössischen

Deutschen schreibt: „Da sie in ihrem Leben nie an Freiheit gewöhnt waren, so wissen sie keinen noch so bescheidenen Gebrauch von ihr zu machen." Die Geschichte des Deutschtums in den Vereinigten Staaten ist überreich an Mißachtung, Kränkung und Undank, die sie von den Amerikanern erfuhren; erst nach dem Kriege 1870/71 trat ein — allerdings wenig durchgreifender — Wandel hierin ein; etwas von der Achtung, die die Kraft des neuerstandenen Deutschen Reiches selbst den Amerikanern abnötigte, kam auch den Deutschen der Union zugute. Die Zahl der Amerikaner, die in Deutschland studierten oder sich besuchsweise in Deutschland aufhielten, mehrte sich, und damit wuchs drüben das Verständnis für die kulturelle Bedeutung Deutschlands; und dieses Verständnis kam in Kundgebungen der Anerkennung und Bewunderung zum Ausdruck. Man schämte sich vielleicht auch ein wenig vor den Deutschen, denn 1870/71 haben nicht nur amerikanische Privatfirmen, sondern auch amerikanische Regierungsbeamte den Franzosen Waffen und Munition im Werte von elf Millionen Dollar geliefert; und man empfand so etwas wie Achtung vor einer Macht, die trotzdem so glorreich aus dem Kriege hervorgegangen war.

Der jetzige Krieg hat alles dies im Gedächtnisse der Amerikaner getilgt — besser gesagt: es zeigt sich jetzt, daß die Sympathien für Deutschland, die in den letzten Jahrzehnten drüben vereinzelt bemerkbar waren, sich keineswegs mit der Volksmeinung deckten. Sie waren unzweifelhaft ehrlich

gemeint, auf die Gesamtheit der Amerikaner hatten sie aber keinen aufklärenden Einfluß. Die Masse der Amerikaner hat von solchen deutschfreundlichen Äußerungen überhaupt keine Kenntnis genommen.

In Deutschland, wo man sich seit der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika, seit dem Anschwellen der deutschen Amerika-Literatur, seit dem Professorenaustausch und den sonstigen allzu lebhaften deutschen Annäherungsbemühungen in die Anschauung hineingelebt hat, daß wir mit den Amerikanern auf dem besten Fuße stünden, war man über den vermeintlichen plötzlichen Umschwung in der Haltung der Amerikaner nicht nur erstaunt, sondern geradezu konsterniert.

Für denjenigen, der die amerikanische Seele genauer kennt, war nichts erstaunlicher als dieses Erstaunen. Er war auf nichts Besseres gefaßt. Er wußte, daß von einem „Umschwung" keine Rede sein konnte; daß der Krieg nur die Anschauungen, Vorurteile und Leidenschaften mit plötzlichem, gewaltigem Stoß an die Oberfläche getrieben hat, die im Amerikanertum seit jeher dicht unter der Oberfläche lagen.

Die deutsche Allgemeinheit und die amtlichen deutschen Kreise sind über diese amerikanische Seele überaus schlecht orientiert gewesen. Anderenfalls wäre die Prinzenreise nie unternommen worden, wären alle übrigen deutschen Anläufe in ähnlicher Richtung unterblieben. Die Geschichtschreiber der Prinzenreise haben die öffentliche und die amtliche Meinung in Deutschland irregeleitet. Sie haben

die Höflichkeiten, die die Regierenden, die Gastfreundschaft, die die sozialen Spitzen dem Bruder des Deutschen Kaisers erwiesen, für national-amerikanische Freundschaftskundgebungen ausgegeben.

In noch höherem Grade sind die distinguierten Deutschen, die nach dem Prinzen Heinrich ein wenig modemäßig Amerika besuchten, für unsere schiefe politische Bewertung des Amerikanertums verantwortlich gewesen. Die große Mehrzahl der Bücher und Zeitungsartikel, die jenen Besuchen entsprangen, diente dieser Tendenz (wenn auch einer an sich sehr lobenswürdigen, politisch durchaus zu billigenden): der Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Union. Aber fürs erste ist Tendenz mit Objektivität unvereinbar; sie wählt aus, sie verschweigt, sie färbt. Zweitens sind diese Amerikareisenden mit sehr wenigen Ausnahmen nur einige Wochen, im besten Fall einige Monate in einem Lande gewesen, dessen große Dimensionen, dessen verwirrende Vielgestaltigkeit, dessen Problemfülle kaum durch jahrelanges ernstes und sachverständiges Studium bewältigt werden können; in einem Lande, in dem alles so ganz anders ist als bei uns, unter einem Volke, dem der Europäer völlig fremd gegenübersteht.

Unter einem Volke? Ach nein. Diese deutschen Amerikareisenden kamen entweder als wohlhabende Privatleute, mit den besten Empfehlungen an die oberen Klassen der amerikanischen Gesellschaft, oder als dichterisch veranlagte und empfindende Schrift-

steller, die als Gäste irgendeiner amerikanischen Vereinigung die Oberfläche des amerikanischen Lebens streiften, die nichts miterlebten außer „social functions", die von dem Gluthauch, der von den Tiefen des gewaltigen politischen und sozialen Kraters von Zeit zu Zeit in die Höhe schlägt, nichts gefühlt haben, denen man erzählt hat, was man ihnen erzählen wollte, und die dann das Wenige, das sie erlebt, und das Viele, was man ihnen erzählt hat, in politisch oder schriftstellerisch tendenziöser Auswahl an die deutsche Öffentlichkeit brachten. Es sind ausgezeichnete literarische Schöpfungen darunter — ich möchte das prächtige Buch Wilhelm von Polenz' um keinen Preis missen —, aber es ist „Literatur". Es hat unsere Kenntnis des wirklichen Amerika nicht nur nicht bereichert, sondern geradezu verdunkelt. Die besten dieser Werke haben das Grandiose, das Kraftvoll-Ursprüngliche der amerikanischen Landschaft, der Industrie, des Vorwärtsstürmens auf allen Gebieten der praktischen Betätigung erfaßt und packend wiedergegeben. Andere prägten packende Schlagworte, glänzende, aber unechte Münze, die im deutschen Volke rasch vollen Kurswert erhielt. Andere befaßten sich einseitig mit der in der Tat überwältigenden industriellen und technischen Leistung Amerikas und stellten sie unkritisch als Wertmesser für die Beurteilung des ganzen Amerika in allen seinen Lebensäußerungen hin. Andere wieder sind nicht nur in ihren Büchern, sondern schon in der Art des Schauens nicht über den oberflächlichsten Feuilletonismus

hinausgekommen. Andere, die drüben gastlich und freundlich aufgenommen wurden, glaubten sich dafür erkenntlich zeigen zu müssen, indem sie unangenehme, selbst häßliche Züge im Amerikanertum als sympathische „Auswüchse einer ungebändigten nationalen Jugendlichkeit" ausmalten.

So ist die Kette unserer Irrtümer entstanden: schlechte diplomatische Information hat die Prinzenreise und alle übrigen, in ihrer Häufung unangebrachten Aufmerksamkeiten hervorgebracht; aus dieser Tendenz (die der Amerikaner selbstverständlich als „Nachlaufen" einschätzte) entstanden die Amerikareisen, diese gebaren die irreleitenden Amerikabücher, und aus allem zusammen ergab sich unsere ganz verfehlte Gesamtauffassung von der politischen und seelischen Stellungnahme Amerikas gegen Deutschland.

Nostra maxima culpa! Wir hätten die Wahrheit, die uns jetzt so brutal ins Gesicht schlägt, früher kennen müssen. Wir hätten dann gewußt, daß Amerika eine tiefe Abneigung gegen uns hegt, und wir hätten unsere Politik danach eingestellt. Nicht etwa im Sinne der Vergeltung — beileibe nicht. Aber doch im Sinne der Vorsicht bei der Aufmachung unserer politischen Rechnung. So, wie die Dinge lagen, haben wir einen der wichtigsten Faktoren auf die unrichtige Seite dieser Rechnung gestellt.

Nach den Ursachen dieser Abneigung ist (hinterher) eifrig geforscht worden. Vieles von dem, was bei diesen Untersuchungen zutage gefördert wurde,

ist wahr: die englische Stammesverwandtschaft, die systematische englische Intrige, die mangelhafte deutsche Aufklärungsarbeit (sie ist jetzt ergiebiger, aber herzlich ungeschickt, vor allem kommt sie zu spät), die Unwissenheit des Amerikaners in europäischen, namentlich in deutschen Dingen. Je nun, wieviel wissen wir von amerikanischen Dingen? Wüßten wir mehr, so hätten wir uns nicht so irreführen lassen, wie es geschehen ist. Dann wäre es uns auch klar, daß die hier angeführten Gründe und einige mehr an sich zwar zutreffend sind, daß sie aber den Kern der Sache nicht treffen. Dieser ist vielmehr in der Geschichte des Entstehens und Wachsens der Nordamerikanischen Union zu suchen, in dieser Entwicklungsgeschichte, der wohl kein anderes Land der Welt ein gleiches entgegenzustellen hat.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ganz anders geworden und gewachsen als andere Staaten; im Schnelltempo, mit einer gewaltigen Triebkraft, die unausgesetzt vorwärts stieß und drängte, und zwar vorwiegend in einer Richtung: in der Richtung materieller Erstarkung, der Erzeugung hoher wirtschaftlicher Werte, der Gewinnung und Selbstvermehrung des Kapitals — dessen, was der Amerikaner „commercialism" nennt. Diese so ganz von der geschichtlich überkommenen verschiedene, einseitige Art der Staaten- und Volksentwicklung hat naturgemäß ganz andere Erscheinungsformen auf fast allen Gebieten menschlicher Betätigung gezeitigt als in den Staaten mit ruhigerer und gleichmäßiger Entwicklung. Amerika gleicht

einem ungeheuren Reservoir, in dem es unausgesetzt brodelt und kocht und in dem stets Hochspannungen zur Explosion zu drängen scheinen. National und kulturell aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzt, ist die erst hundertvierzig Jahre alte nordamerikanische Republik noch mitten in einem Konsolidierungsprozeß begriffen, der sich keineswegs so glatt vollzieht, wie viele amerikanische und deutsche Beobachter annehmen, da zwischen den Rassen eine schwer zu überbrückende Gegensätzlichkeit besteht. Die Freiheit der Amerikaner hat noch nicht Zeit gehabt, alle Schlacken der Zügellosigkeit abzustreifen. Seine urzuständlichen Instinkte sind noch nicht von den riesenhaften technischen und industriellen Fortschritten seines Landes gänzlich absorbiert worden.

Es sind noch keine dreihundert Jahre her, seit die ersten englischen Kolonisten an der amerikanischen Ostküste landeten und Heimstätten bauten und ihren täglichen Geschäften nur unter stetigen Gefahren, die ihnen von wilden Feinden drohten, nachgehen konnten; es sind noch keine hundertfünfzig Jahre her, seit die Pioniere am Ohio und Mississippi die Wildnis urbar machten in den Pausen, die ihnen die Indianerkriege ließen; es sind noch keine sechzig Jahre her, seit die letzten Pioniere in Karawanen eine pfadlose Wüste durchquerten und mit ihren bleichenden Gebeinen denjenigen den Weg wiesen, die ihnen nach dem Dorado des Westens folgen wollten. Es ist selbstverständlich, daß die Abkömmlinge dieser Männer mit

solcher Entwicklungsgeschichte wenig Zeit und wenig Sinn für das Studium europäischer Probleme besaßen, die ihrem Verständnisse ja auch vollständig fernlagen. Ihre geographische Abgeschlossenheit hielt sie von den Welthändeln fern, ihre Interessen waren dem eigenen Fortkommen zugewendet, und zudem erzeugte das rasche Wachstum und Gedeihen des Landes eine nationale Selbstgefälligkeit, ja Überhebung, die dem Amerikaner alles Nicht-Amerikanische als untergeordnet erscheinen läßt.* Dieser nationale Zug hatte im Grunde genommen seine Wurzeln schon in der Periode, die der Einwanderung der ersten englischen Ansiedler, der Puritaner (die

* Der Fernstehende ahnt nicht, wie tief das Bewußtsein der politischen und ethischen Überlegenheit über Europa in allen Bevölkerungsklassen Amerikas wurzelt, und wie wenig diese Annahme sich auf eine zulängliche Kenntnis europäischer Verhältnisse zu stützen vermag. Es ist ein Volksinstinkt, der nicht lange nach Grund und Berechtigung fragt. Der Schüler lernt drüben Geographie und Völkerkunde aus einem Atlas, in dem quer über die Länder mit roten Buchstaben eine knappe Charakteristik gedruckt ist; so heißt es über der Türkei „halbzivilisiert", über Deutschland, Frankreich, England usw. „zivilisiert", über den Vereinigten Staaten aber „erleuchtet" (enlightened)! So wird schon dem Knaben, ohne daß man ihm erklärte, warum, die Auffassung beigebracht, daß sein Land — als einziges! — auf der höchsten Stufe der Kultur stehe; so wird er gelehrt, in seinem Urteil eine große Distanz zwischen sein Land und die übrige Welt zu legen. Und da der Durchschnitts-Amerikaner den auswärtigen Dingen blutwenig Interesse entgegenbringt und von ihnen infolgedessen ebensowenig weiß, so fehlt ihm jede Möglichkeit, sich einen Begriff von der Schiefe seines Urteils zu machen und an die tatsächlichen Kultur- und Stärkeverhältnisse der einzelnen Länder einen richtigen vergleichenden Maßstab zu legen. Er wächst mit der zum Axiom gewordenen Überzeugung auf, daß Amerika im Notfall „die ganze Schöpfung durchhauen" (lick creation) oder doch im friedlichen Falle der ganzen Schöpfung Muster, Vorbild, Schiedsrichter und Einrenker sein kann. Und diese Überzeugung beherrscht nicht etwa nur den „Mann von der Straße", sondern auch gebildete Kreise, die Kreise, aus denen die großen Kaufleute, die Männer der Finanz, die Anwälte, die Staatsmänner, die Diplomaten und die — Präsidenten hervorgehen.

1620 auf der „Mayflower" in Amerika landeten), unmittelbar folgte. Diese Puritaner, kraftvolle, willensstarke Männer, die religiöse Verfolgung aus der englischen Heimat vertrieben hatte, waren von dem finsteren Geist der starrsten Unduldsamkeit gegen Andersgläubige erfüllt. Von dieser religiösen Intoleranz sind die letzten Spuren noch heute nicht verschwunden, die zahlreichen Einzelkirchen befehden einander auf das heftigste; in der Hauptsache hat sich dieser von den „Pilgrim-Vätern" nach Amerika verpflanzte Geist der Unduldsamkeit auf das nationale und Rassengebiet verlegt.

Und auf diesem Gebiet sind es wiederum die Deutschen, die seit jeher die Abneigung der Amerikaner auf sich gezogen haben. Auch das ist in der Entstehungsgeschichte Amerikas begründet. Die ersten deutschen Ansiedler kamen nur wenige Jahre nach den ersten englischen ins Land, fünfzig Jahre später begann ein großer Strom deutscher Einwanderer sich nach Amerika zu ergießen, auch diese meist durch religiöse Bedrückung zur Auswanderung getrieben. Sobald diese deutschen Ansiedler — in den Augen der Puritaner Ketzer — das ihnen überwiesene Land urbar und wertvoll gemacht hatten, wurde es ihnen von den Engländern entrissen. Die Geschichte der großen deutschen Ansiedlung am Hudson, wo die Deutschen im Dienste der englischen Regierung Teer in den Tannenwaldungen der Catskill-Berge gewinnen mußten und dabei von den englischen Kolonialbeamten auf das grausamste mißhandelt wurden, ist typisch für die ganze Leidensgeschichte der

ersten Deutsch-Amerikaner. Als später das erstarkende Deutschtum in Amerika sich gar politisch zu betätigen begann, setzte auch die politische Unduldsamkeit gegen die Deutschen ein. Sie hat seither nie aufgehört, sich in Zurücksetzung und Mißachtung zu äußern. Sie hat sich auch auf die alte Heimat der Deutsch-Amerikaner übertragen, von deren Wesen und Potenz die große Masse der Amerikaner noch weniger weiß als vom übrigen Europa. Das Gift der Deutschfeindschaft, schon in den Anfängen Amerikas vom Geiste der Intoleranz und Überheblichkeit gebraut, hat zu lange Zeit gehabt, sich in die amerikanische Seele einzufressen. Prinzenreisen und Austauschprofessuren haben es nicht mehr aus dem amerikanischen Organismus entfernen können.

Andere Entwicklungen zeitigen andere Lebensformen. Daran denkt man in Deutschland bei der Beurteilung der Stellungnahme Amerikas zu wenig. In Amerika ist tatsächlich nahezu alles „terriblement autre". Der Amerikaner hat eine andere Art zu essen und zu trinken (die amerikanische Nationalkrankheit ist, beiläufig bemerkt, die Dyspepsie), eine andere Art sich zu vergnügen, seine Kinder zu erziehen, seine Häuser zu bauen, eine andere Art zu denken, vor allem politisch zu denken, als wir. Nach unserer Auffassung vom politischen Denken und Handeln gemessen, gibt es in Amerika, wo es doch von „politicians" wimmelt, nur sehr wenige Politiker. Was man drüben einen „politician" nennt, ist etwas ganz anderes als der deutsche, französische oder englische Politiker. Er steht selbst noch

ein gutes Stück unter dem, was Bismarck wegwerfend als den „Berufspolitiker" kennzeichnete. Von den amerikanischen „politicians" verbringt ein Teil ihr Leben in einem Amte, ein anderer auf der Jagd nach einem Amte. Alle sind ausschließlich Werbeagenten der Partei, genauer: der Parteiorganisation, von der sie ein Amt erhoffen. Der „Politiker", der seiner Partei die meisten Stimmen zuführt, ist der aussichtsreichste. Diese Werbearbeit wird in Versammlungen, Klubs, Arbeitsstätten, aber auch in den „saloons" (Bier- oder Whiskylokalen) und in den Schlupfwinkeln der dunkelsten Existenzen geleistet, denn jede Stimme zählt.

Natürlich gibt es unter diesen „politicians" Rang- und Qualitätsunterschiede, und ebenso natürlich gelingt es nicht jedem, ein Amt zu erhaschen oder sich zu einer leitenden Stellung in der Partei aufzuschwingen. Die Unsicherheit der Beamtenstellung, hervorgerufen durch kurze Amtsdauer und den häufigen Wechsel der Parteiherrschaft (die bei den Wahlen jeweils siegreiche Partei schafft nahezu den gesamten Beamtenkörper ab und ersetzt ihn durch Leute aus der eigenen Partei), hat zur Folge, daß das Land zu allen Zeiten von solchen Ämterjägern überschwemmt ist, die sich durch Beschäftigung mit der „Politik", d. h. durch Werbearbeit für eine Parteiorganisation, wenigstens für einige Jahre eine Versorgung verschaffen wollen. Jeden spornt die stille Hoffnung an, durch möglichst große Erfolge eine einflußreiche Stellung in der Parteimaschine zu erringen. Sein Ziel ist es, „Boß" zu werden,

einer der Mächtigen in der Parteiorganisation, einer der Lenker der Maschine, der sowohl sich selbst ein einträgliches Amt besorgen kann als auch über eine stattliche „Patronage“ (Verteilung von Ämtern) verfügt. Jeder Bezirk, jeder Wahlkreis, jeder Staat hat seine „Bosse“; die einen sitzen in den gesetzgebenden Versammlungen, dem Stadtrat, dem Staatsparlament („Legislatur“), dem Kongreß, andere, die es am weitesten gebracht haben, ziehen es vor, von ihrem Hause oder ihrer „office“ (Bureau) aus die Partei ihres Bezirkes oder ihres Staates zu beherrschen. Das sind freilich schon die ganz Großen, die Männer, aus deren Händen die Gesetzgeber und die Präsidenten hervorgehen.

Die Unmenge der „politicians“ in Amerika erklärt sich aus der sehr großen Zahl von Wahlen, die in den Gemeinden, Städten, „Counties“ (Grafschaften, Kreisen), Kongreßbezirken, Staaten und zu vielen Bundesämtern stattfinden; dann daraus, daß die Methode der Aufstellung von Kandidaten und die Technik des Wahlkampfes in Amerika überaus verwickelt ist. Das Übel der „politicians“, der Ämterjäger und der Boßwirtschaft, die in ihrer Vereinigung eine ungeheuerliche, das ganze Land durchdringende Korruption hervorgebracht haben, liegt aber hauptsächlich in dem, was Wilhelm Hasbach* „die Erbsünde der Demokratie“ genannt hat: „daß hier stets ein partikularer Wille dem Staatsleben die Ziele steckt, nämlich der Wille der stärkeren Partei“. Damit aber die Mehrheitspartei ihren Willen

* „Die neuere Verfassungsentwicklung in den Vereinigten Staaten.“

der schwächeren aufzwingen kann, muß sie kräftig organisiert sein, sie muß über Menschen, die für sie „arbeiten", und über Geld verfügen. „Die Männer, die ihre Schlachten schlagen, müssen belohnt werden. Für sie werden die Stellen im Staat, im County und in der Gemeinde gewonnen, und ein Teil des zur Eroberung der Macht erlangten Geldes wird unter sie verteilt. Die ‚City Bosses' und die ‚State Bosses' sind die eigentlichen, der Verfassung freilich unbekannten Beherrscher Amerikas. An sie wendet sich, wer eine Stelle, den Erlaß oder die Abschaffung eines Gesetzes, eine Konzession, Straffreiheit usw. verlangt." Weiter: „Durch die Parteiorganisation ist die Partei eine Versorgungs- und Bereicherungsanstalt für den Boß und seine Mannen geworden. Der Kampf um die Präsidentschaft wird in erster Linie zu dem Zweck geführt, eine Person durchzubringen, die infolge ihrer Ernennungsgewalt eine ungeheure Beute unter ihre Partei verteilt... Man begann sich auf unrechtmäßige Weise im Bunde (der Washingtoner Zentralregierung) wie in den Einzelstaaten und Gemeinden zu bereichern. Mit der riesigen Zunahme des Reichtums nach der Niederwerfung der Südstaaten nahmen die Bestechungsmittel und das Bedürfnis der Parteien, sich den Staat und die großen Städte zu unterwerfen, zu: Erlaß und Abwehr von Gesetzen, Konzessionen, Expropriationen, Aneignung der freien oder sich im Besitz des Staates bezw. der Gemeinde befindlichen Güter. Es kam schließlich so weit, daß die großen Unternehmer und

Aktiengesellschaften durch den Boß und die Parteimaschine in Staat und Gemeinde tatsächlich wie in ihren Betrieben Befehle gaben."

Wer etwa glaubt, daß diese Darstellung eines Deutschen übertrieben sei, lese nur nach, was viele angesehene Amerikaner, darunter der jetzige Präsident der Republik, was Bayard Taylor, was Parker, der frühere Gouverneur von New Jersey, Francis Kernan, der ehemalige Gouverneur des Staates New York, darüber gesagt, was unter vielen anderen Dr. C. C. Clark in seinem Buche „The Commonwealth Reconstructed", J. F. Chapman in „Government and Democracy", R. C. Brooks in „Corruption in American Politics and Life", H. J. Ford in „The Causes of Political Corruption", Woodburn in „Political Parties and Party Problems in the United States" (um nur einige zu nennen) darüber geschrieben haben. Es wäre ein leichtes, aus amerikanischen Schilderungen ein haarsträubendes Bild der Zustände zu entwerfen, die den „politician" geboren haben und die in verderblicher Wechselwirkung vom „politician" hervorgerufen worden sind. Ich möchte mir das heute versagen. Anstatt dessen seien zur Kennzeichnung des amerikanischen Politikers nur zwei kurze Äußerungen wiedergegeben, die von dem Geist, der Überzeugungstreue und dem Gemeinsinn großer amerikanischer „Bosse" ein beredtes Zeugnis ablegen.

Im Jahre 1900 wurde Bryan zum zweiten Male von der demokratischen Partei als Präsidentschafts-

kandidat aufgestellt, und seine „Plattform" (Programmerklärung) enthielt abermals als wichtigste „Planke" die Forderung nach Einführung der Silberwährung bzw. freier Silberprägung im Verhältnisse 16 : 1 zum Gold. Richard Croker, der mächtige Chef von Tammany Hall, einer der einflußreichsten „Politiker" Amerikas, sprach damals, von einem Berichterstatter der New Yorker „Evening Post" über die Wahlaussichten gefragt, die folgenden goldenen Worte:

„Es ist mir ganz gleich, ob wir Gold- oder Silbergeld haben. Mir sind alle Arten von Geld recht. Wenn 16 : 1 nicht zieht, dann sollen sie es doch mit irgendeiner anderen Ratio probieren."

So sprach „Dick" Croker, und so dachte jeder andere unter den ungezählten „Politikern" bei jeder Wahl. Währungsreform, Zollreform, Imperialismus, Mexiko, Krieg — sich über solchen „rot" (Blödsinn) den Kopf zu zerbrechen, ist gut genug für die paar Idealisten und Bücherschreiber. Was wir Bosse brauchen, sind Stimmen. Die Partei muß siegen, Silber hin, Silber her ...

Richard Crokers Vorgänger war der berüchtigte Tweed, der die Stadt New York um viele Millionen betrog, so viele, daß man sich schließlich doch zu gerichtlichem Einschreiten verstehen mußte. Vor seiner Verhaftung war er, trotzdem seine Gaunereien jedem Kinde in der Stadt bekannt waren, zum Senator des Staates New York gewählt worden. Einem Journalisten, der ihn ersuchte, ihm Material

zu einem biographischen Artikel über ihn (Tweed) zu liefern, sagte dieser kurz und bündig:

„Geld machen ist mein Grundsatz. Schreiben Sie das! Ich habe meine Augen weit offen auf alles gerichtet, was mir in den Wurf kommen mag. Dann stecke ich meinen Arm hinein, so weit er reicht, und ziehe die Hand heraus mit so viel, wie ich fassen und festhalten kann. Ich halte zu meinen Freunden. Schreiben Sie: das ist Tweed."

Und das ist auch jeder andere „politician", der in die Lage kommt, den Arm hineinzustecken und zuzufassen.

Man sieht, die Begriffe von Politik und Politikern sind drüben ganz anders geartet als bei uns. Dasselbe läßt sich von dem ganzen staatlichen Fundament sagen, auf dem die Union aufgebaut ist: von der Demokratie.

Die Demokratie, wie sie sich in Amerika herausgebildet hat und wie sie dort verstanden wird, ist ihrem Wesen nach eine ganz andere als die Demokratie nach europäischen Begriffen. Die sehr unbestimmte, zerfließende Definition, die Abraham Lincoln für die Demokratie geprägt hat: „Alles für das Volk und durch das Volk"*, ist allerdings auf beide Wesensarten, die amerikanische wie die europäische Demokratie, anwendbar; sie besagt aber praktisch so wenig, sie ist so wenig faßbar, daß sie

* Dieselbe Formel war übrigens schon etwa dreißig Jahre früher von dem Schweizer Richter Dr. Schinz geprägt worden, der 1830 in einer Versammlung der Helvetischen Gesellschaft sagte: „Alle Schweizer Regierungen müssen dessen eingedenk sein, daß sie lediglich Regierungen aus dem Volke, durch das Volk und für das Volk sind."

zur Kennzeichnung der amerikanischen Auffassung ebensowenig beiträgt wie ein ähnlich lautendes Napoleonisches Wort zur Charakteristik des europäischen Begriffes. In Europa bedeutet die Demokratie, daß alle Staatsgewalten bei den vom Volke Erwählten ruhen, also bei der Majorität; so drükkend, so ungerecht die von diesen Vertretern des Volkes beschlossenen Maßregeln dem einzelnen erscheinen mögen — sobald sie den Wünschen und Forderungen der Mehrzahl des Volkes entsprechen, sind sie nicht nur loyal, sondern auch demokratisch. Diese Demokratie hat somit ihre Wurzeln in dem grundsätzlichen Zurücktreten des Individuums hinter der Allgemeinheit. Die amerikanische Demokratie hat sich gerade in entgegengesetzter Richtung entwickelt: in der Richtung eines nahezu schrankenlosen Individualismus, einer möglichst weitgehenden Einschränkung der Beeinflussung und Beaufsichtigung des Individuums durch die Staatsgewalten.

Dem Europäer, der zum ersten Male amerikanischen Boden betritt, springt dieser individuelle Wille, diese fast unkontrollierte Entfaltung der Persönlichkeit sofort als der schärfste nationale Charakterzug in die Augen. Diese robuste individuelle Energie tritt nicht nur in den Fabriken, in den Kontoren, im politischen Getriebe zutage, sondern auch in den Palästen der „guten Gesellschaft", in der Fünften Avenue zu New York wie in Newport, im Leben der amerikanischen Frau und des amerikanischen Mädchens. Sie erfüllt den Großkapitalisten,

den Großindustriellen wie seinen sozialen Gegenpol, den Arbeiter, der sich mit seinen Genossen zu mächtigen Gewerkschaften vereinigt, um sich gegen den Großindustriellen zur Wehr zu setzen, ja oft genug, um gegen ihn die Offensive zu ergreifen. Vom Staate erwartet er dabei keine Hilfe, er empfindet sogar in den meisten Fällen das Eingreifen des Staates als einen Akt korrupter Willkür.

Diese fast ungehemmte Energie des Individuums hat den riesigen Westen und die Staaten des mittleren Westens, den „Middle West" — heute der gesunde Kern des Landes — in kürzester Zeit aus einer Wüstenei in ein Kulturland verwandelt; vor achtzig Jahren entstanden die ersten dünnen Ansiedlungen in Wisconsin, vor fünfzig Jahren waren in Jowa fast nur Blockhütten zu sehen. Heute sind diese Gebiete vom modernsten Leben erfüllt, sie sind der unermeßliche Speicher der Gegenwart und vielen Amerikanern die wirtschaftliche Hoffnung der Zukunft — vorausgesetzt, daß sich dort derjenige demokratische Geist erhält, aus dem diese Kulturtaten geboren wurden: der knorrige, bodenwüchsige Geist der „early settlers", der Pioniere, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Westen Freiland fanden und es bebauten, die unter Bedingungen vollständiger Gleichheit und Selbstbestimmung lebten und arbeiteten, unter denen es keine ungesunden Ansammlungen von Riesenvermögen und von sozialer Macht in einer Hand gab. Das Wehen dieses zähen, demokratischen „free land"-Geistes ist noch heute in jenen Landesteilen zu spüren; er ist

nicht leicht auszurotten; die Frage ist nur, wie lange er sich gegen die ganz anders gearteten wirtschaftlichen und politischen Formen wird behaupten können, zu denen die Demokratie im Osten und am pazifischen Küstenrand der Union, zum Teil aber auch schon in eben diesen Mittelstaaten, den Antrieb gegeben hat.

Die Entwicklung, die die amerikanische Demokratie außerhalb des mittelstaatlichen Kernes nahm (in den sie übrigens, wie schon gesagt, auch schon einzudringen begonnen hat), ist nun der europäischen Entwicklungslinie gerade entgegengesetzt. In Europa läuft sie in der Richtung einer allgemeinen Gleichmachung, der großen Nivellierung; in Amerika hat sie zu den schärfsten Ungleichheiten geführt, und diese zu unaufhörlichen, täglichen, stündlichen Kämpfen der Individuen untereinander. Das Naturgesetz der Konkurrenz hat, in seiner Wirkung von einem frei waltenden Individualismus gefördert, von einengenden Staatsgewalten wenig gehemmt, in Amerika den weitesten Spielraum, und es äußert seine Kraft nicht selten in Erscheinungen und Vorgängen, die beinahe an ein Ringen zwischen Aristokratie und Demos, ja an das selbstherrliche Schalten des Feudalismus erinnern — eines Feudalismus, der, was von Staatsgewalt vorhanden ist, sich dienstbar zu machen weiß. Der Präsident einer großen Eisenbahn, der Großindustrielle, der in seinen Eisenhütten viele Tausende beschäftigt, der Großbankier, der Großverleger, der einflußreiche Zeitungen besitzt — sie verfügen über eine politische

und wirtschaftliche Macht, die der europäischen Auffassung vom Wesen der Demokratie schnurstracks zuwiderläuft.

Auch der Auffassung der besten Amerikaner, die dieser Entwicklung mit schwerer Sorge gefolgt sind. Sie finden Trost in dem demokratischen Gedanken, daß in ihrem Lande jedem, der die nötige Geschicklichkeit und Energie mitbringt, der Weg zu solcher Machtfülle offen stehe, eben weil dem freien Spiel der Kräfte in Amerika keine oder doch nur die allernotwendigsten staatlichen Hemmnisse in den Weg gelegt sind. Aber diese Auffassung ist unrichtig und unlogisch; unrichtig, weil, um die Machtfülle jener amerikanischen Eisenbahn-, Industrie- oder Zeitungsmagnaten zu erringen, noch ganz andere Eigenschaften erforderlich sind als Geschick und Ausdauer, Eigenschaften, die dem Arsenal des aristokratischen Herrenmenschen entnommen sind; unlogisch, weil diese Auffassung letzten Endes darauf hinausläuft, daß mit den Mitteln der Demokratie eine Oligarchie geschaffen wird. Außerdem scheint es dem Wesen der Demokratie, wie wir sie verstehen, weit mehr zu entsprechen, tatsächliche soziale Gleichheit, als die gleiche Möglichkeit zu sozialer Übermacht hervorzubringen.

In dem jetzigen Weltkriege hat man von amerikanischer Seite bis zum Überdruß die Behauptung vernommen, die „Barbarei", die „Eroberungsgier" der Deutschen von heute sei zu nicht geringem Teile auf den großen Einfluß zurückzuführen, den Nietzsches Lehre vom „Sinn der Erde" auf die Massen

des deutschen Volkes wie auf die Regierenden ausgeübt habe; die Lehre von der sozialen und politischen Herrschaft des (viel berufenen und wenig verstandenen) Übermenschen, der, losgelöst von der Mitmenschheit, ohne Gemeinsamkeitsgefühl, ohne Mitleid für andere, nur dem Willen lebt, die in ihm lebenden Kräfte ohne Maß und ohne Zügel zur Geltung zu bringen. Diese Ansicht ist, soweit sie nicht böswilliger Voreingenommenheit entspringt, im besten Falle dilettantisch. Es ist nicht wahr, daß die „Nietzsche-Moral" auf die Gedanken- und Tatenwelt der deutschen Volksmassen oder auf die Regierenden richtunggebend gewirkt hätte — ebensowenig wie die Schriften des Generals Bernhardi, von denen man in Amerika (wo man sie selbst heute noch nicht kennt) das nämliche behauptet. In Wirklichkeit ist die Lehre Nietzsches in ihrem Wesen lediglich eine Fortsetzung und Ergänzung der Lehre des Engländers Darwin vom Überleben des Tüchtigsten und Stärksten; und was diesen Anwürfen gegenüber noch mehr ins Gewicht fällt: der höchstgesteigerte Egoismus und Individualismus ist geraume Zeit vor Nietzsche von einem — Amerikaner als das Grundgesetz menschlichen Wollens verkündigt worden, von Ralph Waldo Emerson, dem Manne, den seine Landsleute als ihren größten Dichter-Philosophen verehren. „In Amerika wird seine Lehre immer mehr zum Volksgewissen," sagt einer seiner Biographen, und: „Der von Emerson gepredigte Individualismus bildet den Hauptcharakterzug der Amerikaner und tritt oft bei ihnen so

stark hervor, daß er den Gemeinsinn in sehr bedenklicher Weise zu verdrängen und das Gemeinwesen zu gefährden scheint." Der dies schrieb (E. P. Evans), ist selbst Amerikaner; wenn er dies nicht wäre, hätte er sicherlich das einschränkende „oft" und „scheint" nicht gebraucht.

„Das einzige Gesetz, das mir heilig ist," sagt Emerson, „ist das Gesetz meiner Natur." Das allein große Phänomen ist ein Mann, die Macht einer gewaltigen Persönlichkeit. Jede (staatliche oder soziale) Institution ist nur der verlängerte Schatten eines Mannes. Jede Reform und jede Revolution war zuerst die Idee eines Individuums... Was bei Hans oder Grete niederträchtig und lasterhaft erscheint, nimmt bei Alkybiades oder Semiramis eine gewisse Erhabenheit an, wie der Krebs, der Steinbock, der Skorpion und der Widder ihre tierische Niedrigkeit verlieren, sobald sie als Zeichen in den Zodiak versetzt werden ... Was der Mensch allein durch Umsicht und Entschlossenheit nicht imstande ist sich zu verschaffen, wird keine Phalanx ihm gewähren können. Auf die Individualität muß gebaut werden wie auf einen Felsen; jedes andere Gebäude ist auf Sand gebaut. Es ist das unheilvolle Geschick aller zu gegenseitiger Hilfe geschaffenen Vereinigungen, daß sie zu Asylen für die Untüchtigen ausarten. So im Leben, so in der Politik. „Laßt doch dieses heuchlerische Gerede von den Massen. Die Massen sind roh, lahm, unfertig und schaden oft sich selbst mit ihren Forderungen. Ich würde ihnen auf ihr bloßes Verlangen hin nichts

bewilligen, ihnen nicht schmeicheln, sondern sie bändigen und belehren und zu achtbaren Individuen erziehen." So schrieb nicht etwa Nietzsche, der Ahnherr des zur Barbarei und zur Machtgier entarteten deutschen Individualismus, sondern Emerson, der klassische Amerikaner, der „Weise von Concord".

Das gibt sicherlich zu denken. Um so mehr, da Emerson mit seiner Konstruktion der Anti-Demokratie direkt an die Anfänge der amerikanischen Staatenbildung anknüpft, an die Entstehung der amerikanischen Verfassung und die Auffassungen einer sehr erheblichen Zahl unter den Männern, die diese Verfassung schufen. Der berühmte Alexander Hamilton, der erste und bedeutendste Finanzminister der Vereinigten Staaten, einer der Hauptschöpfer der amerikanischen Staatsgrundgesetze, rief in der konstituierenden Versammlung 1787 einem Redner, der für weitgehende Volksrechte eintrat, zu: „Das Volk, Herr, das Volk ist eine große Bestie!" Und der geniale Mann, dessen politische Ideen noch heute nachwirken, schlug dabei heftig mit der Faust auf den Tisch. Ein anderer bedeutender Staatsmann jener Tage, Roger Sherman, der gleichfalls an der Ausgestaltung der Verfassung hervorragend mitwirkte, erklärte, das Volk sollte unmittelbar so wenig wie möglich mit den Regierungsgeschäften zu tun haben. Elbridge Gerry, später Vizepräsident der Vereinigten Staaten, bezeichnete die Demokratie als das schlimmste aller politischen Übel. Der zweite Präsident der Vereinigten Staaten, John Adams, der Nachfolger George

Washingtons, verlangte in der konstituierenden Versammlung eine besondere Vertretung „der Reichen und Wohlgeborenen" im Kongreß und in den Staatsämtern. Dem Einfluß dieser Männer entsprang jene Verfassungsbestimmung, die zwischen das Volk und den Präsidenten bei den Wahlen die undemokratische Scheidewand der „Elektoren" (Wahlmänner) aufrichtete, und die bis 1913 nicht gestattete, daß die Bundessenatoren vom Volke gewählt werden (ihre Wahl erfolgte durch die „Legislaturen" — Landtage — der Einzelstaaten).

Diese antidemokratischen Regungen, die den „Vätern der Verfassung" nicht fremd waren, entsprangen ausgeprägt konservativen Bourgeois-Auffassungen und Bourgeois-Neigungen. Sie hatten ihren Ursprung in der Erkenntniswelt des gutsituierten Bürgers: daß die Menschennatur sich nun einmal nicht zurückdrängen läßt, daß die ungehemmte Herrschaft der Massen zur Herrschaft des Allzumenschlichen führen müsse, zum erbitterten, nie endenden, zerstörenden Ringen der Volksteile untereinander, zum Siege des Stärksten und Rücksichtslosesten, zur schroffsten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ungleichheit. Dies war der ausgesprochene Gedanke, von dem Alexander Hamilton geleitet wurde, als er bei den Beratungen über den Verfassungsentwurf mit leidenschaftlichem Ungestüm darauf drang, daß der drohenden Entartung der Demokratie zur Demagogie in der Verfassung eine Schranke gezogen werde, durch die ein schädliches

Eingreifen der Demokratie in die nationale Regierung verhindert werden sollte. Er forderte die Beschränkung der Wahl des Präsidenten und der Bundessenatoren auf eine bestimmte, Eigentum besitzende Gesellschaftsklasse, die Ernennung der Gouverneure der Einzelstaaten durch den Präsidenten und ein ausschlaggebendes Vetorecht dieser Gouverneure gegenüber der einzelstaatlichen Gesetzgebung.

Hamilton und sein föderalistischer Anhang waren nicht die einzigen unter den Urhebern der Verfassung, die eine Volksherrschaft zu vermeiden wünschten; auch bei der Mehrzahl der übrigen bestand die gleiche Gesinnung. In der Versammlung von 1787, die den Verfassungsentwurf beriet, wurde jedoch mit Erfolg das Bedenken aufgeworfen: das Volk habe die demokratischen Ideen bereits in solchem Maße in sich aufgenommen, daß es jedem Plane, der dem Volke nicht wenigstens der Form nach die Gewalt übertrüge, unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten und Hindernisse entgegenstellen würde. Infolgedessen war die Versammlung darauf bedacht, ein Regierungssystem zu finden, das diesem Bedenken der Form nach in hinlänglichem Maße Rechnung trug, um nicht allgemeinen Widerspruch zu erregen, und das doch dem Volke so wenig wie irgend möglich wirkliche politische Macht gab. Mit einem Wort: in dem neugebildeten Staatswesen hatte die obere Klasse die Gelegenheit wahrgenommen, zur Herrschaft zu gelangen, und sie verstand es, den Grundriß des politischen Lebens so zu

entwerfen, daß sie die Herrschaft behielt und diese den Massen vorenthielt.*

Die seither eingetretene industrielle Revolution, die unbeschränkte Herrschaft der Parteiorganisationen, der überragende politische und soziale Einfluß des Reichtums hat diese Tendenz noch verschärft. Das Gefäß, nicht der Inhalt, ist demokratisch.

* Prof. Dr. Charles E. Stangeland (Washington), „Die Entwickelung der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten", und Prof. J. Allan Smith, „The Spirit of American Government".

Die Verfassung

Im Jahre 1776 hatten sich die dreizehn amerikanischen Kolonien von England unabhängig erklärt. Der zwei Jahre zuvor ins Leben gerufene „Kontinentalkongreß", der in Philadelphia tagte, stellte eine Art Zentralorgan des neugegründeten Bundes, der „Vereinigten Staaten von Amerika", dar; in dem Unabhängigkeitskriege (1775—1783) nahm er die oberste Leitung an sich.

Eine kritische Betrachtung dieses Unabhängigkeitskrieges legt neben einer Fülle von Tapferkeit, Ausdauer und schönstem Patriotismus der Truppen wie der Bevölkerung doch auch so manche bedenkliche Erscheinung bloß, die für die geschichtliche Bewertung jener Jahre, namentlich aber der Entstehung des Verfassungswerkes, von symptomatischem Interesse ist. Der schlimmste dieser Übelstände war wohl die starke Uneinigkeit, die innerhalb des Kongresses unter den Staaten herrschte, der Mangel an Autorität des Kongresses über seine Bestandteile, die dem Ganzen abträgliche allzu starke Betonung der einzelstaatlichen Rechte und Selbständigkeit bei wichtigen Entscheidungen. In einzelnen Staaten, so in New York, überwog noch die englandfreundliche Gesinnung oder war doch die Stimmung für die gemeinschaftliche große Sache nicht von der

Begeisterung getragen, die zum raschen, durchgreifenden Handeln erforderlich gewesen wäre. Dieser Lauheit entsprach auch die geringe Opferwilligkeit der meisten Staaten, so daß der Kongreß selbst für die wichtigsten Erfordernisse, für die Aufbringung von Truppen und Geld, häufig auf langwieriges Feilschen angewiesen war. Dieser Mangel an innerer Zusammengehörigkeit machte sich noch nach dem Kriegsende fühlbar, vielfach sogar in verstärkter Form. Der Kongreß als verbindende Macht wurde immer kraftloser, die Rivalitäten der Staaten gegenüber dem Kongreß und untereinander immer schärfer.

Dieser Zustand der Regierungslosigkeit schuf unhaltbare Verhältnisse, die den Bestand des Bundes ernstlich gefährdeten. Als auf Einladung Virginias eine von fünf Staaten beschickte Konferenz in Annapolis zusammentrat, um über ein einheitliches Handelssystem zu beraten, empfahlen die Konferenzdelegaten in ihrem Bericht die Berufung eines allgemeinen Konvents, der im Mai 1787 in Philadelphia zusammentreten sollte, um eine den Bedürfnissen der Union entsprechende Verfassung auszuarbeiten. Der Konvent trat unter dem Vorsitz des siegreichen Heerführers George Washington am 25. Mai zusammen, und am 17. September nahm er den Verfassungsentwurf einstimmig an. Mehr als einmal hatte es geschienen, als könnte die Versammlung nie zu einer Einigung gelangen. Zwischen den nördlichen und den südlichen Staaten der Union klafften ernste Gegensätze. Im demo-

kratisch-kleinbürgerlichen Norden das düstere, freudlose, schwer arbeitende Puritanertum, das politisch ausgesprochen der Demokratie zuneigte; im Süden dagegen eine besitz- und familienstolze gesellschaftliche Oberschicht, eine Art Oligarchie, eine Kaste mit feinen Sitten, genuß- und kunstfreudig, Beherrscherin einer reichlich spendenden Natur — eine Kaste, die selbst nicht arbeiten, sondern gebieten und auf dem festen wirtschaftlichen Unterbau der Sklaverei immer reicher werden, sich immer mehr verfeinern wollte. Die Sklavereifrage, die in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Nordamerikanische Union beinahe gesprengt hätte, hat schon bei der Abfassung der Unabhängigkeitserklärung 1776 und auf dem Verfassungskonvent 1787 heftigen Streit zwischen Nord und Süd hervorgerufen. Auf dem Konvent von 1787, auf dem die ihres Reichtums sich bewußten Südstaaten sehr rücksichtslos, ja herrisch auftraten — wie sie es noch bis zum Bürgerkriege taten —, gelang es ihnen, den sklavereifeindlichen („abolitionistischen") Elementen aus den Nordstaaten ein Kompromiß abzuringen, das die Sklaveneinfuhr zunächst für zehn Jahre gestattete, die Einrichtung der Sklaverei also (trotz der verschwenderischen Fülle der Redensarten von Freiheit und Menschenrechten) in aller Form anerkannte. Mit dieser Anerkennung war der Keim zu den schwersten Konflikten gelegt, die Hauptursache des schrecklichen Bürgerkrieges 1861—1865 gegeben.

Die Verfassung von 1787 stellt sich, diesen gegensätzlichen Strömungen entsprechend, als das Ergeb-

nis einer Reihe von Kompromissen dar, in denen der Süden stets den größeren Vorteil davontrug. Dieses Nachgeben der Nordstaaten wird heute noch in Amerika von manchen Seiten als ein Fehler bezeichnet; in Wirklichkeit war angesichts der bedenklichen Lage, in der der sehr lockere Staatenbund sich damals befand, die Politik des Nachgebens und der Kompromisse das einzig Gegebene. Ohne sie wäre die kaum geschaffene Union wieder auseinandergefallen. Die besonnenen Elemente im Konvent handelten staatsmännisch klug, als sie es vorzogen, das zunächst Erreichbare zu erstreben, um nicht den Bestand des Bundes zu gefährden. Die amerikanische Nation hat allen Grund, den Urhebern der Verfassung — so wenig diese einen wirksamen Schutz gegen die späteren Ausschreitungen der Demokratie bot — dankbar zu sein. „Die Konstitution von 1787", sagte John Quincy Adams, der sechste Präsident der Vereinigten Staaten, „ist einem widerstrebenden Volke durch die zermalmende Notwendigkeit abgerungen worden." —

Hier die hauptsächlichsten Bestimmungen der Verfassung und eine kurze Darstellung der amerikanischen Gewaltenteilung und des Regierungsapparates.

Die Regierung des Gesamtstaates, des Bundes, liegt in den Händen eines Präsidenten und eines Kongresses, der aus dem Senat und dem Repräsentantenhause besteht. Der Präsident und der Vizepräsident werden auf vier Jahre indirekt gewählt;

die über einundzwanzig Jahre alte männliche Bevölkerung der einzelnen Staaten stellt eine der Größe des Staates entsprechende Anzahl von Wahlmännern (Elektoren) auf, die den Präsidenten und den Vizepräsidenten wählen. Die Mitglieder des Senats erhielten bis 1913 ihr Mandat von den gesetzgebenden Körperschaften (Legislaturen) der einzelnen Staaten. Im Jahre 1913 wurde die direkte Volkswahl der Senatoren beschlossen. Die Amtsdauer der Senatoren ist sechs Jahre; alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Senatoren aus und wird durch Neuwahlen ersetzt. Jeder Staat hat, gleichviel ob groß oder klein, zwei Senatoren in den Kongreß zu entsenden, so daß ihre Zahl gegenwärtig, da der Bund achtundvierzig Staaten umfaßt, sechsundneunzig beträgt. Das Repräsentantenhaus geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, die innerhalb der einzelnen Staaten alle zwei Jahre stattfinden, und bei denen jeder Staat eine seiner Bevölkerungszahl entsprechende Abgeordnetenzahl zu ernennen hat. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Repräsentantenhauses beträgt gegenwärtig vierhundertundfünfunddreißig. Die Wahlberechtigung unterliegt gewissen Abänderungen von Staat zu Staat; in Kalifornien, Oregon und Idaho sind Chinesen und Japaner, in Montana und anderen Staaten Indianer davon ausgeschlossen, während sie in Wyoming, Colorado, Idaho und Utah auch auf die Frauen ausgedehnt ist. Die Tagungen des Kongresses finden im Kapitol zu Washington statt.

Grundlage des Regierungssystems ist die dreifache Teilung der Staatsgewalten: in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt.

Die gesetzgebende Gewalt für die gemeinsamen Angelegenheiten der Republik hat der Kongreß. Jeder Gesetzentwurf (bill) bedarf der Zustimmung beider Häuser und der Unterschrift des Präsidenten, ehe er Gesetz (law) wird. Hat der Präsident Bedenken gegen eine Gesetzvorlage, so vetiert er sie; er sendet sie mit entsprechender Begründung an das Haus zurück, dem sie entstammt. Der Gesetzentwurf wird dann nochmals durchberaten, und wenn er mit Zweidrittelmehrheit nochmals angenommen wird, gelangt er an das andere Haus. Erhält er auch dort eine Zweidrittelmehrheit, so wird er auch ohne die Unterschrift des Präsidenten Gesetz. Dasselbe ist der Fall, wenn der Präsident eine Bill zehn Tage bei sich behält, ohne sie zu unterzeichnen. — Der Kongreß hat allein das Recht der Kriegserklärung, und ebenso wie den Präsidenten, kann das Repräsentantenhaus auch alle anderen Zivilbeamten der Bundesregierung unter Anklage stellen; in diesem Falle amtiert der Senat als oberster Gerichtshof. Dem Repräsentantenhause steht ferner das Recht der Präsidentenwahl in dem Falle zu, wenn diese nicht in der oben angegebenen Weise zustandekommt, d. h. wenn keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenmehrheit erhält. Finanz- und Steuergesetze können verfassungsmäßig nur durch Vorschläge aus dem

Repräsentantenhause zur Beratung gelangen, und der Senat kann nur an deren Umgestaltung mitwirken.

Dem Präsidenten liegt vor allem die ausübende Gewalt ob: der Oberbefehl über Heer und Flotte, die Befugnis, Verträge mit anderen Staaten zu schließen, Gesandte und Konsuln sowie die anderen hohen Bundesbeamten zu ernennen und abzusetzen; bei der Vertragschließung und den hier erwähnten Ernennungen ist er aber an die Zustimmung des Senats gebunden. Das Recht der Kriegserklärung hat er nicht, und ebensowenig das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen. Bei der Gesetzgebung steht ihm das schon dargelegte beschränkte Vetorecht zu. Außerdem hat er die Verpflichtung, über die richtige Handhabung der Gesetze zu wachen. Als Vorstände der obersten Unionsämter stehen ihm neun Minister (secretaries) zur Seite: der Staatssekretär, dem die Leitung der äußeren Angelegenheiten obliegt; der Schatzamtssekretär, dem das Finanz-, Münz- und Zollwesen untersteht; der Inlandssekretär, dem die Verwaltung und Vergebung der ausgedehnten öffentlichen Ländereien, die Indianer-Angelegenheiten, das Patentwesen, das Pensionswesen, der Zensus usw. zufallen; der Kriegssekretär, der Marinesekretär, der Justizsekretär (Generalanwalt), der Ackerbausekretär, der Handelssekretär und der Postamtssekretär (Generalpostmeister). Die Minister werden von dem Präsidenten ernannt und entlassen und sind ihm allein verantwortlich, während er selbst für alle Handlungen

der Exekutive dem souveränen Volke verantwortlich ist, vom Repräsentantenhause unter Anklage gestellt und vom Senat verhört und gerichtet werden kann. Ein solcher Fall ist 1868 eingetreten, als gegen den Präsidenten Andrew Johnson das „impeachment“-Verfahren durchgeführt wurde. Es endete mit einem Freispruch.

Die Bundesgerichtshöfe, denen die Handhabung der für den Gesamtstaat geltenden Gesetze obliegt, die aber zu den Gerichtshöfen der einzelnen Staaten in keinerlei Beziehungen stehen, zerfallen in einen Obersten Bundesgerichtshof, neun Kreisgerichtshöfe und fünfundfünfzig Unterkreisgerichtshöfe. Die Richter ernennt der Präsident unter Zustimmung des Senates.

Den Einzelstaaten hat die Verfassung eine weitgehende Unabhängigkeit und ausgedehnte Befugnisse eingeräumt. Der Kreis der Angelegenheiten, welche der Gesetzgebung und der Exekutive der Einzelstaaten unterliegen, ist sehr groß. Namentlich fällt in ihn fast das gesamte bürgerliche Recht, das Munizipalrecht, ein großer Teil des Finanzwesens, die öffentlichen Arbeiten, das Versicherungswesen, das Unterrichtswesen usw. Die Regierung der Einzelstaaten besteht aus einem „Governor“, dem ein stellvertretender Governor zur Seite steht, und aus einer nach dem Zweikammersystem eingerichteten Gesetzgebenden Versammlung (Legislatur), deren Befugnisse in ähnlicher Weise gegeneinander abgegrenzt sind wie in dem Gesamtstaate, dem Bunde. Die Erwählung dieser Behörden erfolgt in den ver-

schiedenen Staaten in verschiedener Weise, und auch die Wahlberechtigung ist nicht in allen Staaten die gleiche. Ebensowenig sind in allen Staaten die staatlichen Ämter die gleichen. In allen gibt es einen „Staatssekretär" (nicht zu verwechseln mit dem Bundesminister, der dieselbe Bezeichnung führt, dem Minister des Auswärtigen), seine hauptsächlichste Aufgabe besteht in der Abfassung und Aufbewahrung der Berichte über alle staatlichen Maßnahmen; ferner einen Staatsschatzmeister; in den meisten einen „Staatsauditor" oder „State Comptroller", der die staatlichen Rechnungen prüft und die Zahlungsanweisungen an den Schatzmeister erläßt; einen Generalanwalt, einen Chef des Unterrichts-, Versicherungs-, Gesundheitswesens usw. Diese Beamten werden in fast allen Staaten vom Volke erwählt und sind dem Gouverneur nicht verantwortlich, sind ihm auch nicht untergeordnet. Sie sind, gleich dem Gouverneur, Mitglieder der staatlichen Exekutive, die in eine Anzahl von Abteilungen eingeteilt ist; der Gouverneur stellt, im Grunde genommen, nicht das Oberhaupt, sondern nur ein Mitglied dieser Exekutive dar.* Seine Aufgaben bestehen im wesentlichen aus der Übersendung einer Botschaft an die Staatslegislatur am Sessionsbeginn, in welcher er die Annahme gewisser gesetzgeberischer Maßnahmen empfiehlt, und aus dem Kommando über die Staatsmiliz.

Die Unähnlichkeit der Bevölkerung und ihrer

* John Fiske, „Civil Government in the United States".

äußeren Existenzbedingungen hat zu mannigfachen Abweichungen in der Verfassung und den politischen Einrichtungen der einzelnen Staaten untereinander geführt. Jeder Staat schafft sich seine eigene Verfassung; ein anderer Staat oder die Bundesregierung haben nicht das Recht, sich einzumischen. Die einzige Bedingung ist, daß die Verfassung, die ein Staat sich gibt, republikanisch sei. Kein Einzelstaat kann aber politische Verträge mit einem andern oder mit dem Auslande schließen, keine diplomatischen Beziehungen mit einem andern oder mit dem Auslande pflegen, gegen einen andern Einzelstaat nicht in Aktion treten. Dies letztere kann nur die Bundesregierung, aber sie macht von dieser Befugnis nur in Ausnahmefällen Gebrauch, und auch das nur in engsten Grenzen.

Außer den „Staaten" gibt es in der Nordamerikanischen Union „Territorien" (gegenwärtig nur noch zwei: Hawai und Alaska). Es sind dies Gebiete, die erst nach und nach der Union angegliedert wurden und erst eine Zeitlang keine oder unvollkommene Selbstverwaltung besaßen, solange sie keine genügende Bevölkerungsanzahl und nicht diejenige kulturelle und politische Reife hatten, die für die Aufnahme in den Staatenbund Vorbedingung ist. Ihre Regierungsform ist äußerlich derjenigen der Einzelstaaten ähnlich gegliedert, ihre Verfassung ist ihnen aber von der Zentralregierung vorgeschrieben, und ihren Gouverneur sowie ihre Richter ernennt der Bundespräsident.

Die Bundeshauptstadt Washington bildet einen besonderen, von dem Staatensystem verschiedenen Bezirk, den „District of Columbia“. Er wird von drei „Commissioners“ verwaltet, die der Präsident mit Zustimmung des Senats ernennt. Gesetze gibt ihm der Kongreß. Zwei „Commissioners“ (einer von jeder Partei) sind Zivilisten, ihre Amtsdauer beträgt drei Jahre. Der dritte wird dem Ingenieurkorps der Armee entnommen.

Die Parteien

Die inneren Parteikämpfe, die gleich nach der Unabhängigkeitserklärung einsetzten, hatten ihren Ausgangspunkt in den Gegensätzen zwischen den Befürwortern einer starken zentralen Regierungsgewalt (den „Föderalisten") und den Vorkämpfern ausgedehntester Rechte der Einzelstaaten genommen, und dieser sich stetig verschärfende Konflikt verflocht sich ganz selbsttätig mit der Sklavenfrage. Der fanatische Widerstand der Einzelstaaten gegen eine „konsolidierte Regierung", der elf Jahre nach 1776 hindurch den Aufbau einer nationalen Staatsgewalt verhindert hatte, dauerte noch geraume Zeit nach der Gründung der Union fort. Diese Gegensätze nahmen eine Form an, die eine friedliche Ausgleichung schließlich unmöglich machte. Über die grundsätzliche Existenzfrage, ob die Verfassung von 1787 eine unverletzliche organische Staats- und Lebensordnung, ein unumstößliches Dogma sei, an dem unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe, oder ob der Bund von 1787 lediglich einen freien Vertrag darstelle, eine Vereinbarung unter bestimmten Voraussetzungen und festen Bedingungen, ließ sich keine Einigung erzielen. Die Sklavenfrage bildete den sachlichen Kern des politischen Prinzipienstreits, ob die Vereinigten

Staaten von Amerika als ein unlösbarer Bundesstaat oder ein vertragsmäßig geschlossener Staatenbund zu betrachten sei.

„Republikaner" nannte sich die unter der Führung des Staatssekretärs und späteren Präsidenten Thomas Jefferson stehende Partei, die entgegen der „föderalistischen" Auffassung möglichste Einschränkung der Bundesgewalt und weitestgehende Rechte der Einzelstaaten anstrebte. Führer der Föderalisten war Alexander Hamilton, Finanzminister im Kabinett des ersten Präsidenten George Washington. Die Nachfolger Jeffersons änderten die Parteibezeichnung später in „republikanische Demokraten" oder „Demokraten" schlankweg, so daß Jefferson von der heutigen demokratischen Partei als ihr Ahnherr, ihr geistiger Urheber gefeiert wird. Die heutige republikanische Partei ist erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ins Leben getreten.

Von der Zeit Jeffersons, des dritten, bis zum Amtsantritte Andrew Jacksons, des siebenten Präsidenten (1828), gab es keine eigentlichen Parteien und Parteileitungen. Es entstanden Gruppen, die sich um einige Persönlichkeiten, wie John C. Calhoun, Henry Clay, Daniel Webster, Andrew Jackson u. a., scharten und zu den schwebenden Tagesfragen — Bundes- und Staatsrechte, Sklaverei, Schutzzölle, Freihandel, direkte oder indirekte Besteuerung, Nationalbank — Stellung nahmen. Mit Andrew Jackson erstarken die Anhänger der Lehren Jeffersons wieder, es entsteht die heutige demo-

kratische Partei. Jackson betätigte die Doktrin von der Notwendigkeit der Einschränkung der Zentralgewalt in schroffster Weise, die das Wiederaufleben einer föderalistischen Oppositionspartei zur Folge hatte. Diese neue Partei nannte sich „Whigs". Aus ihren Reihen sind 1841 die Präsidenten William Harrison (der schon einen Monat nach seinem Amtsantritt starb) und John Tyler, 1849 Zacharias Taylor hervorgegangen. Sie bestand aus einer Anzahl von Gruppen, die untereinander nur in der Bekämpfung der radikalen und selbstherrlichen Art Jacksons und seiner Anhänger einig waren; in dem Maße, in dem die Sklavenfrage in den Vordergrund trat, löste sich der innere Zusammenhalt der Partei.

Neben den herrschenden Parteien, den Whigs und den Demokraten, gab es in den vierziger und fünfziger Jahren eine Anzahl kleinerer Parteien, so die „Liberty"- und die „Free Soil"-(Freiboden-)Partei, beide Vorläufer der heutigen republikanischen Partei. Beide bekämpften den Sklavenhandel; die „Free Soilers" bekämpften außerdem die Vergebung öffentlicher Ländereien an Korporationen (eine der übelsten Erscheinungen der politischen Korruption, die in späteren Jahren gewaltigen Umfang angenommen hat) und verlangten, daß über öffentliches Land nur verfügt werden dürfe „zum Nutzen besitzloser Ansiedler". Eine andere Partei, die sich „Order of United Americans" nannte, im Volke aber als „Knownothings" (Nichtwisser) bekannt waren, hatte die Hochhaltung des

amerikanischen Nationalgefühls gegenüber dem großen und immer wachsenden Einflusse der fremden Einwanderer, hauptsächlich der Deutschen und Irländer, auf ihr Programm geschrieben. Sie gab der fremdenfeindlichen Bewegung jener Kreise, die alle Schuld für die Schäden der Verwaltung und des öffentlichen Lebens in der Union auf die „ignorant foreigners" schoben, einen mächtigen Anstoß, und die später einsetzenden Bestrebungen, die Einwanderung einzuschränken, ist wohl auf die von den „Knownothings" betriebene Agitation zurückzuleiten.* Auch diese Partei stand der alles überragenden Sklavereifrage uneinig gegenüber und verschwand daher von 1860 an von der Bildfläche. Die gegen die Sklaverei wirkenden Kräfte vereinigten sich schließlich in der großen „republikanischen" Partei. Sie hielt 1856 ihre erste Nationalversammlung ab und wählte 1860 Abraham Lincoln zu ihrem Präsidenten.

Nachdem die Sklavenfrage durch den Bürgerkrieg ihre Lösung gefunden hatte, entstanden neue politische, finanzielle und soziale Probleme, Fragen, die die Union noch heute in Atem halten. Die moderne kapitalistisch-merkantile Ära in Amerika hat ihren Ursprung in den durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen Erscheinungen und ihren Folgen.

Die Jahre des Überganges von den furchtbaren Nachwehen des Krieges in geordnete, ausgleichende

* Die Partei kam in geheimen Sitzungen zusammen, und ihre Mitglieder hatten die Verpflichtung, wenn sie von Außenstehenden über die Vorgänge und Beschlüsse dieser Sitzungen befragt würden, zu erklären, daß sie „nichts davon wüßten".

Zustände, die „Rekonstruktionsperiode", waren von heftigen inneren Krisen erfüllt, hauptsächlich hervorgerufen durch die maßlose Feindschaft, die die republikanische Partei des Nordens auch dem niedergeworfenen Süden gegenüber bekundete. Die Republikaner bedienten sich der durch den Krieg freigewordenen Sklaven sowohl in dem Kampf gegen die südlichen Demokraten und deren Anhänger in den übrigen Unionsstaaten wie auch zur politischen Stärkung ihrer eigenen, der republikanischen Partei. Die erdrückende Übermacht, die sie durch den Krieg in der Regierung wie im Kongreß erlangt hatten, nutzten sie zum Ausbau jenes parteipolitischen Bereicherungssystems aus, das in den zwanziger Jahren die demokratische Partei in Schwang gebracht hatte unter dem Schlagwort: „Dem Sieger gehört die Beute". Es setzte eine schrankenlose Korruption ein, die unter der Präsidentschaft des Generals Grant ihre üppigsten Blüten trieb. Es dürfte der kurze Hinweis auf die Tatsache genügen, daß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Grants Vertrauter und Privatsekretär General Babcock wegen Betrügereien angeklagt wurde, daß der Kriegsminister Belknap aus ähnlichen Gründen zurücktreten mußte, daß sogar dem Vizepräsidenten Schuyler Colfax Unehrlichkeit nachgewiesen wurde, und daß zwei amerikanische Gesandte in London, Schenk und Dana, kurz nacheinander wegen unsauberer Geschäfte abberufen werden mußten. Grant selbst beteiligte sich, von einem Schwindler verleitet, in seinen letzten Lebensjahren

an Börsengeschäften und mußte den Konkurs über sein Vermögen verhängen lassen. Trotzdem war die republikanische Partei, aus der Lincoln 1860 als Präsident hervorgegangen war, bis 1885 am Ruder; auch seither ist ihre Herrschaft nur durch die beiden Präsidentschaftstermine Grover Clevelands (1885—1889 und 1893—1897) sowie durch die Erwählung Woodrow Wilsons 1912 unterbrochen worden, und auch diese letztere wurde, wie erinnerlich, nur durch die Spaltung der republikanischen Partei, die Roosevelt damals hervorrief, möglich.*

In der Zeit der republikanischen Herrschaft wuchsen die großen Handels-, Industrie- und Finanzinteressen und die großen Eisenbahngesellschaften zu gewaltigen politischen Faktoren heran; sie wurden für die Tarif-, die Währungs- und die fiskalische Politik der Regierungen geradezu ausschlaggebend. Es war (und ist) ein System der wechselseitigen Wirkung: Die Großindustrie und Hochfinanz brachte die ihren Interessen nahestehenden Politiker in die Regierung, und diese schuf Gesetze im Interesse ihrer Auftraggeber. Die Republikaner schufen die hohen Schutzzölle und kümmerten sich im übrigen wenig um die immer dringender auftretenden sozialen Probleme, die doch ihre kapitalistischen Interessen sehr nahe angehen. Die andere große Partei, die demokratische, hatte durch den Krieg, in dem das demokratische Prinzip der

* Bei den Wahlen 1912 erhielt Taft 3 376 000, Roosevelt 3 928 000, Wilson 6 157 000 Stimmen; der letztere also um 1 147 000 Stimmen weniger als die beiden Republikaner zusammen.

Staatensouveränität eine so schwere Niederlage erlitten hatte, eine gewaltige Einbuße an Ansehen und Einfluß erlitten, auch die Zahl ihrer Anhänger war erheblich zurückgegangen. Ihren größten Anhang hatte sie — und hat sie wohl heute noch — im Süden, und im Laufe der Jahre gestalteten sich die Südstaaten zu einem festen demokratischen Block („the solid South“). Erst in letzter Zeit hat die zunehmende Entwickelung der Industrie im Süden und der dadurch hervorgerufene Zustrom nördlichen Kapitals und republikanischer Kapitalisten mit ihrem politischen Einflusse diesen festen Zusammenhalt etwas gelockert.

Dieses Anwachsen der südlichen Industrie hat auch eine wesentliche Verschiebung der Parteizugehörigkeiten und Änderungen der Parteigrundsätze zur Folge gehabt, und diese Verschiebungen und Änderungen vermehrten und erweiterten sich 1896, als Bryan durch sein Eintreten für die Silberwährung (freie Silberprägung im Verhältnis von 16 : 1 zum Gold) und andere Maßnahmen, die bis dahin als radikal und extrem galten, die demokratische Partei spaltete.

Seit ihrem Bestehen hatte die republikanische Partei als ersten und wichtigsten Programmpunkt die Schutzzollpolitik zielbewußt und energisch betrieben. Sie war, wie die Demokraten den Republikanern immer wieder entgegenhielten, die Partei des „public plunder“, der Plünderung des Publikums, der Monopole, der „special privileges“, der Trusts, der Ausbeutung der Massen, und alles

dies vermöge ihrer Schutzzölle.* Der Protektionismus war das starke einigende Band, das die Republikaner, wenn sie auch in anderen Fragen verschiedener Meinung sein mochten, fest zusammenhielt. Die beiden großen Parteien konnte man im allgemeinen als die der hohen Zölle und die des Freihandels ansprechen, später außerdem noch (bis 1896) als die Partei der Goldwährung und die der Doppel- oder Silberwährung. Das hat sich aus den oben erwähnten Ursachen geändert. Der Süden hat zu einem nicht unerheblichen Teile aufgehört, die Schutzzölle zu bekämpfen, und andererseits ist der „mittlere Westen", lange Zeit neben dem Norden das festeste Bollwerk der Republikaner, weniger protektionistisch geworden. Die Kohlen- und Eisenbergwerke von Alabama, Georgia und Tennessee, die Baumwollspinnereien in den beiden Carolinas, die Petroleumquellen von Texas, die Bauholzindustrie von Westvirginia, kurz, der ganze, stetig anwachsende industrielle Reichtum des Südens erwies sich als ein starker Bundesgenosse des Protektionismus.

Im „mittleren Westen" aber, in Wisconsin, in Minnesota, in Iowa, in Illinois, in Indiana usw.,

* Wie mächtig diese protektionistische Strömung in den siebziger und anfangs der achtziger Jahre, wie machtlos die dagegen ankämpfende freihändlerische Bewegung der Demokraten war, hat Henry George in seinem 1886 erschienenen Buche „Protection and Free Trade" in einer kleinen Anekdote humorvoll erzählt. Er unterhielt sich im Eisenbahnwagen mit einigen Leuten aus Pittsburg über dieses Problem und bekannte sich dabei als Freihändler. Da wandte sich einer der Herren an die übrigen mit den Worten: „Da seht mal, da ist einer, der euch gewiß noch nie vorgekommen ist — ein Freihändler, noch dazu einer, der sich nicht schämt, es offen zu bekennen."

entstand der „progressive" Republikanismus, erwuchsen der republikanischen Partei die „Insurgenten" (eine Bewegung, die man hierzulande übrigens mit Unrecht als eine Schöpfung Roosevelts betrachtet; sie ging in Wirklichkeit von den Senatoren La Folette und Cummins aus, und der bei uns maßlos überschätzte Roosevelt hat sich der „fertigen Sache" lediglich für seine demagogischen Zwecke bemächtigt). Diese „Insurgenten" verlangten von der Partei eine Tarifreform, eine Herabsetzung der hohen Zölle, einen gemäßigten Protektionismus, ein System, das, ohne das Prinzip aufzugeben, nicht länger die Kapitalisten des Ostens einseitig begünstige, das nicht länger der Monopolbildung Vorschub leiste, das den Arbeiter und den Konsumenten nicht schädige und das den Unternehmergewinn auf ein angemessenes, den Betriebskosten mehr entsprechendes Maß herabsetze. Sie setzten es durch, daß die republikanische „Plattform" bei der Präsidentschaftswahl 1908 das Versprechen einer Tarifrevision enthielt. Der neue Tarif jedoch, der 1909 das Licht der Welt erblickte, der Payne-Aldrich-Tarif, war in Wirklichkeit noch ausgesprochener protektionistisch als sein Vorgänger. Die republikanischen Vertreter des mittleren Westens im Kongreß waren wütend und verstärkten ihre Agitation gegen die konservative, hochschutzzöllnerische Mehrheit der Partei. Sie wiesen nach, daß die „Zuckersenatoren", die „Stahlsenatoren", die „Eisenbahnsenatoren", die „Bauholzsenatoren" nach wie vor den Kongreß beherrschten,

und daß Taft, „ein gutmütiger Mann, umgeben von Leuten, die schon wissen, was sie wollen" (wie der progressistische Senator Dolliver aus Iowa den Präsidenten beschrieb), jene Senatoren gewähren lasse, um es mit den Parteiführern nicht zu verderben. Die Agitation der „Insurgenten" hatte eine vernichtende Niederlage der Republikaner bei den Kongreßwahlen 1910 zur Folge, während die Progressisten selbst bei den gleichzeitigen Staatswahlen im mittleren Westen und im Westen erhebliche Erfolge aufzuweisen hatten. Im Juni 1911 stimmten vierundzwanzig fortschrittliche Republikaner für eine demokratische Vorlage, die eine Herabsetzung der Zölle auf Wolle und Wollwaren bezweckte, im Februar 1912 waren es zwanzig, die für einen Gesetzentwurf der Demokraten stimmten, durch den eine Anzahl chemischer Produkte auf die Freiliste gesetzt wurden.

Die Währungsfrage, die 1896 die demokratische Partei gespalten hatte, bewirkte eine weitere Verwischung der alten „party lines". Es blieben noch viele „Golddemokraten", die 1904 einen eigenen Kandidaten aufstellten und durchfielen, andererseits gibt es auch „Silberrepublikaner", wenn auch nicht in großer Anzahl. Ein neuer Parteiunterschied schien nach dem Amerikanisch-Spanischen Kriege von 1898 aufzutauchen, dessen für die Amerikaner erfolgreicher Ausgang die längst in einem Teile des Volkes schlummernden imperialistischen Neigungen wachrief. Mit dem Imperialismus kamen natürlicherweise gewisse militaristische Tendenzen zum

Durchbruch; es stellte sich eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben, d. h. ein gesteigertes Einnahmebedürfnis ein. Die Republikaner, die Hauptträger des imperialistischen Gedankens, ergänzten den Tarif durch ansehnliche Verbrauchssteuern. Die demokratische Partei glaubte somit, eine neue starke Waffe gegen die Republikaner gefunden zu haben, eignete sich flugs das Schlagwort vom gefährlichen Imperialismus an, der geradezu die Existenz der Republik bedrohe. „Wir sind gegen den Militarismus," hieß es in der Bryan-Plattform 1900. „Er bedeutet Eroberungen im Auslande und Einschüchterung und Unterdrückung zu Hause."

Dieser Satz hat in Deutschland nicht die Beachtung gefunden, die er verdient. Denn diese Kennzeichnung des Militarismus entspringt selbstverständlich der amerikanischen Auffassung vom deutschen Militarismus; daß auch anderswo — überall, wo es stehende Heere gibt — mehr oder minder „militaristische" Einrichtungen vorhanden sind und sein müssen, kommt dem Amerikaner, dessen Denken ganz und gar von Schlagwörtern beherrscht wird, kaum zum Bewußtsein. In der Registratur seiner Gedankenwelt liegt im Schubfach „M" das Schlagwort „Militarismus", und mit diesem Wort verknüpft sich dem Amerikaner ein für allemal, unabänderlich, unverrückbar, die Vorstellung vom preußischen Militarismus als einer Einrichtung der „Einschüchterung und Unterdrückung". Wie er zu dieser Auffassung gekommen ist? Leider nicht nur durch britische Suggestion, sondern zum Teil auch durch

deutsch-amerikanische Renegaten von der Art des Dr. Abraham Jacobi und jener anderen, die sich den Amerikanern, deren Deutschenhaß ihnen hinlänglich bekannt ist, gerade dadurch empfehlen wollen, daß sie wegwerfend von einem unterdrückten, von der militärischen Kaste beherrschten Deutschland sprechen.* Ist es da ein Wunder, wenn sich die Amerikaner diese Auffassung zu eigen machen und ihr sogar den parteiamtlichen Stempel aufdrücken?

Die Demokraten haben übrigens mit ihrem antiimperialistischen Wahlfeldzuge kein Glück gehabt; Bryan wurde 1900, wie gewöhnlich, geschlagen, und es hat sich in der Folge herausgestellt, daß es auch unter den Demokraten eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Imperialisten gibt. Auch dieses „issue" hat somit keine parteienbildende und parteientrennende Kraft bewiesen.

Die Grenzen zwischen den beiden großen „historischen" Parteien haben sich in den letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnten immer mehr verwischt.

* In der „Vossischen Zeitung" vom 27. Juni 1916 wurde von einer Proklamation „an die Bevölkerung der alliierten Nationen" berichtet, die von fünfhundert Amerikanern unterzeichnet war und in der die starken Sympathien der Unterzeichner für die Feinde Deutschlands zum Ausdruck kamen. Diese Kundgebung trug u. a. auch folgende Unterschriften: H. E. Krebiehl, Musikkritiker der „New York Tribune", Julius Sachs, Professor der Pädagogik an der Columbia-Universität in New York, Conrad Bierwirth, Professor der deutschen Sprache an der Harvard-Universität, Christian Gauß, Professor an der Universität Princeton, David Wallerstein, Anwalt in Philadelphia, E. W. Kemmerer, Professor in Princeton, Cassius J. Keyser, Professor an der Columbia-Universität, Albert Kürsteiner, Professor an der Universität des Staates Indiana, W. E. Lingelbach, Professor der Geschichte an der Universität des Staates Pennsylvania, Alfred Meyer, Professor in Princeton, Alfred S. Rosenheim, Architekt in Los Angeles, R. F. Scholz, Professor an der Universität des Staates California.

Beide haben sich gezwungen gesehen, den wachsenden sozialen Kämpfen wenigstens insofern Rechnung zu tragen, als sie einzelne Forderungen der Arbeiter- und sozialistischen Parteien in ihre Programme aufgenommen haben: nicht aus Arbeiterfreundschaft, nicht aus sozialem Pflichtgefühl, sondern einfach der Arbeiterstimmen wegen. Vorläufig sind die sozialen Probleme bei den zwei großen Parteien im ganzen und großen noch immer in die „party politics“, die Parteiinteressen, eingeordnet. Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit spitzen sich indessen in Amerika zu solch gefahrdrohender Schärfe zu, daß die beiden Hauptparteien, ob sie wollen oder nicht, gezwungen sein werden, ihnen volle, vielleicht ihre einzige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese Kämpfe werden in naher Zukunft den Parteien neuen Lebensinhalt geben. Der jetzige Krieg mit den durch ihn neu geweckten Nationalitätengegensätzen wird in nächster Zeit die Parteigestaltung in Amerika vermutlich im nationalistischen Sinne beeinflussen, doch dürften diese Einflüsse nicht von langer Dauer sein. Denn alle solchen Probleme, die dieser Krieg in Amerika erzeugen könnte, sind klein und geringfügig gegenüber dem sozialen. Der Gluthauch, der von dem Konflikt zwischen dem Kapitalismus und den Gewerkschaften ausgeht, verzehrt alle Streitfragen des Tages.

Neben den beiden großen Parteien besteht auch heute eine Anzahl kleinerer: die sozialkämpferischen Parteien, zwar verhältnismäßig schwach an „poli-

tischer" Bedeutung, dafür aber anscheinend bestimmt, auf die Parteibildung der Zukunft in dem eben angedeuteten Sinne bestimmend einzuwirken. Von den „Prohibitionisten" kann füglich abgesehen werden, da diese Partei, die die völlige Enthaltung von geistigen Getränken propagiert, eine stetig abnehmende Stimmenzahl bei den Wahlen aufzuweisen hat. Um so mehr verdienen die „populistische" Bewegung, die in den neunziger Jahren einsetzte, und die Parteien des Sozialismus Beachtung. Die populistische Bewegung hatte schon bald nach dem Bürgerkriege Parteibildungen versucht (die Greenback-Partei, The Grange, The Wheel, The Farmers Alliance), doch waren diese Parteigründungen wenig nachhaltig, und die „Farmers Alliance" ging schließlich in die große People's Party (Volkspartei) über, die alle Zweige der populistisch-agrarischen Bewegung umfaßte.

Die populistische Bewegung wird von einem Spezialisten der amerikanischen Parteigeschichte, McVey („The Populist Movement"), wie folgt gekennzeichnet:

„Obgleich sie einen Teil der unzufriedenen Bevölkerung der Städte umfaßt, kann sie am besten als eine Klassenbewegung bezeichnet werden, die sich zumeist auf die Landleute beschränkt. Die Partei erhebt die Anklage, daß die Preise niedrig sind, daß der Verdienst der Farmer ein viel geringerer ist als früher und daß Monopole den kleinen Produzenten, ebenso wie den Konsumenten, schwer belasten. Die ersten beiden Nachteile sind zurückzuführen auf die mangelhafte finanzielle, die letzten auf die fehlerhafte industrielle Gesetzgebung. Der Zweck der Partei ist, den

Farmern und den Arbeitern Erleichterungen zu verschaffen. Zur Verwirklichung dieses Zweckes ist die Herabsetzung der Preise und die Verminderung der Schuldenlast erforderlich."

Noch weit schärfer drückt sich die erste Plattform der Partei aus:

„Wir versammeln uns inmitten einer Nation, die sich am Rande des moralischen, politischen und materiellen Ruins befindet. Korruption beherrscht die Wahlurne, den Kongreß und beherrscht sogar den Hermelin auf der Richterbank. Das Volk ist demoralisiert, die Zeitungen werden mit Geldmitteln versehen und so zum Verstummen gebracht, die öffentliche Meinung wird irregeleitet, die Geschäfte werden zugrunde gerichtet, unsere Heimstätten mit Hypotheken belastet, die Arbeit wird herabgedrückt, und das öffentliche Land konzentriert sich in den Händen der Kapitalisten. Den städtischen Arbeitern wird die Versammlungsfreiheit genommen, die Arbeit der eingewanderten Proletarier drückt ihre Löhne herab, während ein Söldnerheer sie niederschießt. Millionen-Vermögen werden aus der Bevölkerung gepreßt. Aus dem Schoße einer ungerechten Regierung sind zwei große Klassen hervorgegangen: Vagabunden und Millionäre."

Wie aus dieser Kundgebung ersichtlich, waren in der populistischen Bewegung sowohl Arbeiter- wie Farmerinteressen vertreten, die sich indessen in der Frage der Schutzzölle nicht einigen konnten. Vielleicht ist es auf diesen Umstand zurückzuführen, daß die People's Party an Stimmenzahl stark zurückgegangen ist. Nur 1896, als die Demokraten unter Bryan ein Programm aufstellten, das sich in vielen wesentlichen Punkten mit dem der Populisten deckte, erhielten die beiden Parteien sechsundeinhalb

Millionen Stimmen, wovon vermutlich hunderttausend auf den populistischen Zuwachs der Bryan-Demokraten zurückzuführen sind. Eine Nachfolgerin der People's Party ist die jetzige sozialistische Partei (Social Democratic oder Socialist Party). Sie hat zahlreiche Elemente der Volkspartei sowie der 1892 entstandenen „Socialist Labor Party“ aufgenommen. Die sozialdemokratische Partei hat fast das ganze Programm der sozialistischen Arbeiterpartei übernommen, geht aber in der Aufstellung ihrer Forderungen genauer und schärfer vor als die sozialistische Arbeiterpartei.

Die jetzige sozialdemokratische Partei erklärte in ihrer Plattform 1904:

„Die Sozialistische Partei verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß die Arbeiter jeden Vorteil zu ergreifen vermögen, der dazu dienen kann, ihre Partei zu stärken und die vollständige Kontrolle über die Regierung zu erlangen, um so bald wie möglich die kooperative Gemeinschaft zu begründen; daß sie den kürzeren Arbeitstag erstreben wird; daß sie für die Versicherung der Arbeiter gegen Unfall, Krankheit und Arbeitslosigkeit, für Alterspensionen, für die Verstaatlichung der Transportmittel und der Börse, für eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, für kostenfreie Gerichtsbarkeit und Wertzuwachssteuer eintreten wird. Sie verlangt, daß die Einkünfte aus diesen Steuern für öffentliche Arbeiten und für die Verbesserung der Lage der Arbeiter verwendet werden. Sie wird ferner eintreten für eine vollständige Erziehung der Kinder und für den Ausschluß der Kinderarbeit aus den Fabrikbetrieben, gegen die Verwendung von Militär bei Streikunruhen, für eine Volksregierung einschließlich der Initiative und des Referendums, für gleiches Stimmrecht der Männer und der Frauen, für städtische Selbstverwaltung und für die Be-

rechtigung der Wähler, die von ihnen in Ämter Eingesetzten zurückzuberufen, sowie schließlich für die Erlangung eines jeden Vorteils, der dem kapitalistischen System zugunsten der Arbeiter abgerungen werden kann."

Im Jahre 1908 wiederholte die sozialdemokratische Partei ihre Forderungen von 1904 und fügte das Verlangen nach einer Reihe weiterer industrieller und politischer Reformen hinzu, die ungefähr der vorgeschrittenen Gesetzgebung des westlichen Europas entsprechen. Außerdem fordert die sozialdemokratische Plattform von 1908 die Abschaffung des Bundessenats und die Einschränkung des Vetorechtes des Obersten Bundesgerichts und befürwortet eine durchgreifende Verbesserung und modernere Ausgestaltung der Verfassung durch eine Volksabstimmung.

Die Verästelung und Verschmelzung der sozialen Parteien, das Übergreifen einer solchen Gruppe in die andere, das häufige Auftreten kleinerer Gruppen mit denselben sozialen Zielen sowie der Umstand, daß auch die beiden großen Parteien notgedrungen soziale Fragen in ihre Parteiprogramme aufnehmen mußten, haben es bewirkt, daß eine ziffernmäßige Feststellung der Stärke der sozialistischen Bewegung in Amerika nicht durchzuführen ist. Tatsache ist indessen, daß die sozialistischen Tendenzen in der Union eine stetig wachsende Verbreitung finden, und es ist, wie schon gesagt, mit Sicherheit anzunehmen, daß die zukünftigen Kämpfe im Leben Amerikas sich auf die Arbeit und das Kapital, die Eigentumsrechte und den Sozialismus beziehen werden.

In Amerika ist es nicht viel anders in bezug auf den Sozialismus gegangen wie in Europa: noch vor wenigen Jahrzehnten fürchtete man sich beinahe, das Wort „Sozialismus" auszusprechen, und betrachtete die Sozialisten so ungefähr als anarchistische Bombenwerfer. Es ist dies um so interessanter, als schon in den Kämpfen, die bald nach dem Bürgerkriege gegen den überwuchernden Kapitalismus einsetzten, Tendenzen und Methoden zur Geltung kamen, die sich vom Sozialismus im Grunde genommen nur durch die Bezeichnung unterschieden. Noch vor ganz kurzer Zeit sind Reformen, die im westlichen Europa an der Tagesordnung sind, von leitenden amerikanischen Politikern als gefährlich verschrien worden, weil sie „sozialistisch" wären. Seit mehreren Jahren hat die sozialistische Bewegung indessen in Amerika erhebliche zahlenmäßige Fortschritte gemacht; die gegenwärtige Stärke der Sozialisten kann auf siebenhundertfünfzig- bis achthunderttausend geschätzt werden. Im Jahre 1910 wurde der erste Sozialist, Victor Berger aus Milwaukee, ein geborener Österreicher, in den Kongreß gewählt. Bei den Staatswahlen haben die Sozialisten seit 1910 vielfach ansehnliche Erfolge aufzuweisen gehabt. In Milwaukee, einer stark von Deutschen bewohnten Stadt, siegten 1910 die Sozialisten bei den städtischen Wahlen. Milwaukee ist dadurch die erste Vertreterin der in die Praxis übertragenen sozialistischen Politik Amerikas geworden.

Von den amerikanischen Arbeitersyndikaten ver-

hält sich das bedeutendste, die „Federation of Labor“ unter ihrem Führer Samuel Gompers, ablehnend gegen die sozialistische Partei. Dagegen steht das Syndikat der United Mine Workers (Vereinigung der Grubenarbeiter) fast ganz unter der Kontrolle sozialistischer Führer. Die „Western Federation of Miners“, die radikalste amerikanische Arbeiterorganisation, hat sich, obgleich die Mehrzahl ihrer Mitglieder vor zehn Jahren mit den Demokraten stimmte, offen zu den sozialistischen Lehren bekannt. Im europäischen Sinne „klassenbewußt“ ist die Mehrzahl der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter Amerikas heute noch nicht; es sind jedoch sehr deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die sich stetig verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ein schnelles Anwachsen des sozialen und wirtschaftlichen Radikalismus herbeiführen werden. Auch die politische Taktik wird, diesem mutmaßlichen Verlaufe entsprechend, eine erheblich verschärfte Form annehmen.*

* Prof. Stangeland, „Die Entwicklung der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten“

Die Wahlen

„Weshalb die Klagen über die Herrschaft der Partei?" Woodrow Wilson, der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten, hat 1910 im „Atlantic Monthly" diese bedeutsame Frage aufgeworfen, und er beantwortete sie wie folgt: „Wegen des eigentümlichen Charakters der amerikanischen Parteien. Selbstverständlich sind Parteien notwendig. Sie sind nicht nur notwendig, sondern wünschenswert, damit politische Überzeugungen organisiert und Menschen mit gleichen Meinungen und Absichten zu wirksamer, dauernder Zusammenarbeit vereinigt werden können. Seit unvordenklichen Zeiten hat es Parteien gegeben, aber niemals und nirgendwo Parteiorganisationen wie bei uns. Die Ernennungsmaschinerie ist das Rückgrat der Parteiorganisationen geworden. Sie belohnt die Führer mit Einfluß und Amt. Es sind Leute, die für ihre Tätigkeit (im Werbedienst der siegreichen Partei) durch geheime Vorgänge, welche das Volk nicht kontrollieren kann, zu Ämtern gelangen. Kein Regierungsbeamter hat das Recht, zu ernennen, oder zu wählen; deshalb müssen es die Parteibosse (die Lenker der Parteimaschinen) tun, die nicht Regierungsbeamte sind. Die Maschine ist eine außerhalb stehende Macht, über welche

der Wähler keine Macht hat. Wir haben diese Lage geschaffen und müssen sie entweder ändern oder ihre Folgen ertragen." Und weiter sagt Wilson: „Alle Gesetzentwürfe, welche der Maschine und ihren Auftraggebern unerwünscht sind, werden in den Ausschüssen erstickt, Maßregeln, die der Maschine nützlich sind, den gesetzgebenden Häusern vorgelegt und durchgepeitscht. Anstatt eine wahrhaft repräsentative Regierung zu haben, haben wir ein undurchdringliches Dickicht von Parteiorganisationen, das zwischen dem Volk und der Regierung steht."

Was Woodrow Wilson im engen Rahmen eines Zeitschriftenartikels nur in einigen großen Zügen zeichnen konnte, haben sehr viele andere angesehene Amerikaner in Bänden geschildert und verwünscht: die zerstörende Herrschaft der Parteimaschine, der Bosse, über das ganze politische Leben des Landes.

Was im amerikanischen Volke Ehrliches und Anständiges steckt, rebelliert von Zeit zu Zeit gegen diese ungeheuerliche Korruption. Fast stets ist die Rebellion erfolglos; denn der gemeinsame Vorteil, der die Maschinenpolitiker so fest zusammenhält, ist ein starker Wall, an dem die Reformelemente sich fast immer die Köpfe zerschellen. Hier und da ist jedoch die Empörung, der Ekel der Anständigen so stark, daß die „Insurgenten", die Reformer, in wuchtigem Ansturm die Maschine über den Haufen rennen und sich siegreich behaupten — allerdings fast stets nur für kurze Zeit. So ist im November 1909 die demokratische Organisation Tammany

Hall aufs Haupt geschlagen und mit William Gaynor ein ehrlicher Politiker an die Spitze der New Yorker Stadtverwaltung gestellt worden. Er hat dafür büßen müssen ... Eine ähnliche Revolte vollzog sich vor einiger Zeit innerhalb der republikanischen Partei, deren „Insurgenten" darauf hinarbeiteten, die Partei von ihren schlimmsten Schädlingen zu säubern: so von dem korruptesten, zynischesten aller „Bosse", dem Senator Aldrich von Rhode Island, der zusammen mit dem Sprecher des Unterhauses, Joseph Cannon, den Payne-Tarif auf Befehl der hochschutzzöllnerischen Trusts durch Bestechung und Drohung ins Leben gerufen hatte; und von „Joe" Cannon selbst, dem autokratischen Führer der Republikaner, der sein Amt als „Sprecher" (Präsident) des Repräsentantenhauses viele Jahre hindurch zum Vorteile großer Interessentengruppen mißbrauchte, indem er die ihnen günstigen Gesetzvorlagen mit allen Mitteln skrupelloser Willkür durchdrückte.

Auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens übt die Herrschaft der Bosse eine verderblichere Wirkung aus als bei den Wahlen — bei der Auslese und Erwählung der Männer, die im Geiste der Verfassung aus dem Volke durch Volkswahlen hervorgehen sollen, um Land und Volk zu verwalten und zu regieren.

Das amerikanische Volk ist, wie schon bemerkt, mit Wahlen überreich gesegnet. Es hat den Präsidenten und Vizepräsidenten, die Abgeordneten des Unterhauses des Kongresses (congressmen), die

Gouverneure der Einzelstaaten, die obersten Beamten der Einzelstaaten, die Appellationsrichter, die Obersten Staatsanwälte, die Oberbürgermeister (mayors), die wichtigsten städtischen Beamten und in einer Reihe von Staaten außerdem noch andere staatliche und städtische Beamte zu wählen. So sind beispielsweise im Staate Ohio durchschnittlich in jedem Jahre zweiundzwanzig Ämter und Mandate durch Wahlen zu besetzen. In der Stadt New York sind bei den Novemberwahlen von den Parteien ungefähr zweihundert Kandidaten aufzustellen.

Die Mitglieder des Bundessenats wurden bis 1913 nicht direkt vom Volke, sondern von den „Staatslegislaturen", den Landtagen der Einzelstaaten, gewählt. Indirekt ist nur noch, wenn auch lediglich der Form nach, die alle vier Jahre erfolgende Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten.

An dem Präsidentschaftswahltage, dem Dienstag nach dem ersten Montag im November, wählt das Volk, wie die Verfassung es vorschreibt, „Elektoren", Wahlmänner, und zwar werden in jedem Staate so viele Elektoren gewählt, als der Staat Vertreter in den beiden Häusern des Kongresses hat. Die Wahlmänner aller Staaten bilden in ihrer Gesamtheit das „electoral college". Am zweiten Montag im Januar nach dem Wahltage treten die gewählten Wahlmänner eines jeden Staates in ihrer Staatshauptstadt zusammen und geben dort ihre Stimmen für den Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ab. Das Ergebnis

dieser Abstimmung wird in dreifacher Ausfertigung niedergeschrieben, von den Elektoren unterzeichnet und versiegelt; der Gouverneur des Staates bescheinigt den Elektoren das Ergebnis der Abstimmung durch ein „certificate“; dann wird eine dieser drei Listen dem staatlichen Distriktsrichter des Oberbundesgerichtes überreicht, die zweite geht durch die Post, die dritte durch Boten an den Präsidenten des Bundessenats in Washington. Am zweiten Mittwoch im darauffolgenden Februar werden alle einzelstaatlichen Listen von dem Senatspräsidenten in Gegenwart beider Häuser des Kongresses geöffnet und gezählt, und diejenigen Bewerber, die die meisten Elektoralstimmen erhalten haben, werden als „duly elected“ (vorschriftsmäßig gewählter) Präsident und Vizepräsident erklärt.

Der Wahlmann, der im November gewählt wird, gibt — das ist die allgemein gültige Voraussetzung — im Januar seine Stimme für denjenigen Parteikandidaten ab, den der Urwähler im Auge gehabt hat. Dies geschieht in offenem und bewußtem Gegensatze zu den Absichten der Verfassungsurheber, die die Präsidentenwahl nicht in die Hände des gesamten Volkes legen, sondern von einer Anzahl auserlesener Männer nach deren freiem Ermessen vollzogen wissen wollten. Die Verfassung verlangt also von dem Elektor keineswegs, daß er im Januar seine Stimme für den vom Urwähler gemeinten Kandidaten abgebe. Er ist an keine Persönlichkeit gebunden. Das Verhältnis zwischen Urwähler und Wahlmann ist vollständig Vertrauenssache. Würde

zwischen einer genügenden Anzahl von Elektoren ein festes Abkommen getroffen, so könnte aus der Januar-Abstimmung ein anderer als der offizielle Parteikandidat hervorgehen. Dies ist indessen bisher nie der Fall gewesen, denn es hat sich das ungeschriebene Gesetz herausgebildet, daß der Wahlmann nur für den offiziellen Kandidaten stimmt.

Dieses veraltete, undemokratisch gemeinte indirekte System ist in Wirklichkeit ausgeschaltet, da seit langer Zeit eine für einen bestimmten Wahlmann abgegebene Stimme eben eine Stimme für den tatsächlichen Parteikandidaten bedeutet. Geblieben sind nur die Unlogik und die Bedenklichkeiten dieses Systems. Denn es bedarf nach dem eben Gesagten keiner ausführlichen Beweisführung, um darzutun, wie leicht der Fall eintreten kann, daß ein Präsidentschaftsbewerber im November die Mehrzahl der Volksstimmen erhält, im Februar aber durchfällt, weil er nicht die Mehrzahl der Elektoralstimmen erhalten hat. Dieser Fall ist tatsächlich schon neunmal eingetreten. Woodrow Wilson ist ein solcher „Minderheitspräsident". Vor ihm waren es John Quincy Adams (1825—29), Polk (1845 bis 1849), Taylor (1849—50), Buchanan (1857—61), Lincoln (1861—65), Hayes (1877—81), Garfield (1881) und B. Harrison (1889—93), als er zum zweiten Male gewählt wurde.

Anläßlich der Präsidentschaftswahl, aus der R. Hayes 1876 hervorging, hat dieses Wahlmännersystem in ganz Amerika einen Aufruhr hervor-

gebracht, der das Land auf das heftigste erschütterte. Der demokratische Präsidentschaftskandidat Samuel J. Tilden hatte im November 1876 eine ausgesprochene Mehrheit der Volksstimmen erhalten. Die Elektoralstimmen von drei Staaten (Florida, Louisiana und Süd-Carolina) wurden jedoch von den Republikanern angefochten. In Louisiana ging man gegen die Elektoren besonders schroff vor: die mit der Aufsicht der Wahlen betrauten Bundesbeamten beriefen sich auf gewisse Verfassungsbestimmungen, die ihnen in zweifelhaften Fällen freie Hand lassen, und erklärten eine ganze Reihe von Elektoralstimmen, die für Tilden abgegeben waren, kurzerhand wegen „Einschüchterung und Gewalttätigkeit" für ungültig. (Umgekehrt war es übrigens im Staate Oregon, wo der Gouverneur die Wahl Tildens bescheinigte, obgleich die Mehrheit der Elektoren für den republikanischen Kandidaten Hayes gestimmt hatte.) Die Elektorenstimmen für Tilden, die in Florida, Louisiana und Süd-Carolina ungültig erklärt wurden, waren hinreichend, um dem Republikaner Hayes eine Stimme Mehrheit im gesamten Elektoralkollegium zu geben und ihn zum Präsidenten zu machen. Die Erbitterung der Demokraten war grenzenlos. Hätte nicht Tilden die Partei dringend ermahnt, sich bei dem Geschehenen zu beruhigen, das Land hätte vielleicht einen zweiten Bürgerkrieg erlebt. Um weiteren ähnlichen Fällen vorzubeugen, wurde damals eine „electoral commission", aus Mitgliedern beider Häuser des Kongresses bestehend, ins Leben ge-

rufen; ihr fällt in solchen Streitfragen die Entscheidung zu.

Im Jahre 1884, als Grover Cleveland (Demokrat) und James G. Blaine (Republikaner) einander gegenüberstanden, beruhte die Entscheidung auf den 35 Elektoralstimmen des Staates New York, deren Mehrheit auf Cleveland entfiel; diese Mehrheit war indessen auf die kleine Majorität von 1100 Volksstimmen zurückzuführen, mit der die Cleveland-Elektoren im November erwählt worden waren. Die Entscheidung zugunsten Clevelands war also auf Grund des Elektoralsystems durch 551 Wähler herbeigeführt worden, und die Republikaner haben vielleicht nicht unrecht mit der Behauptung, daß diese 1100 Stimmen bei einer direkten Volksabstimmung (an der sich 10 067 000 Wähler beteiligt hatten) sehr wahrscheinlich nicht entscheidend ins Gewicht gefallen wären. Noch auffälliger war der Unterschied zwischen direkter und Elektoralwahl vier Jahre später, als Cleveland abermals kandidierte. Damals stimmte bei den gleichzeitig vorgenommenen (direkten) Gouverneurswahlen der Staat York überwiegend demokratisch, bei der Präsidentschaftswahl ergab sich jedoch eine Minderheit der Cleveland-Elektoren, und da das Elektoralvotum in den übrigen Staaten sich nahezu die Wage hielt, fiel Cleveland durch.

Die Urheber der Verfassung von 1787 hatten sich auf diese indirekte Präsidentenwahl geeinigt, weil sie glaubten, daß direkte Volkswahlen das Land in schädliche Aufregung versetzen und zu korrupten

Machenschaften führen würden. Es wurde daher beschlossen, daß der Präsident zu wählen sei „von einer ausgewählten Körperschaft, die so weit wie möglich von unheilvollen Einflüssen, sei es durch die Bevölkerung, sei es durch fremde Sendlinge (gemeint waren englische), ferngehalten ist.“ Aus diesem Grunde sollten die Wahlmänner auch nicht als eine einzige, ungeteilte Körperschaft, sondern nach Staaten gesondert zusammentreten, und zwar an einem und demselben Tage. Damit dachten die Schöpfer der Verfassung jeder ungebührlichen Beeinflussung einen Riegel vorzuschieben, denn — so rechneten sie 1787 — es ist so gut wie unmöglich, räumlich so weit getrennte Versammlungen, die an demselben Tage abzustimmen haben, nach einer bestimmten Richtung hin von außerhalb zu bearbeiten. Es ist klar, daß die Argumente von 1787 heute keine Geltung mehr haben; es ist fraglich, ob die Absichten der Väter der amerikanischen Verfassung durch diese Schutzmaßregel überhaupt je verwirklicht worden sind. Auch die indirekte Präsidentenwahl hat stets große Erregung und fast stets Ruhestörungen im Gefolge; und was die „ungebührliche Beeinflussung“ betrifft, so braucht nur an die eben erwähnten Vorgänge von 1876 erinnert zu werden und an die Tatsache, daß ungebührliche Beeinflussungen schlimmster Art sich bei allen amerikanischen Wahlen ein unzerstörbares Gewohnheitsrecht erworben haben.

Diesen Machenschaften wird durch die Häufigkeit der Wahlen, die kurze Amtsdauer der gewählten

(wie der meisten ernannten) Beamten und durch die schwierige, sehr verwickelte Technik des Wählens stark Vorschub geleistet. Der stark auf das Praktische gerichtete, jeder Verbesserung zugängliche Wesenszug der Amerikaner, das dem Volke eingeborene Bedürfnis nach Vereinfachung und Entlastung verleugnet sich merkwürdigerweise bei seinem wichtigsten bürgerlichen Geschäft, den Wahlen, vollständig. Es dürfte nirgends in der Welt eine so verwickelte und unübersichtliche Wahltechnik geben wie in den Vereinigten Staaten, und von den zahlreichen Besserungsversuchen hat sich noch keiner so recht bewährt. Diese Reformen galten nun allerdings nicht so sehr der Vereinfachung des „ballot“, als der Ausmerzung der schweren Übelstände, die sich durch Korruption in das Wahlverfahren eingeschlichen haben. Dem einfachen Manne wird die bürgerliche Willensäußerung durch den Stimmzettel, durch den verwickelten Wahlmodus sehr schwer gemacht; daher die so häufig zutage tretende Unlust an der Ausübung des Wahlrechts und die zahllosen Unrichtigkeiten bei der Ausfüllung der Stimmzettel. Aber nicht nur der „einfache Mann“ wird durch die Fülle und Unklarheit der Wahlbestimmungen verwirrt und unsicher. Man kann in Gesprächen mit sehr gebildeten Amerikanern nicht selten die Wahrnehmung machen, daß sie nicht mit allen Einzelheiten des Systems, nach welchem Lokal-, Staats-, Kongreß- und Präsidentenwahlen vor sich gehen, völlig vertraut sind. Dabei werden manche dieser Wahlen in manchen Einzelstaaten

ganz verschieden gehandhabt; so gehen beispielsweise die „primaries“ (Urwahlen) keineswegs gleichmäßig vor sich, und die Wahlstaffel, die von den Urwahlen bis zur Auswahl des Präsidentschaftskandidaten in den Nationalkonventen aufsteigt, sieht in einer Reihe von Staaten anders aus als in den übrigen.

Das besondere Kennzeichen der amerikanischen Wahlen ist, daß sie alle — nicht nur die Wahl des Präsidenten, sondern auch die der einzelstaatlichen, Kreis- und städtischen Beamten — ausschließlich politische sind, daß sie „on party lines“ erfolgen, d. h. daß sie von der Partei ausgehen und die Zugehörigkeit des Kandidaten zu der Partei als erste Voraussetzung haben. Die Zugehörigkeit und das Verdienst um die Partei sind für die Aufstellung eines Bewerbers zur Kandidatur für ein Amt allein bestimmend. Die Tüchtigkeit und besondere Eignung für ein Amt kommen dabei ganz und gar nicht in Betracht. Die Fessel, die das Parteiwesen um die öffentlichen Ämter geschmiedet hat (bei den durch Ernennung besetzten Ämtern ist es genau so), ist nicht zu zerbrechen, nicht abzuschütteln, und mit wenigen Ausnahmen betrachten die Amerikaner diesen Zustand als einen selbstverständlichen. Der Parteigeist hält sie vollständig in seinem Banne. Der Amerikaner stimmt häufig widerwillig für einen Kandidaten, den er für unehrlich, für untauglich hält oder gegen den er aus sonst einem Grunde eine Abneigung hat — aber er stimmt für ihn, weil die Partei es so will. Es ist einleuchtend,

daß diese blinde Parteidisziplin, dieser „Partei-Fetischismus", wie man es drüben nennt, zu den schlimmsten Mißbräuchen führen mußte, daß die Macht der „party managers" auf diesem fruchtbaren Boden ins Ungemessene wachsen konnte. Und schon bei den „primaries", der Grundlage und dem Ausgangspunkt des ganzen Wahlwesens, setzt der schlimmste Mißbrauch, die Fälschung des Volkswillens, ein.

Die primaries (Urwahlen)* sind aus dem „Caucus" hervorgegangen. Die Parteien, die sich in der amerikanischen Kolonialzeit gebildet hatten, besaßen keine Organisation; die Angelegenheiten der Parteien wurden in Klubs, die aus Männern gleichen Ranges und gleichen Berufes gebildet waren, erörtert und erledigt. In den Klubs wurden auch die Kandidaten aufgestellt, und die Mitglieder nahmen es auf sich, in ihren Kreisen für diese Kandidaten zu wirken. Eine der bekanntesten dieser Vereinigungen hieß „Caucusklub"; dieser Name ging auf alle Versammlungen über, die sich zum Zwecke der Aufstellung der Kandidaturen und der Vorbereitungen zum Wahlgeschäft vereinigten.

In den amerikanischen Kolonien gab es schon bald nach ihrer Begründung eine herrschende Klasse, Familien, die durch Reichtum und gesellschaftlichen Rang einen überragenden politischen Einfluß ausübten und deren Führerschaft von den übrigen

* Der deutsche Leser muß sich stets gegenwärtig halten, daß in Amerika unter primaries, Urwahlen, Urversammlungen, immer nur Veranstaltungen der Parteien zur Auswahl von Parteidelegierten und zur Aufstellung von Parteikandidaten verstanden werden.

nicht bestritten wurde. Ein „innerer Kreis" dieser leitenden Männer lenkte die Nominationen und die Wahlen mit diktatorischer Gewalt in privaten Zusammenkünften, den „parlor caucuses". (Mit dem Ausdruck „parlor" bezeichnet man die sogenannte „gute Stube".) So beherrschten die Familien der Schuyler, Livingstone, Clinton die Kolonie, dann den Staat New York, und „einige reiche Kaufleute" konnten, wie John Adams, der zweite Präsident der Vereinigten Staaten, sich ausdrückte, „bei jeder Wahl in Massachusetts das von ihnen gewünschte Ergebnis erzielen". In der Kolonie Virginia waren die reichen Plantagenbesitzer, die „Virginia-Gentlemen", die Herren. Es fanden allerdings auch formelle Wahlversammlungen in Stadt und „County" (Grafschaft, Kreis) statt, diese beschränkten sich jedoch zumeist darauf, die Beschlüsse, die die Caucuse bereits gefaßt hatten, zu genehmigen.

Nach dem Abfall der Kolonien von England und dem Erlaß der Verfassung bürgerte sich der Caucus auch in dem neuen Staatenbunde ein. Damals standen zwei Parteien einander gegenüber: die „Föderalisten", die für eine starke Zentralgewalt eintraten, und die „Republikaner" (die späteren „Demokraten"), die den Einzelstaaten gegenüber der Bundesregierung möglichst weitgehende Rechte verliehen wissen wollten. Die „Föderalisten" übernahmen den Caucus der Kolonialtage zuerst. Bei der Präsidentschaftswahl von 1800 setzten die föderalistischen Kongreßabgeord-

neten es durch, daß die Elektoren für den ihnen genehmen Kandidaten stimmten, zum großen Ärger der demokratischen Abgeordneten, die indessen bei der nächsten Wahl, 1804, sich gleichfalls zu einem Caucus zusammentaten. Seither wurde der „congressional caucus“ zu einer ständigen, öffentlichen Einrichtung; aber schon 1824 wurde „König Caucus“, gegen dessen verfassungswidrige Eingriffe in die Volksrechte sich wachsender Widerstand erhob, gestürzt. Der Ausdruck ist geblieben; heute ist ein Caucus eine Versammlung leitender Parteimänner und Parteimanager zur Vorbereitung und Beschlußfassung über die Aufstellung der Kandidaten, die den Urwählern in Vorschlag zu bringen sind. Über diese Kandidaten wird zunächst in den primaries abgestimmt. Die Nominationen werden auf Grund dieser Abstimmungsergebnisse in den „Konventionen“ (conventions) vollzogen.

Wenn gesagt wird, daß der Caucus den Urwählern die Kandidaten „in Vorschlag bringt“, so ist damit die Theorie des Verfahrens ausgedrückt. In der Praxis werden die Kandidaten den Urwählern von der Parteimaschine fast stets untergeschoben oder, wenn man will, aufgedrängt. Auch bietet sich auf dem Wege von der „primary“ bis zu den Konventionen für die Parteimaschine immer wieder eine Gelegenheit, für ihre eigenen Ziele unter Beiseiteschiebung aller Hemmnisse tätig zu sein. Eine Wahl in Amerika ist im Grunde nichts anderes, als ein zähes Ringen zweier Gruppen geschickter und rücksichtsloser Wahlregisseure, die

mit einem ungeheuren Apparat und einem entsprechend großen Aufwande an Geld und Mühe arbeiten und vor keinem Mittel haltmachen, um ihre Kandidaten durchzusetzen.

Die amerikanische Parteiorganisation ist, in großen Umrissen gezeichnet, wie folgt beschaffen:

Die Partei besteht aus ständigen Ausschüssen (committees) und zeitweiligen Konventionen (Parteitagen, conventions). Die Ausschüsse verwalten die laufenden Parteigeschäfte, die Konventionen wählen die offiziellen Parteikandidaten für die verschiedenen Ämter aus (sie „nominieren" die Kandidaten). Die ständigen Ausschüsse gliedern sich nach oben in Ausschüsse für towns oder townships (Ortsgemeinden), wards (städtische Wahlbezirke), cities (Städte), counties (Grafschaften, Kreise), districts (Kongreßbezirke) und states (Staaten).

In den kleinsten administrativen Unterabteilungen (den towns, school-districts, precincts, wards) finden die Urwahlen (primaries) statt. Durch die primaries werden sowohl die Kandidaten für die Ämter ihres Bezirkes ausgewählt (nominiert), als auch Delegierte zu den Konventionen, den repräsentativen Versammlungen der größeren Bezirke, gewählt. Diese Konventionen sind Delegiertenversammlungen für die Aufstellung von Kandidaten für städtische, county- (Kreis-), Staats- und Bundesämter; man unterscheidet daher city conventions, county conventions, district conventions, state

conventions und national conventions. Das ist die hauptsächliche Gliederung. In den „district conventions“ werden die Kandidaturen für das Repräsentantenhaus des Kongresses aufgestellt. Ferner gibt es „judicial conventions“, Gerichtskonvente, für die Kandidaturen gewisser richterlicher Ämter. Die Delegierten der city-, county- und district conventions werden direkt von den Urversammlungen entsandt, dagegen werden die Delegierten der höheren Konventionen von den Delegierten der unteren Konventionen gewählt. Die größte und wichtigste Konvention ist die Nationalkonvention, die den Parteikandidaten für die Präsidentschaft aufstellt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Entscheidungen in den primaries für die Aufstellung der Kandidaten in den höheren Wahlkreisen von großer Wichtigkeit sind. „Die Macht, welche die Urversammlungen unmittelbar über die Wahl der Kandidaten ausüben," schreibt M. Ostrogorski, einer der besten Kenner der politischen Zustände Amerikas*, „macht sich auf allen höheren Wahlstufen bemerkbar. Sie bestimmen den Charakter und die Entschlüsse aller aufeinanderfolgenden Versammlungen, von den Kreiskonventionen angefangen bis zur Nationalkonvention hinauf, denn sie alle entspringen aus der Urversammlung wie aus einer Quelle. Sie entscheiden über die Er-

* „Democracy.“ Mit einem Vorwort von James Bryce. Es ist die englische Ausgabe seines großen Werkes „La démocratie et les partis politiques“ (1902).

wählung zu den öffentlichen Stellen, von der niedrigsten bis zur höchsten, dem Präsidenten der Republik."

Dieser Urquell des Volkswillens wird durch die korrupte Parteimaschine schon dadurch getrübt und in die Bahnen der „Bosse" geleitet, daß die Auslese unter den Bewerbern, die den Urversammlungen zur Abstimmung unterbreitet werden soll, in „party conventions" getroffen wird, die der Mehrheit nach in den meisten Fällen aus Bossen und ihrem Anhang zusammengesetzt sind. „Die Macht des Boß über die Maschine", heißt es bei Ostrogorski weiter, „wurzelt vor allem in der Macht über die primaries. Wenn er sie beherrscht, hat er alle Konvente in der Hand, und wenn er hier seinen Willen durchsetzen kann, wird er der Mehrheit der Partei seinen Willen aufzwingen. Der Kandidat, der von einem noch so hohen Konvent aufgestellt zu werden wünscht, muß sich zuerst der Delegierten der Urversammlungen durch List und Bestechung versichern, sofern die Maschine es nicht für ihn besorgt. (Hier wäre einzuschalten, daß die Maschine es in den meisten Fällen tut, indem sie die primaries ‚packt', d. h. mit ihren Werkzeugen in solcher Zahl durchsetzt, daß die bona fide-Wähler in der Minderheit bleiben.) Auch die Geschäftsleute und Spekulanten, die sich einträgliche Lieferungen zu verschaffen wünschen, die Aktiengesellschaften, die Banken, die Eisenbahnen, die auf die Gunst der Volksvertreter angewiesen sind, beginnen in den primaries ihre Manöver, und zwar mit denselben

Mitteln. Die Delegierten liefern ihnen die Kandidaten und die Beamten, die sie geschaffen haben, aus und machen sie zu ergebenen Dienern der Kapitalisten."

Wie sich der Boß, d. h. die Maschine, dieses Übergewicht in den primaries erringt, ist schon angedeutet worden. Seine Anhänger müssen in solcher Überzahl in der Urversammlung erscheinen, daß sie jeden Widerspruch niederstimmen können. Die eiserne Disziplin, die in den amerikanischen Parteiorganisationen herrscht, ermöglicht ihnen diese Taktik. Die unabhängig denkenden, der Maschine abgeneigten Parteimitglieder werden außerdem von den Urversammlungen möglichst ferngehalten, indem die „wire-pullers" (Drahtzieher) der Maschine die Versammlungen zu einer ungelegenen Zeit ansetzen oder zu spät ankündigen oder einen unbequem gelegenen Ort wählen und in die Versammlungen alle möglichen zweifelhaften Existenzen „importieren", die den gut bezahlten Auftrag haben, die Unabhängigen zu überstimmen. Man nennt das, eine Versammlung „packen". Ein wirksames Mittel, Unbequeme fernzuhalten, besitzt die Maschine in den Wählerlisten. Diese Listen werden von den ständigen Ausschüssen, der Parteiexekutive, hergestellt, und nur wer auf der Liste steht, wird in die Urversammlungen zugelassen. Auf Grund irgendeines technischen Vorwandes können oppositionelle Elemente von der Aufnahme in die Listen ausgeschlossen werden.

Allzu schwer wird den Drahtziehern und ihren

Auftraggebern diese Arbeit meistens nicht, denn die Zahl der Unabhängigen ist in jeder der beiden großen Parteien gering. Bryce*, Ostrogorski und Hasbach** legen übereinstimmend dar, wie in Amerika unter dem steigenden Einflusse des Parteiterrorismus die Gleichgültigkeit gegen die res publica so sehr wächst, daß nur ein bis zehn Prozent der Wahlberechtigten bei den primaries erscheint. („Die besten Männer halten sich von der Politik fern," sagt selbst ein so ausgesprochen amerikafreundlicher Beurteiler wie James Bryce.) Steht doch kaum ein Drittel der Parteimitglieder auf den von den Ausschüssen zurechtgemachten Listen. Das Bezeichnende an dieser Feststellung ist, daß die drei genannten Autoritäten sie auf Grund amerikanischer Angaben machen. In den Urversammlungen des flachen Landes geht es allerdings anständiger zu: die Leute kennen einander, die bedenklichen Stadtelemente fehlen, der Boden ist nicht nahrhaft genug für die Entwickelung und das Gedeihen der übelsten Art des „politician". Dort sind die Urversammlungen schon deshalb stärker besucht, weil sie eine erwünschte Abwechslung in die Eintönigkeit des kleinstädtischen und dörflichen Lebens bringen.

Vor einigen Jahren hat in weiten Kreisen des besten Amerikanertums eine Revolte gegen das schamlose Treiben der Parteimaschine und der Parteibosse eingesetzt. Es ist dies eine der in Ame-

* „The American Commonwealth" (New York 1911), Kapitel „The Politician".

** „Die Demokratie". Jena 1912.

rika von Zeit zu Zeit mit großer Wucht einsetzenden Reaktionen gegen die schwersten Übelstände, die man allzulang hat sich einfressen lassen, deren Beseitigung daher erheblichen Schwierigkeiten begegnet und geraume Zeit in Anspruch nimmt. Die Reformbewegung, von der hier die Rede ist, will mit der Herrschaft der Bosse und der Maschine aufräumen und dem Volke das tatsächliche Wahlrecht, das ihm durch die „politicians" entwunden worden war, wiedergeben.

Diese Bewegung hat in einigen Staaten bereits den Erfolg gehabt, daß die „party conventions" abgeschafft und sogenannte „direkte Primärwahlen" eingeführt wurden. In diesen „direct primaries" wählen die Parteien ihre Delegaten zu den Nationalkonventen (auf denen die Präsidentschaftskandidaten aufgestellt werden) direkt; der Umweg über die verschiedenen Konventionen, der den Berufspolitikern ebenso viele Gelegenheiten zur Umgehung des Volkswillens gibt, fällt damit fort. Vom Volk selbst gewählt werden nach diesem neuen System auch die Parteikandidaten für das Unterhaus des Kongresses, für das Gouverneursamt und die anderen oberen Beamtenstellen der Einzelstaaten und für die obersten städtischen Beamten. Ebenso gehen seit 1913 die Bundessenatoren aus direkten Volkswahlen hervor, anstatt wie bisher durch die Staatslegislaturen gewählt zu werden.

Diese Reformen sind erst in ihren Anfängen. Eine Reihe von Staaten hat sie ganz, andere haben

sie teilweise durchgeführt, die große Mehrzahl der Staaten (dreißig) verfährt noch nach dem alten System. Bei den Präsidentschaftswahlen 1913 waren die Nationalkonventionen zum ersten Male von Delegaten beschickt, die aus primaries hervorgegangen waren. Dreizehn Staaten haben das neue System bisher angenommen (ob seit Ausbruch des Krieges neue hinzugetreten sind, ist wegen der mangelhaften Nachrichtenübermittlung unbekannt). Es sind dies Massachusetts, Maryland, New Jersey, Ohio, Wisconsin, Illinois, Missouri, Nebraska, Nord- und Süd-Dakota, Nevada, Oregon und Kalifornien. Eine andere Gruppe: New York, Pennsylvania, Indiana, Michigan und Minnesota hat ein gemischtes System, das nur teilweise auf Primärwahlen beruht, eingeführt. In manchen Primärwahlstaaten wird das Verfahren beobachtet, Delegaten, die als unverbrüchliche Parteigänger eines bestimmten Präsidentschaftsbewerbers bekannt sind, zu wählen unter der stillschweigenden Voraussetzung (oder auch der formellen Weisung), daß diese Delegaten dann auf dem Nationalkonvent für jenen Bewerber stimmen; ein Stimmzettel, der auf der primary für einen solchen Delegaten abgegeben wird, gilt damit als für den Präsidentschafts-Bewerber selbst abgegeben. In anderen Primärwahlstaaten wieder werden keine Delegaten gewählt, sondern die Wählerschaft sagt durch ihren Stimmzettel nur, ob sie diesem oder jenem Präsidentschafts-Bewerber den Vorzug gibt („Presidential Preference Primaries“); die Delegierten

dagegen werden späterhin in alter Weise durch den Staatskonvent gewählt und haben dann die Verpflichtung, den Volkswillen dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie für den in der Primärwahl Siegreichen ihre Stimme abgeben. In anderen Primärwahlstaaten wiederum wählt der Wähler nicht nur einen Delegaten, sondern er bezeichnet auch gleichzeitig den Kandidaten, für den der Delegat stimmen soll.

Die „direct primaries“ haben indessen, kaum eingeführt, schon starke Anfechtung erfahren. Es hat sich gezeigt, daß auch sie von geriebenen Politikern mißbraucht werden können, vor allem aber, daß nur wohlhabende Leute es sich leisten können, sich auf dem neuen Wege als Kandidaten aufstellen zu lassen. Denn der wichtige Wesenszug der „direct primaries“ ist eben der, daß die Kandidaten nicht mehr durch die party convention oder den Partei-Caucus ausgesucht und den Urwählern präsentiert werden, sondern daß sie selbst ihre Bewerbung den Urwählern ankündigen und bei den Wahlbeamten darum ansuchen (oder durch befreundete Parteimitglieder ansuchen lassen), daß ihr Name auf den Stimmzettel gesetzt wird. Diese Selbstankündigung geschieht meist durch Zeitungsinserate, die drüben sehr kostspielig sind, und noch größere Kosten verursacht der Wahlfeldzug selbst. Die Werbearbeit unter der Wählerschaft ist, selbst wenn Bestechungen vermieden werden, sehr teuer. Die Wählerversammlungen, die der Kandidat einberuft, verschlingen große Summen nicht nur für die Lokal-

miete, sondern auch für die Automobile und Spezialzüge, die der Bewerber seinen Wählern in Stadt und Land bereithält, damit sie diese Versammlungen besuchen. Unter dem alten System wurden diese Ausgaben (sofern es sich nicht um einen „Unabhängigen" handelte) von der Parteimaschine bestritten, unter dem neuen hat der Bewerber sie selbst zu tragen.

Es ist berechnet worden, daß die Wahlunkosten eines Bewerbers um ein Kongreßmandat von 19 437 Dollar im Jahre 1898 unter dem direct primaries-System auf 50 417 Dollar im Jahre 1910 gestiegen sind. Ein Bundessenats-Bewerber, der 1905 seine Wahlkosten mit 262 Dollar beziffert hatte (was selbstverständlich zu niedrig gegriffen war), gab 1909 seine Ausgaben mit 192 977 Dollar an. In der Stadt Milwaukee stiegen die Wahlunkosten der Bewerber um die städtischen Ämter von 8280 Dollar im Jahre 1898 auf 50 479 im Jahre 1908. Der Mayor (Oberbürgermeister) Rose, dessen Volkstümlichkeit daraus erhellt, daß er in sechs Wahlfeldzügen fünfmal gewählt wurde, gab nur 933 Dollar im Jahre 1898, dagegen 5223 Dollar unter dem neuen System 1908 aus.* In diese Ziffern sind die Ausgaben der Freunde der Kandidaten oder solcher Männer und Korporationen, die an deren Erwählung ein Interesse hatten, nicht einbezogen.

Ein anderes Bedenken gegen die direct primaries

* „Political Reform in Wisconsin." Von E. L. Philipp. Milwaukee 1909.

machte sich infolge des Umstandes geltend, daß die meisten Bewerber, um die Gunst ihrer Wählerschaft zu erringen, ihren Gemeinden möglichst hohe Zuwendungen aus öffentlichen Geldern für Verbesserungen, Neueinrichtungen, Umbauten usw. versprechen und diese Versprechungen auch halten müssen, wenn sie wiedergewählt werden wollen. Da findet dann unter den Kandidaten, wenn sie die gewünschten Ämter erhalten haben, ein förmliches Wettlaufen auf die städtischen, Staats- oder Bundeskassen statt, wobei natürlich viel überflüssiges Geld verausgabt oder notwendige Neuerungen mit weit größeren Kosten, als notwendig, beschafft werden. In den Selbstanpreisungen, die die Bewerber in dem Inseratenteil der Zeitungen veröffentlichen, finden sich stets ausführliche und nachdrückliche Hinweise auf die Geldzuwendungen, die sie den Gemeinden im Interesse der Wählerschaft aus öffentlichen Mitteln entweder schon gemacht haben oder zu machen beabsichtigen. Das öffentliche Interesse, der Nationalwohlstand wird so den Interessen des Wählers, im günstigsten Fall denen des Wahlkreises untergeordnet.*

Einem der schlimmsten Übel, dem das alte System Vorschub leistete, ist auch durch die direct primaries nicht abgeholfen worden. Unter den zahllosen kleinen und großen Kniffen und Schiebungen, aus denen sich die Wahlkunst der Bosse zusammensetzt,

* Drastische Beispiele solcher Geldvergeudung in „The Cost of our National Government. A Study in political Pathology". Von Professor H. J. Ford. New York 1910.

besteht eines der gebräuchlichsten darin, daß sie in gewissen Fällen ihren Anhang veranlassen, für die Gegenpartei zu stimmen. Ein Beispiel zur Erläuterung. Es sind Staatswahlen: das Gouverneurs- und die anderen oberen Staatsämter sind zu besetzen. Von jeder Partei und für jedes Amt bewerben sich mehrere Männer, zunächst um die Nomination, die durch das Ergebnis der Primärwahlen entschieden wird. Nehmen wir nun an, die demokratische Parteimaschine begünstige aus bestimmten Gründen den Mr. Smith, dem sie die Erwählung zum Gouverneur sichern möchte. Mr. Smith ist aber im Staate wenig (oder unvorteilhaft) bekannt oder wenig beliebt oder sonst „schwach", während die Gegenseite, die Republikaner, unter den Bewerbern um das Gouverneursamt einen starken, zugkräftigen Namen haben. Zu verhindern, daß dieser starke Mann die republikanische Nomination durch die primaries erhalte, ist das heiße Bemühen der demokratischen Maschine. Denn wenn sie auch die Nomination ihres Mr. Smith bei den Primärwahlen im Frühsommer durchdrücken kann, so läuft dieser Gentleman bei den eigentlichen Wahlen im Herbst doch Gefahr, gegen den stärkeren republikanischen Kandidaten zu unterliegen. Damit nun der starke Republikaner schon bei den primaries strauchle, erhalten die zur Maschine gehörenden demokratischen Wähler den Auftrag, bei den primaries für den schlechtesten der vorhandenen republikanischen Bewerber zu stimmen, und zwar in solchen Massen, daß er aus

den Urwahlen siegreich hervorgeht. Denn dieser schlechte offizielle republikanische Parteikandidat — so rechnet die demokratische Maschine — wird bei den Wahlen im Herbst wahrscheinlich geschlagen, d. h. Mr. Smith, der Demokrat, wird Gouverneur.

Diesem Unfug haben die direct primaries, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht gesteuert. Bei der Zählung der Stimmen hat es sich häufig herausgestellt, daß eine ganze Menge „wards“ (Stadtbezirke), die seit jeher eine überwiegend demokratische Wählerschaft hatten, starke republikanische Stimmenmehrheiten aufwiesen, und umgekehrt. Bei den Gouverneursprimärwahlen im Staate Illinois 1908 z. B. betrug das demokratische Votum der (überwiegend demokratischen) Stadt Chicago 54 973 Stimmen, während anderthalb Jahre früher der demokratische Mayorskandidat Edward F. Dunne 151 779 demokratische Stimmen erhalten hatte. Das republikanische Votum belief sich bei diesen Primärwahlen auf 134 911, um fast 80 000 mehr als das demokratische. Kein Zweifel, daß dieses starke Übergewicht der republikanischen Stimmen in dem demokratischen Chicago durch Massenüberläufereien aus dem demokratischen Lager herbeigeführt war. In diesem besonderen Falle hatte sich die demokratische Maschine allerdings schwer verrechnet. Sie hatte gehofft, durch diesen Massenabschub die Nominierung des Republikaners Deneen zu vereiteln und dem für ihre Zwecke geeigneteren Yates zur republikanischen Nomination

zu verhelfen; zu ihrem großen Schmerze wurde aber doch Deneen nominiert.

Im allgemeinen ist beobachtet worden, daß die direct primaries, eine dem Referendum, der Initiative, der Volksgesetzgebung ähnlich gedachte Einrichtung, den bestehenden Übeln nicht in dem erhofften Umfange abgeholfen haben. Die Wähler sind nicht imstande, sich in der häufig großen Zahl von Kandidaten zurechtzufinden; es fehlt an dem ordnenden und leitenden Element, und dem Berufspolitiker ist daher immer noch ein weiter Spielraum für seine Manipulationen gelassen. Es ist eben, wie gesagt, ein noch in seinen Anfängen steckender Versuch. Aber die Tatsache, daß solche ernste, weitausgreifende, mit großen Mühen und Opfern verbundene Versuche gemacht werden, ist an sich bedeutungsvoll.

Die Krönung der amerikanischen Parteiorganisation, die weithin sichtbare Kuppel des riesigen Parteigebäudes ist die Nationalkonvention, die alle vier Jahre zusammentritt, um den Präsidentschaftskandidaten der Partei aufzustellen (zu nominieren) und das Parteiprogramm, die „Plattform", festzulegen.

Auf den Nationalkonventionen ist jeder der achtundvierzig Staaten der Union vertreten; die Zahl der Vertreter eines Staates auf den Nationalkonventen wird durch die Zahl seiner Vertreter im Kongreß bestimmt. Für jeden Kongreßvertreter kann der Staat zwei Vertreter zu den National-

konventen entsenden. So hat der Staat Delaware 1 Abgeordneten im Unterhause (dem „Repräsentantenhause") und — wie jeder andere Staat, ob klein oder groß — 2 Vertreter im Oberhause (Bundessenat) des Kongresses, zusammen 3; er entsendet also 6 Delegaten zu jedem der beiden Konvente. Der Staat New York, der im Kongreß durch 43 Abgeordnete („congressmen") und 2 Senatoren vertreten ist, schickt 90 Delegaten zu den Konventen. Da der Kongreß 531 Mitglieder zählt, senden die 48 Staaten 1062 Delegierte und ebenso viele Delegierten-Stellvertreter. Ferner sind in diesen Konventen auch dem Distrikt Columbia, den Territorien Alaska und Hawai sowie den Philippinen und Porto Rico Sitz und Stimme eingeräumt, obwohl diese Gebiete an der Präsidentenwahl nicht teilnehmen dürfen. Die Republikaner räumen Hawai 6, Alaska, ferner dem Distrikt Columbia, Porto Rico und den Philippinen je 2 Delegaten ein, die Demokraten jedem der genannten Gebiete 6. Die Gesamtzahl der republikanischen Delegierten ist somit (ohne die Stellvertreter) 1078, die der Demokraten 1092. In den republikanischen Nationalkonventen entscheidet die einfache, in den demokratischen die Zweidrittel-Mehrheit. Zur Nomination sind daher bei den Republikanern 540, bei den Demokraten 728 Delegatenstimmen erforderlich.

Die Delegaten zu den Nationalkonventionen werden, wie aus dem Vorhergehenden ersichtlich, in etwa einem Drittel der Staaten durch direkte

Primärwahlen ausgewählt. In den übrigen Staaten besteht noch das alte System der Nominations-Konventionen; die Delegaten zur Nationalkonvention werden von den Staats- oder von den Distriktskonventionen gewählt. Die Republikaner als Bannerträger des föderalistischen Gedankens, der Stärkung der Bundesgewalt, bevorzugen das letztere, die Wahlen aus den Kongreßdistrikten; sie wählen deshalb aus jedem Kongreßdistrikt zwei Delegaten zum Nationalkonvent. Die Demokraten dagegen, als Hüter der Rechte und der Stärke der Einzelstaaten, wählen die Delegaten im Staatskonvent. Diese Auffassung des Staates als einer Einheit wurde bis 1912 so weit getrieben, daß auf den demokratischen Nationalkonventionen nach dem Grundsatze der „unit rule“ die sämtlichen Delegatenstimmen eines Staates nur für einen einzigen Kandidaten abgegeben werden durften; die Minderheit des Konvents mußte ihren „Favoriten“ fallen lassen und sich der Mehrheit anschließen. Ein Beispiel: Bildeten sich auf einem demokratischen Staatskonvent von sechzig Mitgliedern zwei Gruppen, von denen die eine auf dem Nationalkonvent für Wilson, die kleinere, sagen wir, für Champ Clark stimmen wollte, so mußte die Champ-Clark-Gruppe auf dem Nationalkonvent trotzdem für Wilson stimmen, wenngleich sie ihn früher auf das heftigste angegriffen haben mochte. Auf dem demokratischen Nationalkonvent in Baltimore 1912 wurde diese „unit“-Regel von Bryan durchbrochen: Auf seine Veranlassung stellte der Mayor der Stadt

Cleveland in Ohio, der jetzige Kriegsminister Newton D. Baker, den Antrag, daß es jedem Delegaten freistehen solle, nach seinem Gutdünken für irgendeinen Kandidaten zu stimmen, und der Antrag wurde angenommen.

Der Nationalkonvention präsentiert jeder Staat seinen Kandidaten. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß achtundvierzig Namen von Bewerbern genannt werden; vielmehr sind es nur die anerkannten Größen der Partei, sagen wir Hughes, Root, Lodge bei den Republikanern, Wilson, Bryan, Champ Clark bei den Demokraten; daneben eine Anzahl hervorragender Politiker, die sich in einzelnen Staaten einen Namen gemacht haben. Im ganzen werden auf einem Nationalkonvent selten mehr als acht bis zehn Namen genannt. Der Abstimmung geht die Aufstellung und Verkündigung der „platform", des Parteiprogramms, voraus, dessen einzelne Bestandteile, dem Bilde entsprechend, „planks" (Planken) heißen. So spricht man von der Freisilber-Planke, der Schutzzoll-Planke usw. einer „platform". Die Abstimmung über den Kandidaten geht manchmal schnell vonstatten, manchmal ist aber eine größere Zahl von „ballots" erforderlich. Harrison wurde 1892, McKinley 1896 und Roosevelt 1904 beim ersten Aufruf nominiert, dagegen wurde 1852 der Demokrat Pierce erst im 49., sein Gegner, General Scott von der Whig-Partei (der Vorläuferin der heutigen republikanischen Partei), erst am fünften Tage im 53. Wahlgange, Woodrow Wilson 1912 erst im 47. Wahl-

gange gewählt, auf der Konvention von 1916 dagegen schon beim ersten „ballot".

Es ist wiederholt vorgekommen, daß aus den Abstimmungen der Nationalkonventionen Kandidaten hervorgegangen sind, an die wohl kaum auch nur einer der Delegaten ursprünglich gedacht hat, und die bei Beginn der Abstimmung ganz im Hintergrunde standen. Das geschah manchmal, wenn der Streit um die „Großen" unentschieden blieb; dann sprang mit einem Male, wie drüben die Redewendung lautet, das „dunkle Pferd" (dark horse) in den Vordergrund. Das war zum Beispiel 1844 der Fall, als ganz plötzlich ein bisher außerhalb seines Heimatstaates Tennessee unbekannter demokratischer Politiker, J. K. Polk, als Kandidat vorgeschlagen (und später auch nominiert und zum Präsidenten gewählt) wurde. Die versammelten Delegaten riefen, als sie den fremden Namen hörten, erstaunt aus: „Who is Polk?" (Wer ist Polk?) Und diese Frage ist noch heute im Gebrauch, wenn von einem Unbekannten, der plötzlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit oder auch eines einzelnen auf sich lenkt, die Rede ist. Auch der eben erwähnte Pierce, 1853 bis 1857 Präsident, war auf der Nationalkonvention 1852 erst völlig unbekannt.

Das drastischste Beispiel eines „dark horse" bot aber die republikanische Konvention von 1880. Die erste Abstimmung ergab 304 Stimmen für General Grant, 284 für James G. Blaine und kleinere Ziffern für Sherman, Edmunds und Washbourne. Durch 30 Abstimmungen hindurch blieb das Stim-

menverhältnis zwischen Grant und Blaine annähernd das gleiche, und die übrigen Bewerber blieben weit im Hintergrunde. Bei der 31. Abstimmung entfiel eine Stimme auf James Garfield, den Vorsitzenden eines der Unterausschüsse (des „committee on rules“) des Konvents. Diese eine Stimme erhielt Garfield auch bei den zwei darauffolgenden Abstimmungen, bei dem 34. „ballot“ waren es 17, bei dem 35. schon 50 Stimmen geworden, und ehe es zur 36. Abstimmung kam, trat ein jäher Umschwung zu Garfields Gunsten ein. Es erfolgte jene sturmartige Bewegung der Delegaten für einen bestimmten Bewerber, die man drüben „stampede“ nennt; das Wort ist der Sprache der Prärien entnommen, und es bezeichnet die wilde Flucht der Pferde, die plötzlich von Schrecken ergriffen werden. So stürzten 1880 die Delegaten von Blaine fort und auf Garfield zu, der schließlich 399 Stimmen erhielt (gegen 306 für Grant und 42 für Blaine) und damit das Nominationsrennen gewann. Er wurde auch zum Präsidenten gewählt, fiel aber schon einige Monate nach seinem Amtsantritt einem Meuchelmörder zum Opfer.

Auf dem vorhergehenden republikanischen Konvent, der 1876 in Cincinnati abgehalten wurde, hatte der eben genannte Blaine lange die Führung. Schon schien seine Nomination sicher zu sein, als der Führer der Blaine feindlichen Delegaten auf den Einfall kam, den Haupthahn der Gasleitung im Gebäude abdrehen zu lassen, so daß die Ver-

sammlung im Dunkel saß und eine Vertagung notgedrungen eintreten mußte. Am nächsten Tage erhielten die Feinde Blaines, die für den Gouverneur Hartranft von Pennsylvanien eintraten, solche Verstärkung, daß der Konvent sich schließlich auf Hayes einigte. Er war 1877 bis 1881 Präsident.

Der berühmteste amerikanische Präsident, Abraham Lincoln (er wurde 1865 in einem Washingtoner Theater von dem Bruder des Schauspielers Edwin Booth erschossen), kam gleichfalls durch eine List seines „Managers" zur Nomination. Sein aussichtsreicher Gegenbewerber auf dem republikanischen Konvent 1860 war William H. Seward, der in Thurlow Weed einen äußerst geriebenen „Manager" hatte. Am dritten Verhandlungstage wurde Weed doch von dem Führer der Lincoln-Truppen überlistet. Weed veranstaltete, um die Stimmung für Seward noch zu erhöhen, eine riesige Straßenparade, an der sich zahlreiche Anhänger Sewards beteiligten. Der Lincoln-Manager benutzte die Abwesenheit dieser gegnerischen Parteigänger, um den Konvent zu „packen", d. h. mit Anhängern Lincolns dicht zu füllen. Sooft nun der Name Lincolns in Reden und Abstimmungen genannt wurde, erhob sich ein dröhnender Applaus, der die Delegaten mit jeder Stunde um so stärker beeinflußte, als die Nennung des Namens Seward naturgemäß ein um so schwächeres Echo hervorrief. Diese Wirkung zeigte sich bei jeder Abstimmung deutlicher zugunsten Lincolns. Schließlich fehlten ihm nur noch zwei Stimmen zur Mehrheit. Da be-

stieg der Führer der Ohio-Delegation einen Stuhl und schrie in den Saal hinein: „Ich erkläre hiermit, daß vier Stimmen des Staates Ohio auf Lincoln übergehen!" Damit war die Nominierung Lincolns gesichert.

Die Verhandlungen unter den Parteiführern und die Abstimmungen finden in dem geräumigsten Gebäude statt, das die Konventsstadt aufzuweisen hat. Denn diesen Konventen wohnen nicht nur die an den Verhandlungen direkt beteiligten Politiker und Führer — wie wir gesehen haben, über zweitausend —, sondern auch ein nach vielen Tausenden zählendes Publikum bei, das sich sehr frei bewegt und den gewaltigen Lärm, den die achtundvierzig Staatsabordnungen machen, erheblich verstärkt. Als Konventsort kann also nur eine Stadt gewählt werden — es kommt natürlich meist nur eine zentral gelegene in Frage, wie Chicago, St. Louis, Kansas, Denver —, die über eine genügend große Konventshalle verfügt. Die Stadtverwaltungen überbieten einander dabei in Anerbietungen an die Parteileitungen und zahlen erkleckliche Summen für die Ehre (und den — Profit), dem Konvent als Stätte dienen zu können. So hat 1916 die Stadtverwaltung von St. Louis dem Vorstand des demokratischen Nationalausschusses vierhunderttausend Mark dafür bezahlt, daß die Nationalkonvention nach St. Louis verlegt wurde. Dafür mußte der Ausschuß sich verpflichten, daß die Konvention mindestens drei Tage dauern werde. Das ist ein ganz berechtigter geschäftlicher

Vorgang. Denn eine Stadt verdient an solchen Konventionstagen, in denen außer den direkt Beteiligten Zehntausende von Fremden zugereist kommen und ihr Geld freigebig unter die Leute bringen, schwere Summen, und es ist nur recht, wenn ein Teil dieses Verdienstes den Parteikassen zugute kommt.

Weniger passend und verständlich sind vom europäischen Gesichtspunkt aus die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen der Konvention, in den Beratungszimmern der Konventsleiter und Parteiführer sowie in der Halle selbst unter den Delegaten und dem Publikum abspielen. In den Konferenzzimmern wird um den Kandidaten gefeilscht und geschachert wie um ein totes Wertobjekt. Die acht bis zehn von den Staaten namhaft gemachten „Favoriten" werden da hin und her geschoben wie Figuren auf einem Brett; da wird der eine gegen eine Handvoll Stimmen eingetauscht, da der andere gegen bestimmte Gegenleistung in die Versenkung geschickt, da werden Kompromisse abgeschlossen, und da wird so mancher große Scheck ausgeschrieben. So erklärt es sich, daß nicht selten gänzlich Unbekannte als „dark horses" die Nomination erhalten — sicherlich nicht als „Erwählte des Volkes", wie sie später in Tausenden von Kampagnereden und Artikeln angesprochen werden, denn das Volk hat bis dahin von ihrer Existenz kaum eine Ahnung gehabt.

Der Volkswille kommt bei diesen Verhandlungen und Nominationen um so weniger zum

Ausdruck, als die Delegaten fast ausschließlich Berufspolitiker sind und die unabhängigen Elemente dadurch abgeschreckt werden, sich an den Konventen aktiv zu beteiligen. Was außer diesen Politikern in der Konventsstadt erscheint, das Publikum und der Troß, der im Gefolge der Politiker mitkommt, beweist durch sein Verhalten inner- und außerhalb der Konventshalle, wie richtig es den tatsächlichen inneren Kern und Wert der Konventsverhandlungen einschätzt. Daß zehntausend Menschen in einer Halle sich fromm und still verhalten, wird niemand erwarten; aber der unaufhörlich tosende Lärm um des Lärmens willen, das sinnlose Brüllen und Singen, das Tuten mit Blasinstrumenten, das gleichzeitige Spielen mehrerer Kapellen, das Fahnenschwenken, die Parade-Umzüge, die improvisierten Volksreden, die künstlichen Begeisterungsausbrüche, das Hurraschreien auf Kommando, dieses ganze gellende Kirmes- und Schützenfesttreiben einer sich zeitweise wie besessen gebabenden Menge — alles das stimmt sehr wenig überein mit der überragenden politischen Wichtigkeit und stolzen Größe, mit der man drüben das Ereignis einer Nationalkonvention umkleidet, das Ereignis, dem das künftige Oberhaupt der größten Republik der Welt entspringen mag.

Der betäubende Lärm fängt an, wenn die staatlichen Delegationen die Namen ihrer „favorite sons" bekanntgeben, und steigert sich bei den eigentlichen Nominationsreden, wenn der Name eines „ganz Großen" genannt wird, ins Betäubende.

Der Nationalkonvent der Rooseveltschen „Progressisten", der im Juni 1916 gleichzeitig mit dem der republikanischen Partei in Chicago tagte, hatte darin einen Rekord aufzuweisen: Als der Vorsitzende in seiner Nominationsrede den Namen des Colonel Theodore Roosevelt nannte und ihn als den „ersten Bürger der Welt" ansprach, brach die Versammlung in Hochrufe und ein Beifallsgeschrei aus, das volle anderthalb Stunden ununterbrochen andauerte. Bis dahin hatte man geglaubt, daß die Hurra-Leistungen, die der demokratische Konvent 1912 aufzuweisen hatte, nicht zu überbieten seien. Damals dauerten die „cheers" (Hurrarufe und Beifallskundgebungen) für Champ Clark 65 Minuten, Wilsons Anhänger schrien 1 Stunde und 10 Minuten lang, und Bryan erreichte die Höchstziffer mit 1 Stunde 23 Minuten. Die Dauer der „cheers" wird von Freund und Feind ganz genau, die Uhr in der Hand, festgestellt und verzeichnet; sie gehört zu den wertvollsten Aktivposten eines Politikers und des Staates, der ihn seinen „Sohn" nennen darf.

Das eigentliche Toben setzt aber ein, wenn der Wettlauf der „champions" um die Gunst des Konvents beginnt. Dann streift der Konvent die enge Jacke der gesellschaftlichen Formen gänzlich ab und wirft sie weit von sich. Dann ist die Luft fast unausgesetzt gefüllt mit Schreien, mit Musik, Rundgesang, lautem Zank und noch lauterem Feilschen. Zu Hunderten marschieren einzelne Gruppen, kleine Fahnen schwingend, in den Konventssaal, um den

Saal herum, eine Kapelle stimmt ein beliebtes Stück an — daß vier andere Kapellen gleichzeitig unangenehme Geräusche hervorbringen, stört niemanden —, und die Gruppe singt, bis sie nicht mehr atmen kann, immer dieselbe Litanei: „We want Teddy“, oder „Big Bill“ (Taft) oder „What's the matter with Wilson? — He's all right“, oder stellt ähnliche einfältige Fragen und gibt ähnliche überflüssige Antworten. Solche Kundgebungen finden zumeist in größerer Zahl zur selben Zeit statt; die Tausende von Zuschauern beteiligen sich an dem Treiben, an dem Gesang, an den Paraden, am Fahnenschwenken, an den „cheers“ und den Gegenkundgebungen. Das ist sicherlich kein „Enthusiasmus“, wie die Redner und Zeitungen immer wieder behaupten; das ist zum Teil bezahlte Mache, zum Teil die amerikanische Lust am Spektakel, am Sich-Austoben, am „fun“ (Spaß), am Sport, die (aus klar erkannten Gründen) keine Veranlassung sieht, sich in den heiligen Hallen der Nationalkonvente den geringsten Zwang aufzuerlegen. Ebensowenig wie die Neger-Delegaten der Südstaaten sich scheuen, an den Bars und sonstwo in der Konventsstadt die Hundert-Dollarnoten zu zeigen, die sie von den Drahtziehern für bestimmte Dienste erhalten haben, und die sie, so schnell es geht, in Whisky umsetzen oder am Spieltisch oder sonstwo verzetteln. Die Polizeiberichte einer Konventsstadt während der Tagung sind übrigens mitunter recht unterhaltsame Lektüre.

„Man überdenkt seine Eindrücke“, schrieb Ostro-

gorski* nach einem solchen Konvent, „und wird sich bewußt, von welch einer ungeheuren Travestie volkstümlicher Einrichtungen man eben Zeuge gewesen ist. Eine gierige Schar von Amtsträgern oder Ämterjägern hat sich unter dem Vorgeben, den großen Parteirat abzuhalten, als Delegierte des Volkes verkleidet. Sie intrigieren selbst oder werden die Opfer fremder Ränke und Manöver, deren Zweck die Besetzung der höchsten Stelle ist, die die größte Republik der beiden Hemisphären zu vergeben hat — die Nachfolge der Washington und Jefferson. Sie taten so, als berieten sie, und faßten dann Beschlüsse, die von einer Handvoll von Drahtziehern angeordnet waren." Und dies alles, möchte man hinzufügen, immer im Namen des Volkes, im Namen der Demokratie ...

Die innere Unerheblichkeit der Verhandlungen und Beschlüsse einer Nationalkonvention spiegelt sich schon in ihren rednerischen Kundgebungen. Zu dem unverbrüchlichen Konventritual gehört u. a. der eigentümliche Brauch, daß bei der „Nennung der Namen" der Redner, der einen bestimmten Bewerber um die Nomination in Vorschlag bringt, den Namen dieses Bewerbers erst ganz am Schlusse seiner Rede erwähnt, und wäre diese Rede sechs Spalten lang. Als ein Beispiel für Form und Inhalt einer solchen Nominationsrede sei hier die Rede erwähnt, die 1912 in Baltimore der Senator Reed hielt. Er verbreitete sich erst sehr weitschweifig über die Eigenschaften, über die der „Fahnenträger

* „Democracy", Bd. II.

einer großen Partei" unbedingt verfügen müsse. Dann folgte eine nicht minder erschöpfende Aufzählung der persönlichen Qualitäten des (ungenannten) Mannes, auf den er, Reed, die Aufmerksamkeit des Konvents lenken wolle. Dann erst, etwa dreißig Minuten nach dem Beginn der Rede, kam der Klimax, die aufklärende Schlußwendung, die niemanden aufklärte, weil jeder im Saale ganz genau wußte, wen Reed vorschlagen werde: „Und so nominiere ich diesen (immer noch ungenannten) Mann, der tausend Schlachten für und nicht eine gegen die Demokratie geschlagen hat; der nie die Fahne herabgeholt noch je um Pardon gebeten hat; der nie aus seinen Reihen geflohen ist, noch je einen Urlaub genommen hat; der nie einen Freund zu verlassen noch eine Partei zu verraten weiß; dessen Rücken der Feind nie gesehen hat, dessen Brust vielmehr bedeckt ist mit den Narben manch eines schweren Feldzuges; der heute Führer ist und der fortfahren sollte, Führer zu sein — den Löwen der Demokratie Champ Clark aus Missouri." Und nun setzten die oben erwähnten „cheers" ein, die erst nach fünfundsechzig Minuten erstarben.

Ich habe diesen Schlußsatz, eine typische Probe amerikanischer Rednerkunst, absichtlich in wörtlicher Übersetzung wiedergegeben. Eben weil er für eine Konventsrede typisch ist und weil er daher Gelegenheit zur Bewertung dessen gibt, was man drüben unter einer großen politischen Kundgebung versteht. Denn eine Nominierungsrede ist in den Augen der Amerikaner förmlich ein historisches Er-

eignis, und von ihr müßte somit das Höchste und Tiefste an politischen Gedanken verlangt werden, was die Generation aufzubringen vermag. Man soll sich pharisäerhafter Selbstzufriedenheit enthalten, aber man kann sich doch nicht der rein sachlichen Erkenntnis verschließen, daß man bei uns ganz andere Forderungen an eine politische Rede von erster Wichtigkeit stellt als eine solche Häufung gänzlich sinnloser Wendungen. Und bezeichnender noch als die Rede Reeds sind die fünfundsechzig Minuten „cheers", die sie krönten.

In früheren Jahren galt der republikanische Politiker Roscoe Conkling als ein „großer" Konventsredner. Seine bedeutendste Rede war die, mit der er 1880 den General Grant in der Konvention zu Chicago als Kandidaten vorschlug. Grant hatte durch seine siegreichen Feldzüge den größten Anteil an der Beendigung des Bürgerkrieges, und 1865 kapitulierte der Feldherr der Südstaaten, General Lee, im Gerichtsgebäude des Ortes Appomatox in Virginia. 1869 bis 1877 war Grant Präsident der Vereinigten Staaten. Conkling begann nun seine Nominierungsrede 1880 mit den Worten: „Wenn Sie mich fragen: woher kommt unser Kandidat? so kann ich Ihnen darauf nur antworten: er stammt von Appomatox und dessen berühmtem Apfelbaum." Dieser alberne Kitsch wurde von der Anhängerschaft Grants mit einem Orkan von Beifallsgeschrei und Getrampel belohnt, der sich erst nach dreißig Minuten legte. Das Publikum sang, die Kapellen spielten, und inmitten des betäuben-

den Lärms stand Conkling auf einem Stuhl und schwang das amerikanische Banner, wie ein Kapellmeister seinen Taktstock schwingt. Um das Groteske dieses Gehabens ganz zu würdigen, muß man wissen, daß Roscoe Conkling nicht der erste beste Dutzendpolitiker, sondern bis Ende der achtziger Jahre eine politische Großmacht in Amerika war — einer der ganz großen Staats-Bosse, der republikanische Boß des Staates New York, wie Marcus A. Hanna der von Ohio und Matthias S. Quay der von Pennsylvanien war. Und Robert Ingersoll, eine der nationalen Größen Amerikas, ein Mann, der sich als philosophischer Schriftsteller durch freies Denken und hervorragende Geistesschärfe ausgezeichnet hat, begann 1888 eine Konventsrede mit dem billigen, sinnlosen Bombast: „Ich bin ein Republikaner. Ich gehöre der großartigsten politischen Körperschaft an, die je von der Menschenrasse organisiert worden ist." Hier setzte ein Beifallstoben ein, das ihn tatsächlich am Weiterreden verhinderte. Er verließ nach zehn Minuten die Tribüne.

Das dürfte genügen. —

Es ist eine Eigentümlichkeit des amerikanischen Regierungssystems, daß der Vizepräsident vollständig hinter dem Präsidenten verschwindet. Er ist ex officio Präsident des Bundessenats und hat als solcher nicht einmal das Recht, sich an Abstimmungen zu beteiligen, außer wenn bei einer Abstimmung sich Stimmengleichheit ergibt; in diesem Falle entscheidet sein Votum. Auf den Nationalkonventionen verleiht man die Vizepräsidentschafts-

Kandidatur häufig einem Vertreter derjenigen Gruppen, die ihren „favorite son" nicht durchgesetzt haben, um sie zu versöhnen und die Harmonie innerhalb der Partei wiederherzustellen. Seine Stellung ist rein dekorativ, und man hat daher für ihn den Spitznamen „Seine Überflüssige Exzellenz" erfunden. Die Kandidatur wird vielfach einem ganz unbekannten Politiker übertragen, was insofern unlogisch erscheint, als der Vizepräsident berufen ist, im Falle des Ablebens oder dauernder Verhinderung des Präsidenten das oberste Regierungsamt zu übernehmen.

Einige Zeit nach Beendigung der Nationalkonvention werden die nominierten Kandidaten durch eine Abordnung von ihrer Nominierung parteioffiziell verständigt (notified). Sie halten dann eine programmatische Ansprache, nachdem sie eine ähnliche briefliche Kundgebung schon früher, gleich nach Konventsschluß, in ihrem Annahmeschreiben erlassen hatten. Nach der „notification" beginnt der Wahlfeldzug, die Präsidentschafts-Kampagne.

Der amerikanische Wahlleiter ist eine Persönlichkeit von einem Einflusse und einer Machtfülle, von der man sich hierzulande kaum eine zutreffende Vorstellung macht. Der Wahl- oder Parteimanager überragt in manchen Fällen an Wichtigkeit sogar den Präsidentschafts-Kandidaten, dessen Feldzug er leitet. So war es im Jahre 1896 nicht so sehr Mc Kinley als dessen Wahlmanager Marcus A. Hanna, gegen den sich die Angriffe der Anhänger Bryans

richteten. Die Präsidentschafts-Kandidaten selbst hielten sich während der Kampagne meist im Hintergrunde. Es war dies eine alte Tradition, die 1896 zum ersten Male von Bryan durchbrochen wurde, der in jenen vier Sommermonaten 18000 englische Meilen reiste und vor zusammen 8 Millionen Menschen 2100 Reden hielt, oft 35, einmal sogar 41 an einem Tage. Taft hat 1908 gleichfalls eine „Stump-Tour" gemacht, war aber bald so heiser, daß die Menschen, die ihn an den Bahnhöfen erwarteten, ihm zuriefen, er brauche nur „freundlich zu lächeln". Häufig hört und liest man weit weniger von dem Kandidaten als von seinem Wahlmacher. Dieser ist es, der die öffentliche Meinung, die Wählerschaften fortwährend in Atem hält, täglich Interviews an die Presse ausgibt, die Zeitungen mit Kampagne-Material versorgt, das ungezählte Heer der Kampagne-Agenten leitet, die Wahlgelder eintreibt, eine stete Verbindung mit den untergeordneten Wahlausschüssen aufrechterhält, die Streitigkeiten im eigenen Lager schlichtet, jeden feindlichen Angriff sofort pariert und außerdem eine umfassende, ins kleinste gehende Organisationstätigkeit zu entfalten hat. Der siegreiche Wahlmanager wird dafür aber auch die zweitwichtigste, manchmal die wichtigste Persönlichkeit in der ganzen Union, kann sich zum Kabinettsmitglied oder zum Botschafter ernennen oder in den Bundessenat wählen lassen. Der geschlagene Manager dagegen fällt wie Luzifer, um nicht wieder hochzukommen.

Die wichtigste Tätigkeit des Wahlmanagers ist wohl die Heranschaffung der Wahlgelder. Die Partei, die über die längste Börse verfügt, hat damit drei Viertel der Gewinnaussichten für sich. Im allgemeinen werden dem republikanischen Wahlleiter weit größere Summen für Wahlzwecke zur Verfügung gestellt als dem demokratischen, denn die Mehrzahl der Großindustriellen und Finanzmagnaten gehört der republikanischen Partei an. Die Wahlfonds werden hauptsächlich von großen Geschäftsfirmen, Bankhäusern, Eisenbahnen, Versicherungsgesellschaften usw. bestritten; von solchen, die an dem Ausgange der Präsidentenwahl schon deshalb ein Interesse haben, weil diese auch über wichtige fiskalische und geschäftliche Fragen (Zoll, Währung, Handelsverträge) entscheidet; von den Inhabern der Bundesämter, die bei einem Parteiwechsel in der Präsidentschaft ihre Stellen verlieren und die sich daher gern Abzüge von ihren Gehältern zur Stärkung der Parteikasse gefallen lassen. Für diejenigen Beamten, die es nicht gern tun, haben die Parteileitungen ihre „accelerators“ (Beschleuniger) in Bereitschaft — energische Männer, die den zaudernden Beamten zu schleuniger Zahlung veranlassen. So verfügte die republikanische Partei in den neunziger Jahren über einen Virtuosen auf diesem Gebiet, Lemuel E. Quigg, der sich um die Auffüllung des „war chest“ (Kriegskasse) der Partei hochverdient gemacht hat.

Den Rest der erforderlichen Wahlsummen liefern die Massen der Parteianhänger. Und dieser Rest ist

nicht gering. Beide große Parteien zusammen haben bei jeder der letzten Präsidentschafts-Wahlen zwischen 30 und 35 Millionen Dollar zu Agitationszwecken verausgabt. „Mark" Hanna hat 1896 60 Millionen Mark ausgegeben, und Mr. Cortelyou, Roosevelts Wahlmanager, 1904 40 Millionen. Dazu kamen in beiden Fällen (wie immer) die Summen, die von den staatlichen, den Kreisausschüssen und dem Kongreßausschuß für Wahlzwecke gesammelt und verausgabt wurden. Die Zeiten, in denen Lincoln mit „nur" 800 000 Mark gewählt werden konnte, sind dahin.

Die Wahlgelder kann der Manager ganz nach eigenem Gutdünken verwenden. Er ist niemandem Rechenschaft schuldig, weder über die Art, wie er die Gelder aufgetrieben, noch wie er sie ausgegeben hat, und am Schlusse des Wahlfeldzuges ist er sorgsam bedacht, alle „vertraulichen" Schriftstücke zu vernichten. Zwar ist 1911 ein Gesetz erlassen worden, das die Parteien zur Rechenschaftslegung über die vereinnahmten und verausgabten Gelder zwingen soll, dieses Gesetz ist jedoch, wie so viele andere, in den meisten Fällen Buchstabe geblieben. Dieses Gesetz nahm seinen Ausgang von den sehr zweifelhaften Methoden, durch die der schon erwähnte „Mark" Hanna seinen riesigen Wahlfonds beschafft hatte. „Wie die Versicherungsgesellschaften und die Banken Hannas Kriegskasse füllten," war monatelang der Gegenstand eingehender Betrachtungen in den Zeitungen und Versammlungen. Nicht lange danach wurde eine

gerichtliche Untersuchung über die ungesetzmäßige Verwendung von Policengeldern für Wahlzwecke eingeleitet (der jetzige Präsidentschaftskandidat Hughes leitete die Untersuchung), und sie ergab geradezu skandalöse Zustände. Es wurde ermittelt, daß diese Versicherungsgelder nicht nur zu Wahlzwecken, sondern auch zur Massenbestechung von Mitgliedern der Staatslegislaturen verwendet wurden.

Bei einem früheren Anlasse hatte Präsident Cleveland eine Anzahl von Bundessenatoren, die seiner eigenen Partei angehörten, öffentlich der „perfidy and dishonor" bezichtigt. Es stellte sich heraus, daß der Zuckertrust seinen „Einfluß" bei einer Reihen von Senatoren geltend gemacht hatte, um zu verhindern, daß der Zoll auf raffinierten Zucker abgeschafft werde. Der Präsident des Trusts, H. O. Havemeyer, machte damals sensationelle Angaben über die Art, wie dieser Trust enorme Summen für „politische Zwecke" ausgab: nicht nur für eine der beiden Parteien, sondern für beide, „um sicher zu gehen". Die Partei, sagte er, die jeweils die „lokalen Angelegenheiten" kontrolliert, erhält Geld. Unter diesen „local matters" verstand er die Wahlen der Bundessenatoren und Mitglieder des Unterhauses sowie der Richter an den Staatsgerichtshöfen. Er erklärte ferner vor dem Untersuchungsausschusse, daß „jede Korporation oder Firma oder Trust, oder wie Sie es nennen wollen", die Gewohnheit habe, Geld zwischen den beiden Parteien zu verteilen.

Jeder Wahlmanager ernennt einen eigenen Ausschuß für die Geldbeschaffung. Diese Ausschüsse führen die harmlose Bezeichnung „advisory committees“, beratende Ausschüsse; aber es ist kein Zufall, daß diese „Ratgeber“ sich ausnahmslos aus schwerreichen Männern zusammensetzen, die außer den erheblichen Beiträgen, die sie selbst an den Wahlfonds abführen, unter ihren Freunden um Beiträge werben. Zahlen die geldkräftigen Parteimitglieder nicht willig oder nicht genug, so wird mehr oder minder sanfter Druck auf sie ausgeübt. So wurde z. B. in den Jahren, als die Zolltariffrage das große Partei-„issue“, die Parteiparole, bildete, den an möglichst hohen Einfuhrzöllen interessierten republikanischen Fabrikanten gedroht, wenn nicht genug Geld in die Parteikasse komme, so würden die Demokraten gewählt, und dann würden die Zölle überhaupt abgeschafft oder doch stark herabgesetzt werden. Andererseits wurde ihnen für den Fall, daß sie reichlich „soap“ (Seife, womit Parteischmiergelder gemeint sind) lieferten, versprochen, daß man die sie speziell interessierenden Zollsätze erhöhen würde, falls die Republikaner siegten.

Auf demokratischer Seite waren es die wohlhabenden Anhänger der Goldwährung, denen zu dem gleichen Zweck das Schreckgespenst eines Sieges des Freisilber-Vorkämpfers Bryan vor Augen gehalten wurde. Die Wahlmanager Bryans verfügten in den drei Wahlfeldzügen 1896, 1900 und 1908, in denen er kandidierte, über sehr wenig

Geld. Sein radikales Reformprogramm, an dessen Spitze die Einführung der Doppelwährung stand, hatte 1896 eine Spaltung in der demokratischen Partei hervorgerufen und die konservativeren Elemente der Partei, denen er förmlich als Anarchist galt, zu seinen Feinden gemacht. Nur die Freisilberleute des Westens und einige Bryan-Enthusiasten in den Oststaaten beteiligten sich an dem Kampagnefonds. Im New Yorker Bartholdy-Hotel, wo 1896 das Bryansche Wahlkomitee tagte, wurden die Gesichter der Wahlmanager Danforth und St. John täglich länger. Etwas besser ging es 1900, aber die demokratische „Kriegskasse" war im Vergleich zu den von „Mark" Hanna herbeigeschafften enormen Summen immer noch winzig. In der Bryan-Kampagne 1908 rang der demokratische Wahlleiter Mack verzweifelt die Hände. Er hatte kein Geld — nicht einmal genug, um die Bureaumiete in dem teueren „Hoffman House" zu bezahlen — und dabei hielt Bryan täglich Kampagnereden, in denen er (was natürlich nicht ehrlich gemeint war) die Beitragsspenden reicher Parteimitglieder als korrupt brandmarkte!

Daß eine so trefflich gegliederte und stramm disziplinierte Parteiorganisation wie die New Yorker demokratische „Tammany Hall" auch die Eintreibung von Wahl- und sonstigen Parteigeldern aufs beste geordnet hat, ist selbstverständlich. Um dabei die Hände vollständig freizuhaben und sich nicht in den Schlingen des Gesetzes zu verfangen, das die Rechnungslegung über die Wahlgelder verlangt, befolgt

Tammany eine verblüffend einfache Methode: es führt keine Bücher. Kein Untersuchungsausschuß ist noch imstande gewesen, für die immer wieder gegen Tammany auf diesem Gebiete vorgebrachten Anschuldigungen Beweise beizubringen. Ein Mitglied der Staatslegislatur in Albany, der zu Untersuchungszwecken bei Richard Croker, dem damaligen Chef von Tammany Hall, vorsprach und ahnungslos um Vorzeigung der Bücher ersuchte, wurde im „Wigwam" in der vierzehnten Straße mit schallendem Gelächter empfangen. Man führte ihn augenzwinkernd zu der „Safe" der Organisationsleitung, und dort fand der Herr aus Albany, daß — nichts zu finden war.*

Ist der Wahlmanager für die Art der Geldgebarung nur sich selbst verantwortlich, so wird er in seinen Beschlüssen hierüber naturgemäß doch von bestimmten Faktoren geleitet. Er muß auf die Ratschläge seiner Untergenerale hören, muß sich darnach richten, wo Geldausgaben am zweckmäßigsten erscheinen, wo sie in großem, wo in geringerem Umfange erforderlich sind. Diese Richtlinien liefern ihm die verschiedenen permanenten Wahlausschüsse. Von dem wichtigsten dieser Ausschüsse, dem „National Committee", ist der Wahlleiter gewöhnlich der Vorsitzende. Dieser Wahlausschuß besteht aus

* In den neunziger Jahren stand Mr. James W. Gerard, der jetzige Botschafter in Berlin, an der Spitze des ständigen „campaign committee" von Tammany Hall. Auf der demokratischen Nationalkonvention in St. Louis 1916 beabsichtigte Tammany Hall, Mr. Gerards Nomination als Kandidat für die Vizepräsidentschaft durchzusetzen, doch scheiterte diese Absicht am Einspruche Wilsons.

fünfzig Mitgliedern, eines von jedem Staate und Territorium; sie werden alle vier Jahre von der Nationalkonvention gewählt. Neben dem Nationalausschuß besteht das dauernde „Congressional Committee“, dessen Sitz Washington ist und das sich aus je einem „Congressman“ (Mitglied des Unterhauses) und einem Bundessenator aus jedem Staat zusammensetzt. Die eigentliche Aufgabe dieses Kongreßausschusses ist die Auswahl von Parteikandidaten für den Kongreß und die Propaganda für deren Erwählung; er stellt aber in Präsidentschaftswahljahren seine Tätigkeit, seine Kasse und seine Erfahrungen dem Wahlmanager zur Verfügung.

Dasselbe tun die fünfzig Staatsausschüsse, die ihrerseits die Kontrolle über die zweitausend County Committees (Grafschafts- oder Kreisausschüsse) haben, und diesen sind wieder die Wahlausschüsse der städtischen wards (Bezirke), der Dörfer, Schuldistrikte usw. unterstellt. Diese Committees bilden in ihrer Gesamtheit die lebenden Kräfte der Parteiorganisation. Sie stehen alle dem Wahlmanager zu Diensten; diese Dienste fließen in dem Hauptquartier des Wahlleiters zusammen, und von ihm gehen sie wieder strahlenförmig nach allen Richtungen bis an die äußersten Grenzen der Wählerschaften auseinander. Durch diese Ausschüsse erfährt der Wahlleiter täglich, wie es in jedem Ort, in jedem Bezirk, in jedem Staat um die Parteiaussichten steht, wohin er Gelder auszuschicken hat und wieviel, wo Kampagneredner und Kampagne-

literatur gebraucht wird, mit einem Wort, wo die propagandistische Tätigkeit am nötigsten ist.

Die Zahl der Männer, die so für ihn tätig ist, kann auf eine halbe Million veranschlagt werden, also zusammen auf eine Million bei den beiden großen Parteien. Dazu gesellen sich die freiwilligen Hilfstruppen, die sich als Redner, als Verfasser von Werbeschriften, als Komponisten gefälliger Wahllieder, als Agitatoren von Tür zu Tür betätigen, außerdem die zahllosen politischen Klubs, die in Wahlzeiten wie die Pilze aus dem Boden schießen. Es dürfte jetzt (Herbst 1916) in den ganzen Vereinigten Staaten kaum eine Ortschaft geben, die nicht mindestens einen Wilson- und einen Hughes-Klub aufzuweisen hat. Da gibt es Klubs der Rechtsanwälte, der Kaufleute, der Apothekergehilfen, der Eisenbahnangestellten, der Arbeiter aller Erwerbsarten, Polen-, Italiener-, Negerklubs, deutsche, skandinavische, jüdische Klubs; kurz, Klubs jeder Rasse, jeder Nation, jedes Berufs. Die Mehrzahl hat eine Art militärischer Organisation, trägt eine Uniform oder doch wenigstens ein in die Augen fallendes Abzeichen. Sie helfen den Wahlagenten, verteilen Flugblätter, halten Versammlungen ab, organisieren Paraden und Umzüge, brennen Feuerwerke ab oder ziehen allnächtlich mit Bannern und entsetzlich grölenden Blasinstrumenten, meistens blechernen Fischhörnern, durch die Straßen. Mancher demokratische Klub verfügt über eine besonders starke Attraktion: den „Mann, der noch für Lincoln stimmte", der sich aber von der Schlechtig-

keit der Republikaner überzeugt hat und jetzt demokratisch stimmt. Diese Greise wollen ebensowenig aussterben wie die Leute, die an sie glauben. An zwei Millionen Menschen gehören zusammen zu diesen Klubs. Zählt man die „Regulären" dazu, die, wie gesagt, eine Million Menschen zählen mögen, so ergibt sich, daß in Amerika auf vier bis fünf Wähler ein Wahlagitator kommt. Und über diese Riesenarmee herrschen die Wahlleiter in Kampagnezeiten unumschränkt.

Über das groteske Treiben, das während einer Präsidentschafts-Kampagne in der ganzen Union vor sich geht und das am Wahltage mit Höchstleistungen des Lärmens und Tobens abschließt, ist schon sehr viel geschrieben und oft gespottet worden. Das leicht entzündbare amerikanische Volk, dem ein Präsidentschafts-Wahlkampf überdies einen willkommenen Anlaß zur Betätigung seiner sportlichen Instinkte bietet, läßt sich alle vier Jahre gern in diesen Taumel der Erregung ziehen, und jeder einzelne trägt bewußt oder unbewußt zur Schallverstärkung dieses Taumels bei. Das Derb-Ursprüngliche, das den Amerikanern von ihrer Blockhauszeit her noch eigentümlich ist, kommt bei diesen Anlässen scharf zum Ausbruch. Sie merken nicht oder wollen nicht merken, daß die hochgehenden Wellen dieser Erregung, diese wachsende fieberhafte Spannung im Grunde genommen von zwei großen Zentralstellen künstlich erzeugt wird, von den „Hauptquartieren" der Wahlleiter der beiden großen Parteien, daß von diesen Zentralstellen, wie

von gewaltigen Dynamos, elektrische Ströme ins Land hinausgeschickt, lebendig erhalten und gesteigert werden: Ströme in Gestalt von Stump-Rednern *, von Massenversammlungen, von Fackelzügen, von Paraden mit farbigem Magnesiumlicht, von Klubs und Klubuniformen, von Raketen, Musikkapellen, Flugschriften, Fahnen, Kampagneliedern und hundert anderen Dingen, die dem wohlverstandenen Zwecke dienen, durch Gefühl den Willen der Massen zu beherrschen, die Phantasie der Massen anzuregen und sie an ihre Parteipflicht zu erinnern.

Die Hauptsache ist, daß die Ströme nicht aufhören, daß die elektrischen Batterien stets wohlbestellt sind. Solche Mittel, der Partei zum Siege zu verhelfen, erscheinen vom amerikanischen Parteistandpunkt aus notwendig angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß wohl fünfundneunzig Prozent der Wählermassen von den wirtschaftlichen und politischen Streitfragen, um die es sich bei den Präsidentschafts-Wahlfeldzügen dreht, von Schutzzoll, Freihandel, Goldwährung, freier Silberprägung, Trusts, Imperialismus usw. viel zu wenig verstehen, um sich für die Sache zu begeistern. Um so mehr gilt es den Wahlmanagern, dafür zu sorgen, daß die Wähler sich für ihre Partei begeistern und daß dieses Gefühl der Parteizugehörigkeit und der Parteitreue in voller Stärke anhalte bis zu

* Der Ausdruck kommt von „stump“, Baumstumpf. Er rührt von der Zeit her, als die Volksredner ihre Ansprachen von Baumstümpfen herab zu halten pflegten.

dem Tage, an dem die Entscheidung an der Wahlurne fällt. Der Außenstehende wird sich freilich über diese Art, die wichtigsten gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen eines großen Landes auf diesem Wege, durch ein fesselloses, rein auf die Sinne wirkendes Jahrmarktstreiben herbeizuführen, seine eigenen Gedanken machen; auch wenn er von den zahllosen, förmlich in Systeme gebrachten Wahlbetrügereien gänzlich absieht. Volksherrschaft und Selbstbestimmungsrecht im naturgemäßen Sinne ist das gewiß nicht.

In wie geringem Grade das amerikanische Volk das demokratische Urrecht, durch selbständige Auswahl seiner bevollmächtigten Vertreter seinen Willen zum Ausdruck zu bringen, ausüben kann, zeigt sich erneut bei jeder Wahlkampagne. Dem Volke wird vorgetäuscht, daß es sich seine Kandidaten selbst auswählen könne, wenn es sich an den Primärwahlen zu den county- und Staatskonventen beteiligt, d. h. wenn es durch seine lokalen Parteiorganisationen Einfluß auf die Zusammensetzung der Konvente nimmt. Es ist schon dargelegt worden, wie diese selbständige Kandidatenauswahl in Wirklichkeit beschaffen ist: nur eine von der Parteimaschine anerkannte, d. h. beherrschte lokale Organisation erhält das Recht, an der Entsendung einer „Delegation" in den Staatskonvent mitzuwirken, und im Konvent selbst entzieht sich der Kandidatenschacher vollständig der Kontrolle des einzelnen Delegaten, der im besten Falle willenlos

tut, was die Bosse ihm vorschreiben; in den meisten Fällen ist er ein bestochenes Werkzeug seines Bosses. Dieser, der Boß, und nicht das Volk, dessen beste Elemente sich längst unmutig von jeder aktiven politischen Betätigung zurückgezogen haben, ist der ausschlaggebende Faktor bei allen amerikanischen Wahlen; und er ist seinerseits das Werkzeug großer Privatinteressen, der Trusts, der Eisenbahnen, der Fabrikanten.

Das politische Selbstbestimmungsrecht der Amerikaner, die in „freier Wahl" den „Verdienstvollsten an die Spitze der öffentlichen Geschäfte stellen", ist, wie sich bei jeder Wahl zeigt, eine gigantische Selbsttäuschung. Es gibt auf der ganzen Welt kein Kulturvolk, das auf die Leitung seiner Geschäfte und Geschicke so geringen Einfluß ausübt wie die Amerikaner. Jede einzelne Wahl, vom Präsidenten abwärts, ist ein Massenbetrug, ist ein abgekartetes Spiel skrupelloser Berufspolitiker. Die so Gewählten machen dann die Tarif-, die Währungs- und sonstige wirtschaftliche Politik, die ihnen von den Trustmagnaten, von der Hochfinanz, von den Fabrikbesitzern oder sonstigen Interessenten diktiert wird. „Was wir beseitigen müssen, ist die Beherrschung der Politik und unseres Lebens durch den Reichtum," fordert Woodrow Wilson an der angeführten Stelle, und viele, sehr viele unter den Besten des Volkes haben vor und nach ihm dasselbe gesagt. Voces clamantium ...

Der Reichtum! Ohne sein korrumpierendes Eindringen in die amerikanische Politik, deren Geäder

von ihm völlig durchsetzt ist, wäre die Wahlbestechung nicht das nagende Übel geworden, das sie tatsächlich ist. Die Reformelemente in den Vereinigten Staaten — sie sind zahlreich, intelligent und nicht leicht zu entmutigen, aber sie verfügen über keine straffe Organisation und noch viel weniger über die zu einem solchen Riesenkampfe erforderlichen Mittel — verlangen immer wieder, daß jede Parteileitung der Öffentlichkeit genau Rechnung ablege über die vereinnahmten Wahlfonds und über die Art ihrer Verwendung. Vor fünf Jahren wurde, wie schon erwähnt, ein Bundesgesetz erlassen, das von den Wahlleitern die Veröffentlichung der Kampagne-Auslagen verlangt. Auch fünfzehn Einzelstaaten haben solche Gesetze, deren Durchführung jedoch undurchführbar erscheint. Das Beispiel Tammany Halls, das keine Bücher über die Kampagnegelder führt, hat gezeigt, daß die gesetzliche Handhabe, die Parteien dazu zu zwingen, unzulänglich ist; und außerdem bestehen Bücher aus geduldigem Papier. Die Parteiorganisationen würden es, in die Enge getrieben, ebenso machen wie Tammany Hall oder zu anderen Winkelzügen greifen, denen gegenüber die öffentlichen Gewalten ohnmächtig sind.

Bryan gab in der Kampagne 1908 den Wählern das Versprechen, daß er und seine Wahlleiter noch vor dem Wahltage der Nation eine Liste der dem demokratischen Nationalkomitee zugeflossenen Kampagnegelder unterbreiten würden. Taft und sein republikanisches Nationalkomitee lehnten es

ab, gleiches zu tun. Die Republikaner wissen genau, was sie der Nation zumuten dürfen...

Von Zeit zu Zeit spielen sich in amerikanischen Wahlfeldzügen sensationelle Zwischenfälle ab, die blitzartig den ganzen Umfang der Wahlkorruption beleuchten. So in der Wahlkampagne von 1888, in der Cleveland und Harrison einander als Präsidentschafts-Kandidaten gegenüberstanden. Dem demokratischen Politiker Calvin S. Brice, der den Wahlfeldzug für Cleveland leitete, fiel ein Brief in die Hände, der die republikanischen Wahlmanager schwer kompromittierte. Der Harrison-Manager für den Staat Indiana, Colonel W. W. Dudley, ein persönlicher Freund Harrisons, versandte an alle Submanager des Staates ein Rundschreiben, in dem er ihnen auftrug, genaue Listen aller unsicheren Wähler aufzustellen, diese Unzuverlässigen in Gruppen von je fünf Mann („blocks of five") einzuteilen und geschickte Agitatoren mit der „Bearbeitung" dieser Gruppen zu betrauen. Die besondere Art dieser „Bearbeitung" ging aus dem Rundschreiben mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit hervor: die Unzuverlässigen, im politischen Jargon „floaters" (Schwimmer) genannt, sollten auf Parteiunkosten bestens verpflegt und mit „geistigen" Genüssen liberal versehen werden; wo das nicht ausreichte, um die Zaudernden zu veranlassen, „richtig" zu stimmen, sollte ihre „innere Handfläche eingefettet" werden. Was, aus dem urwüchsigen Amerikanisch in unser höflicheres Deutsch übersetzt, dem formellen Auftrage gleich-

kam, die „floaters" gruppenweise mit Whisky und Zweidollarnoten zu bestechen.

Diese erfrischend offene und ungeschminkte Art, die Wähler für einen bestimmten Kandidaten zu „gewinnen", war selbst den gegen Wahlbetrügereien reichlich abgehärteten Amerikanern zu bunt. Es erhob sich, als Brice einen solchen „circular letter" veröffentlichte, großes Lärmen; eine Zeitlang hatte es den Anschein, als würde Harrison in seinem eigenen Heimatsstaate Indiana unterliegen. Aber der Schein erwies sich auch in diesem Falle als trügerisch. Der Entrüstungssturm legte sich bald. Die Amerikaner, die ganz genau wissen, wie skrupellos die Wahlen hinter den Kulissen „gemanaged" werden, waren nur einen Augenblick über die Unvorsichtigkeit verblüfft, mit welcher Dudley und seine Hintermänner vorgegangen waren; auch schämten sie sich ein wenig vor dem Auslande, das wieder einmal Stoff zu Betrachtungen über amerikanische Wahleigentümlichkeiten erhalten hatte. Geschadet hat der Zwischenfall den Republikanern und ihrem Kandidaten schließlich doch nicht; Harrison siegte mit großer Majorität.

Gab die Dudley-Episode eine für amerikanische Parteiverhältnisse geradezu typische Antwort auf die Frage: Was geschieht mit den Wahlgeldern? so warf ein anderes, in derselben Kampagne versandtes Rundschreiben ein scharfes Licht auf die Art der Beschaffung der Kampagnefonds. Der Leiter des republikanischen Nationalkomitees (d. h. der nationalen Wahlmaschine) für Harrison war da-

mals der ebenso geschickte wie rücksichtslose Matt Quay, der politische Diktator des Staates Pennsylvania. Als in den ersten Wochen der Kampagne die Wahlgelder nur spärlich eingingen, als die reichen republikanischen Großindustriellen sich allen Bitten und Vorstellungen des „Hauptquartiers“ unzugänglich zeigten, griff Quay zu schärferen Mitteln. In seinem Auftrage mußte James P. Foster, der einflußreiche Präsident der „Liga republikanischer Klubs“, an die harthörigen Fabrikanten einen energischen Drohbrief richten.

Cleveland, der demokratische Präsident, hatte kurz zuvor dem Kongreß seine berühmte Tarifbotschaft übersandt, in welcher er dem Lande vorstellte, daß eine Herabsetzung der hohen Schutzzölle, die zur Bereicherung der Fabrikanten auf Kosten des Volkes geführt hätten, nicht länger zu vermeiden sei. In Fosters Rundschreiben gelangte nun ein schon erwähntes Pressionsmittel zur Anwendung: es wurde gedroht, die republikanischen Wahlmacher würden die Partei und ihren Kandidaten ihrem Schicksal überlassen, falls die durch den Hochschutzzoll begünstigten Fabrikanten nicht große Summen zum Wahlfonds beisteuerten; siegten aber die demokratischen Tarifreformer, so würden sie den republikanischen Industriellen „das Fett herausschmoren“. Die Drohung wirkte. Die erschreckten Fabrikanten zogen es vor, sich vom republikanischen Wahlmanager einen kleinen Teil des Fettes herausschmoren zu lassen, das sie im Falle einer demokratischen Zollreduktion verloren

haben würden. Fosters drastischer Ausdruck „fry the fat" (schmore das Fett heraus) ist seither, gleich Dudleys „floaters" und „blocks of five", in die Phraseologie des amerikanischen Parteiwesens zu dauerndem Bestande übergegangen.

Das „Kampagnefett" ist aber keineswegs eine Errungenschaft der Wahl von 1888. Wahlfonds sind in Amerika seit jeher von den Wohlhabenden aller Parteien eingezogen worden; aber seit 1888 ist, wie Fosters und Dudleys Rundschreiben der überraschten Welt offenbarten, das Einziehen und der Gebrauch von Wahlgeldern in ein eisernes System gebracht worden. Ansätze zu einem derartigen System haben sich schon 1880 gezeigt, als die Demokraten den Multimillionär William H. English nur deshalb als Vizepräsidentschafts-Kandidaten aufstellten, weil er dem Wahlfonds eine beträchtliche Summe zuführte und versprach, auch seine reichen Freunde zu ähnlichem Tun zu veranlassen. Auch damals wurde das „Fett" (in jenen Tagen nannte man es „Seife", heute heißt es gleißnerisch „advice", Rat) zum „Beschmieren der Handfläche" verwendet, allein es geschah diskreter, und der Schmierprozeß entbehrte noch der großartigen Organisation und strengen Arbeitseinteilung, die Quay und seine Leutnants geschaffen haben. Im Wahljahre 1912 haben, wie die angesehene New Yorker „Evening Post" ausrechnete, die Agenten Tafts und Roosevelts allein in Pennsylvania zu Bestechungszwecken zwei Millionen Dollars ausgegeben; in New York bezahlten sie fünf Dollars für die Stimme.

Eines der wichtigsten Mittel, durch die die Wahlleiter die großen Wählermassen zugunsten der Parteikandidaten zu beeinflussen suchen, ist die Kampagneliteratur. Sie ergänzt den „stump speaker“ und die Zeitung sehr wirkungsvoll. Der gewiegte Wahlmanager überläßt nichts dem Zufalle: es könnte immerhin vorkommen, daß die Zeitung des Wählers X. die Parteisache nicht mit der wünschenswerten Eindringlichkeit und Geschicklichkeit vertritt; oder daß der bäuerliche Wähler Y. selten oder gar nicht Zeitungen liest; oder daß der Wähler Z. (oder gar alle drei) zu bequem sind oder nicht die Zeit haben, in die politischen Versammlungen zu gehen, um den „Stump-Redner“ zu hören. Um ganz sicher zu sein, daß die Argumente zugunsten des Parteikandidaten in möglichst eindringlicher Form zur Kenntnis aller Wähler gelangen, ergänzen die Nationalkomitees die Zeitung und den „Stump“ durch die Kampagneliteratur. Das heißt: den Wählern werden Aufsätze, Reden, Broschüren, ja ganze Bücher, alles schön gedruckt und übersichtlich angeordnet, mit Tabellen und Illustrationen versehen, frei ins Haus geschickt. Darin ist ungefähr zu lesen, daß die Partei und ihr Kandidat die Volksseele und nicht weniger auch die materiellen Volksbedürfnisse genau und gewissenhaft erforscht haben und ehrlich gewillt sind, alles zu tun, was Seele und Körper der Nation verlangen; daß Charakter und Vorleben des Kandidaten eine sichere Gewähr seiner Eignung für das höchste Amt bieten; daß hingegen die andere Partei und der andere Kan-

didat Volksverderber, habsüchtige Egoisten oder unfähige Stümper sind, deren Erwählung gleichbedeutend wäre mit dem sicheren Untergange des Landes. Diese Flugblätter und Broschüren sind zumeist sehr geschickt auf die Wirkung zurechtgemacht, häufig auch von literarischem Wert; denn jede Partei läßt es sich angelegen sein, beste Federn in ihren Dienst zu stellen.

Das wichtigste Stück der Kampagneliteratur ist das von jeder Parteileitung herausgegebene „Textbuch", ein Vademekum für den Wähler, das alles Wissenswerte über die Geschichte, Grundsätze und Programme der Parteien sowie statistische Angaben über frühere Wahlergebnisse enthält und daher trotz seines einseitigen Parteistandpunktes ein wertvolles Hilfs- und Nachschlagbuch ist. Weniger zuverlässig sind die in den Textbüchern enthaltenen biographischen und politischen Artikel über die Parteikandidaten. Sehr häufig sind sie glänzend, stets wirkungsvoll geschrieben, doch ihr Wahrheitswert kommt bei ihrer schattenlosen Verherrlichung der Parteikandidaten kaum in Betracht. Die übrigen politischen Artikel der Textbücher, zumeist von den hervorragendsten Tagesschriftstellern Amerikas herrührend, sind zwar von Einseitigkeit ebensowenig frei wie alles andere Kampagematerial, sie liefern aber in ihrer Gesamtheit eine ganz interessante Zusammenfassung der Parteigrundsätze und der Zeitfragen, um die es sich bei den Wahlfeldzügen handelt. Namentlich in den entlegeneren ländlichen Bezirken, deren Bevölkerung nur selten und nicht regel-

mäßig Zeitungen liest, sind die Textbücher sehr begehrt. Die Bevölkerung betrachtet sie als unanfechtbare Wissensquellen. Aus ihnen schöpfen viele Tausende von Farmern und Ranchmen ihre ganze politische Bildung, ihr politisches Urteil; aus ihnen setzt sich, neben der Bibel, oft genug die ganze Bibliothek des Farmerhauses zusammen.

Ist der Vorrat an Textbüchern erschöpft, so lassen die Parteimanager Hunderte von Wahlartikeln für die kleine Provinzpresse — gießen. Deutlicher gesagt: sie lassen die Manuskripte von großen Druckereien in Tausenden von Platten stereotypieren, die dann den Provinzblättern unentgeltlich zugestellt werden. Die Blätter füllen zwei oder drei Innenseiten mit den Platten und sind froh, nicht nur fertige Artikel, sondern sogar auch den fertigen Satz frei geliefert zu erhalten. Diese „patent insides" sind übrigens in der amerikanischen Journalistik auch außerhalb der Wahlzeiten schon längst eingebürgert; es gibt seit vielen Jahren zahlreiche Firmen, die mit der Lieferung gegossener Feuilletons, Miszellen, politischer und beschreibender Artikel, kurzer Erzählungen usw. an Tausende von kleinen Blättern glänzende Geschäfte machen. Das Honorar, das sie fordern, ist gering, die Masse muß es eben bringen. Die von den Nationalkomitees versandten Platten sind den Zeitungseigentümern noch lieber als die gekauften, denn sie kosten nichts und werden von den Lesern lebhaft verlangt.

Für die Parteileitungen stellt sich diese Art Kampagneliteratur begreiflicherweise sehr teuer; um so

teurer, als nicht in alle Teile des Landes dieselben Artikel verschickt werden dürfen. Die Wahlmanager müssen sich allen lokalen Schattierungen des politischen Glaubensbekenntnisses, allen lokalen Sonderwünschen anpassen. Als Bryan 1896 und 1900 „auf der Freisilberplanke lief", d. h. auf Grund seines Programms der freien Silberprägung kandidierte, versandte das gegnerische republikanische Nationalkomitee Tausende von Plattenartikeln gegen Freisilber nach den östlichen und mehreren mittleren Staaten, wo Bryans Programm heftig angefeindet wurde, nicht aber nach den westlichen, silbererzeugenden Staaten, die mit Bryans Forderung sehr einverstanden waren. In der gegenwärtigen Kampagne hat der Krieg so zahlreiche Spaltungen, so viele neue „issues" (Streitfragen) hervorgerufen, daß die Differenzierung nach Landesteilen und Nationalitäten den Wahlleitungen bei der Beschaffung von Kampagneliteratur noch größere Opfer an Geld und Mühe als sonst auferlegt.

Auch „patent insides" nehmen schließlich ein Ende und müssen durch andere Wahllektüre ersetzt werden. Damit beginnt die schwerste Arbeit für die „literarischen Bureaus" der Nationalkomitees, denn jetzt fängt die systematische Bearbeitung des einzelnen Wählers durch Broschüren und Flugblätter an, die tonnenweise von den „Hauptquartieren" der Parteien ins Land hinausgehen. Im Sommer 1896 z. B. hat die republikanische Wahlleitung zweihundert Millionen Exemplare solcher Kampagneliteratur in zwölf Sprachen verbreitet. Die Fest-

stellung des Inhalts erfordert die nämliche Sorgfalt und Umsicht wie die der Patentplatten, denn auch hier kann ein Fehler verhängnisvoll werden.

Es ist ein großer Aufwand an Geld, Zeit und Mühe, der von den Verfassern und Verbreitern der Kampagneliteratur geleistet wird; in welchem Maße diese das Schicksal der Kandidaten tatsächlich beeinflußt, läßt sich nicht einmal annäherungsweise abschätzen.

Reformen

Die scharfe Verurteilung amerikanischer Zustände, wie sie von Einzelnen und von ganzen Parteien (so von der People's Party) ausgesprochen wurde, wird von einem nicht unbeträchtlichen Teile des amerikanischen Volkes als durchaus berechtigt anerkannt. Diese ehrlichen Elemente haben, worauf schon hingewiesen wurde, wiederholt Reformbewegungen größeren Umfanges in Fluß gebracht, meist jedoch nur von vorübergehender Wirkung: man hat die Schäden eben zu lange sich in den Staatsorganismus und Volkskörper hineinfressen lassen. Ein besseres Schicksal scheint den Besserungsbestrebungen beschieden zu sein, die vor ungefähr anderthalb Jahrzehnten einsetzten und die auf eine direkte Volksverwaltung und Volksgesetzgebung absehen. Es sind dies die unter dem Namen „Initiative", „Referendum", „Abberufung der öffentlichen Beamten durch Volksbeschluß" (recall) und „Verwaltung der Städte durch Kommissionen" (municipal government by commission) bekanntgewordenen Reformen. Am eindringlichsten und erfolgreichsten hat sich der Staat Oregon bisher mit diesen Reformen befaßt, sie sind aber auch in einer Reihe anderer Staaten eingeführt worden. Da sie sich noch im Versuchsstadium befinden, läßt sich über

ihre Wirksamkeit, d. h. darüber, ob sie wirklich der Korruption im öffentlichen Leben Amerikas ein Ende machen werden, noch kein schlüssiges Urteil abgeben. Auf alle Fälle sind sie als Zeichen einer gesunden, kräftigen Gegenströmung gegen die politischen Übel von hervorragendem Interesse.

Der Staat Oregon, der zu den fortgeschrittensten Gemeinwesen der Vereinigten Staaten gehört und der am frühesten angefangen hat, die gesetzgeberische und politische Korruption zu bekämpfen, hat den „recall" im Jahre 1908 eingeführt. Durch dieses Verfahren kann jeder öffentliche Beamte abberufen, d. h. abgesetzt werden, indem fünfundzwanzig Prozent der Wähler seines Distrikts eine Petition einreichen, die seine Absetzung mit ausführlicher Begründung verlangt. Tritt der Beamte nicht innerhalb fünf Tagen nach der Eingabe dieser Petition freiwillig zurück, so wird eine besondere Wahl angeordnet, in der das Volk darüber zu entscheiden hat, ob der betreffende Beamte entlassen werden soll oder nicht. (In anderen Staaten, die den „recall" eingeführt haben, ist der Prozentsatz der Wähler, die die Petition zu unterschreiben haben, größer oder geringer als in Oregon; ebenso ist die Frist, nach der der Beamte sich über seine freiwillige Demission zu entscheiden hat, in manchen Staaten länger.) Auf dem Wahlzettel sind sodann die Gründe für das Abberufungsverlangen nochmals anzugeben, und zwar darf diese Motivierung zweihundert Worte nicht überschreiten. Diejenigen Wähler, die für das Verbleiben des Beamten stimmen, können

ihre Gründe hierfür gleichfalls auf den Wahlzetteln in einem Umfange bis zu zweihundert Worten auseinandersetzen. Die Kosten dieser „recall“-Wahlen trägt die Wählerschaft. Treten bei solchen Wahlen mehrere Gegenkandidaten auf, so ist derjenige gewählt, der die höchste Stimmenzahl erhält.

Die „recall“-Bewegung wird lediglich als eine Vorsichtsmaßregel angesehen, deren bloßes Vorhandensein genügen soll, um Beamte in den Bahnen der Ehrlichkeit und der guten Verwaltung festzuhalten. Man hat den „recall“ scherzhaft mit dem amerikanischen Polizeiknüppel, dem „hickory club“, verglichen: er soll nicht allzu häufig und nicht unterschiedslos angewendet werden, ist aber als Abschreckungsmittel sehr nützlich. Die Gegner dieser Reform weisen darauf hin, daß sie sich unter Umständen leicht als Instrument persönlicher oder der Parteifeindschaft mißbrauchen lassen. Ein zweiter Einwand ist der, daß dem öffentlichen Beamten häufig nicht genug Zeit gelassen wird, sich zu bewähren, vorhandene Mißverständnisse aufzuklären, die frühere Mißverwaltung zu beseitigen usw. Die Zukunft wird lehren, ob und in welchem Grade diese Einwände berechtigt sind.

Eine überaus lebhafte Agitation hat speziell die Frage der Abberufung von Richtern und des Widerrufs richterlicher Entscheidungen in ganz Amerika hervorgerufen. Seiner Gewohnheit gemäß hat Theodore Roosevelt diese Frage aufgegriffen und zu „seinem“ Programm gemacht, als sie längst die Öffentlichkeit beschäftigte. In einer Rede, die er im

Februar 1912 in Columbus im Staate Ohio hielt, trat er mit dem Aplomb eines Schöpfers für diesen „recall of judicial decisions“ ein. Bei dem Widerruf richterlicher Entscheidungen handelt es sich nicht etwa darum, daß jedes Urteil in jedem Privatprozesse durch Volksabstimmung widerrufen werden kann. Es handelt sich nur um Fragen der Verfassung und höherer politischer Ordnung. Oder wie Roosevelt sich ausdrückte: „Wenn ein Gerichtshof eine Entscheidung über eine Verfassungsfrage trifft, wenn er entscheidet, was das Volk als Ganzes tun und was es nicht tun kann, so soll das Volk das Recht haben, diese Entscheidung zu widerrufen, wenn es sie für falsch hält.“ Man hat gegen diese richterlichen „recall“ die gewiß nicht ganz unberechtigte Einwendung erhoben, daß er in der Hand gewissenloser Demagogen ein gefährliches Werkzeug gegen die Verfassung und verfassungsmäßigen Zustände bilden könnte.

Die „Initiative“ und das „Referendum“ sind schweizerischen Ursprungs. Im Jahre 1869 hat die deutsche sozialdemokratische Partei auf dem Eisenacher Parteitage die Initiative und das Referendum in ihr Programm aufgenommen; dem deutschen Beispiele folgte später die amerikanische sozialistische Arbeiterpartei, ohne damit zunächst eine andere Wirkung zu erzielen als die, daß die Aufmerksamkeit der amerikanischen Arbeiter auf die schweizerische Gesetzgebung gelenkt wurde. Die fremden Einrichtungen regten einen amerikanischen Setzer namens J. W. Sullivan in solchem Grade

an, daß er 1883 und 1888 Studienreisen nach der Schweiz unternahm, nach seiner Rückkehr für diese Einrichtungen in Amerika lebhaft agitierte und 1892 ein Buch darüber veröffentlichte, das in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde. Seine Agitation hatte den Erfolg, daß die große amerikanische Arbeiterorganisation „Knights of Labor“ 1891 und das größte amerikanische Arbeitersyndikat „American Federation of Labor“ 1892 sich der Bewegung anschlossen. Auch die Populisten faßten 1892 auf ihrem Parteitage in Omaha eine Resolution zugunsten der Initiative und des Referendums.

Es ist interessant, daß überall, wo die Volksgesetzgebung zum Siege gelangte, dies dem Zusammenwirken von Landwirten und Arbeitern (also der schon früher hervorgehobenen sozialagrarischen Kombination der Populisten) zuzuschreiben war. Im Jahre 1898 beschloß die Legislatur des Staates Süd-Dakota, an dessen Spitze damals der Populist A. J. Lee als Gouverneur stand, Initiative und Referendum einzuführen. Zwei Jahre darauf folgte Utah, 1902 Oregon, sodann im Laufe der weiteren Jahre eine Reihe anderer westlicher und mittelwestlicher Staaten; ja sogar der atlantische Staat Maine folgte dem Beispiel. Im Westen hat die Reform die tiefsten Wurzeln geschlagen, im Osten sind die großen Parteiorganisationen noch zu stark, um durch die neue Bewegung erschüttert werden zu können. Im Westen haben sich der Reformbewegung auch die Anhänger Henry Georges angeschlossen, des Ver-

fechters der „Single Tax", des „Nureinsteuer-Systems".*

Durch die Initiative soll das Volk in den Stand gesetzt werden, aus sich selbst heraus Gesetze zu schaffen, welche von den gesetzgebenden Körperschaften nicht geschaffen werden; also gegen den Willen dieser gesetzgebenden Körperschaften oder als Ergänzung ihrer Tätigkeit. Wenn ein gewisser Prozentsatz der Wähler eine Petition des Inhalts einbringt, daß eine gewisse Maßregel oder eine gewisse Politik dem Volke zur Entscheidung unterbreitet werden soll, so erhält damit die Legislatur das „imperative Mandat", eine Abstimmung über die gewünschte Maßregel herbeizuführen. Wird bei der Abstimmung bei der zu diesem Zwecke angesetzten Wahl eine Stimmenmehrheit für die betreffende Maßregel erzielt, so muß die Legislatur eine entsprechende Gesetzvorlage entwerfen und zur Annahme bringen. Das Volk stimmt über die Frage im allgemeinen ab, die Legislatur hat dann die gesetztechnische Arbeit zu verrichten. Die Wähler des Staates Oregon haben in vier solchen Wahlen über vierundsechzig vorgeschlagene Maßregeln abgestimmt und sich dabei über sechsundzwanzig derselben endgültig geeinigt.

Das Referendum bezweckt, daß auf Grund einer ähnlichen Petition, wie bei der Initiative, eine Maßregel, die von der Legislatur angenommen worden ist, nicht Gesetz werden darf, ehe sie nicht

* Hasbach, „Die neuere Verfassungsentwicklung in den Vereinigten Staaten."

dem Volke zur Entscheidung unterbreitet und von diesem genehmigt worden ist. Es steht der Legislatur frei, aus eigenem Antriebe Maßregeln dem Volke zur Entscheidung vorzulegen; wenn dies aber nicht geschieht, so muß auf Grund einer Petition aus dem Volke innerhalb neunzig Tagen nach der Vertagung der Legislatur die Maßregel der Wählerschaft unterbreitet werden.

Man hat zugunsten dieser Reformen geltend gemacht, daß sie dem Volke größere Macht verleihen, und daß das Volk ehrlicher bestrebt und sicher geeigneter sei, gute Gesetze zu schaffen, als die Legislaturen, die nur zu oft nicht dem Volke, sondern korrupten Interessen dienen. Man hat auf den hohen erzieherischen Wert dieser Einrichtung hingewiesen: es erwecke im Volke lebhaftes Interesse an der Politik und an den Regierungsangelegenheiten. Jede Petition rufe öffentliche Erörterungen hervor, es werde lebhaft für und gegen die betreffende Maßregel agitiert, und das Volk erhalte dadurch ein vollwertiges Verantwortlichkeitsgefühl für seine eigenen Interessen. Bisher habe sich das Volk weit mehr für die Parteikandidaten interessiert; durch die Reformen werde es erzogen, sich für Maßregeln zu interessieren, für „measures", nicht für „men".

Gegen die Reformen wird geltend gemacht, daß das Volk fortwährend durch Erörterungen und Abstimmungen über gesetzgeberische Maßnahmen in Atem gehalten werde. Berufsleute hätten nicht die Zeit, sich in solchem Umfange von ihren Ge-

schäften ablenken zu lassen, und die vermeintliche Volksgesetzgebung werde schließlich doch wieder in die Hände der berufsmäßigen Politiker und bezahlten Agitatoren zurückfallen. Das Volk sei nicht in der Lage, zu einer klaren Erkenntnis und richtigen Entscheidung in den Fällen zu kommen, in denen es sich bei den Wahlen um mehrere Fragen auf einmal handelt. In Oregon wurden bei einer solchen Wahl neunzehn Fragen zur Entscheidung gebracht, darunter eine Reihe schwieriger Probleme, die eine umfassende politische Schulung voraussetzten, sowie andere, die technisch hinlänglich verwickelt waren, um das Verständnis des „kleinen Mannes" zu überschreiten. Es trete dadurch Verwirrung und die Unfähigkeit ein, den Wert einer jeden Maßregel voll zu erfassen. Ferner wird von den Gegnern dieser Reformen gesagt, daß diese dem grundlegenden amerikanischen Prinzip der Trennung der Regierungsgewalten widersprechen, so daß an die Stelle der geschriebenen eine ungeschriebene Konstitution träte.

Ein anderes Bedenken gilt der Würde und dem Ansehen der Legislaturen, die, wie behauptet wird, unter dem System der Initiative und des Referendums zu lediglich technischen und registrierenden Körperschaften herabsinken, so daß kein Mann von Fähigkeiten und Selbstachtung sich bereitfinden werde, Mitglied einer solchen Körperschaft zu werden. Dieses Argument schießt sicherlich über das Ziel hinaus. Denn Initiative und Referendum sollen die Gesetzgebung keineswegs den Legislaturen ent-

winden, sondern, wie schon gesagt, sie nur ergänzen und korrigieren. Die gesetzgebende Macht des Volkes als Ganzes ist nach wie vor in die Hände der Legislaturen gelegt. Die Reformen werden nur dann angerufen, wenn die gesetzgebenden Körperschaften sich weigern, Gesetze zu schaffen, die das Volk wünscht, oder wenn sie Gesetze schaffen wollen, die das Volk nicht wünscht. Berechtigter erscheint ein anderer Einwurf: daß das Referendum keine Gelegenheit bietet, eine Maßregel ihrer ursprünglichen Gestalt gegenüber zu verbessern. Es ist keine Gelegenheit geboten, sie kritisch zu beleuchten und etwaige ihr anhaftende Mängel zu beseitigen. In den Legislaturen werden die Maßregeln erörtert und amendiert; wenn aber eine Maßregel dem Volke zur Entscheidung vorgelegt wird, so kann sie nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden.

Das „Municipal government by commission", oder wie es kürzer genannt wird, das „Commission government", soll speziell der in den Städten verbreiteten Boßwirtschaft ein Ende machen, also die eigentlichen Brutstätten der amerikanischen Korruption aufheben. Die Kommissionsform der Gemeindeverwaltung besteht im wesentlichen in der Abschaffung der Oberaufsicht des Stadtrats und in der Vereinigung aller Befugnisse der Stadt in der Hand einer kleinen Gruppe (Kommission) von Beauftragten, die nicht mehr, wie bisher, von Distrikten und Stadtvierteln, sondern von der ganzen Stadt gewählt sind. Dieser Grundgedanke ist schon in der Verwaltung der Bundeshauptstadt Washing-

ton anzutreffen. Diese, der „District of Columbia“, wird, wie schon erwähnt, seit 1873 von drei Beamten verwaltet, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt werden. Sie steht vollständig unter der Jurisdiktion des Kongresses, hat weder einen Stadtrat noch einen Bürgermeister, und die Bewohner haben keinerlei Selbstverwaltung. Trotzdem (Skeptiker behaupten: gerade deshalb) ist Washington die bestverwaltete Stadt in den Vereinigten Staaten.

„Commission government“ in der heutigen Form ist zuerst in Texas, und zwar in der Stadt Galveston, eingeführt worden. Im Jahre 1900 wurde Galveston von einer Sturmflut heimgesucht, die sechstausend Menschenleben vernichtete und ungeheuren Sachschaden verursachte; es wurden die meisten öffentlichen Gebäude und Straßenanlagen zerstört. Die Stadt war beinahe bankerott. Sie hatte, wozu sie nicht imstande war, die Zinsen für eine große Schuld aufzubringen. Die bestehende Verwaltung war, wie die meisten amerikanischen Städteverwaltungen, unfähig und korrupt, und die Bevölkerung konnte oder wollte ihre Steuern nicht mehr bezahlen. Nun waren aber riesige Aufwendungen notwendig, um die öffentlichen Gebäude wiederherzustellen und zum Schutze gegen künftige Sturmfluten einen Damm am Meere zu errichten. In dieser Not ging von den führenden Geschäftsleuten der Stadt die Anregung zu einer Bewegung aus, die auf die Abschaffung der bestehenden Verwaltung und auf die Einsetzung einer besseren, der

Situation mehr gewachsenen abzielte. Man rief die Legislatur des Staates Texas zum Erlaß eines Gesetzes an, das den Bürgern von Galveston gestattete, die Verwaltung in die Hände einer „Commission" zu legen, und dieses Gesetz wurde denn auch beschlossen. Die in Galveston bestehende Verwaltung, Bürgermeister und Rat, wurden abgeschafft, und es wurde bestimmt, daß die Stadt durch eine Kommission von Vertrauensleuten der Bürgerschaft zu verwalten sei. Diese Kommission sollte aus fünf von den Wählern der Stadt auf zwei Jahre gewählten Mitgliedern bestehen. Einer der Kommissare, der den Titel „Mayor-President" erhielt, hatte in den Sitzungen der Kommission den Vorsitz zu führen, hatte aber kein Vetorecht. Die Kommissare waren ermächtigt, Verordnungen zu erlassen und sie zu vollziehen. Der städtische Dienst wurde in vier „departments" geteilt: Finanzen und Einkünfte, Wasserwerke und Kanalisation, Polizei und Feuerschutz, Straßen und öffentliches Eigentum. An der Spitze eines jeden „department" stand ein Kommissar, während der „Mayor-President" die allgemeine Aufsicht über die Angelegenheiten der ganzen Stadt führte. Jeder Kommissar wurde für die Leitung seines „department" unmittelbar verantwortlich gemacht; er war befugt, alle Beamten seiner Abteilung selbst auszuwählen.

Die Kommissionsverwaltung von Galveston hat sich bisher unzweifelhaft bewährt, und dieser Erfolg veranlaßte die nicht weit von Galveston gelegene texanische Stadt Houston, das Beispiel nachzu-

ahmen. Auch sie war, freilich nicht durch ein Elementarereignis, sondern durch die landesübliche Korruption, dem Bankrott nahe. Die Kommissionsverwaltung von Houston unterscheidet sich von ihrem Vorbilde in mehreren Einzelheiten. Der Mayor erhielt die vorherrschende Stellung in der Verwaltung, erhielt die Berechtigung, alle Beamten und Unterbeamten der Stadt anzustellen und jeden Beamten, mit Ausnahme des „comptroller“, des Finanzkontrolleurs, zu entlassen; auch kann er gegen die von den Kommissaren erlassenen Verordnungen ein Veto einlegen. Die Kommissare von Houston sind, im Gegensatz zu denen von Galveston, verpflichtet, ihre ganze Zeit dem städtischen Dienste zu widmen, und ihre Gehälter sind zweimal so hoch bemessen wie diejenigen der Kommissare von Galveston; sie beziehen zweitausendvierhundert Dollars jährlich. Auch in Houston hat das „Commission government“ viel Gutes und Nützliches gestiftet.

Eine dritte Form der Kommissionsverwaltung ist nach der Stadt Des Moines in Iowa benannt, die sie im Jahre 1908 einführte. Das von der Staatslegislatur erlassene Gesetz, das die Einführung des Kommissionssystems gestattet, beschränkte sich indessen nicht, wie im Falle von Galveston und Houston, auf eine einzige Stadt, sondern es galt für alle Städte des Staates, die eine Bevölkerung von mehr als siebentausend Einwohnern haben, so daß es jeder von ihnen freistand, das System durch Volksabstimmung anzunehmen. Der Des-Moines-Typus unterscheidet sich von den früheren durch ein

eigenartiges parteiloses Wahlverfahren: alle Kandidaten für die städtischen Ämter werden in alphabetischer Reihenfolge ohne Bezeichnung der politischen Partei, zu der sie gehören, auf den Wahlzettel gedruckt. Der Mayor hat den Vorsitz in den Sitzungen des Rats, hat aber kein Veto. Der Verwaltungsdienst ist in fünf Abteilungen zerlegt, einer von diesen steht der Mayor vor, jeder der übrigen Abteilungen ein Kommissar als Oberaufsichtsbeamter.

Der Hauptunterschied besteht aber in einer Kontrolle der „Commission“ durch die Bevölkerung vermittels des Referendums, der Initiative und des „Recall“. Die meisten der von der Kommission erlassenen Verordnungen können nicht vor zehn Tagen nach ihrem Erlaß in Kraft treten; während dieser Zeit kann ein von fünfundzwanzig Prozent der Wähler unterzeichneter Antrag gestellt und darin gegen das Inkrafttreten der Verordnung Einspruch erhoben werden. In diesem Falle muß die Verordnung zurückgenommen oder den Wählern zur Entscheidung unterbreitet werden; wenn eine Mehrheit der Stimmen gegen die Verordnung abgegeben wird, so ist sie null und nichtig. Mit Hilfe der Initiative können die Wähler, wenn mindestens zehn Prozent dies verlangen, eine Verwaltungsmaßregel vorschlagen und ein Referendum darüber einfordern. Wird die in Vorschlag gebrachte Verordnung von einer Mehrheit gebilligt, so erlangt sie dieselbe Gültigkeit, als wenn sie von der Kommission erlassen worden wäre. Durch den „Recall“ kann

der Mayor oder ein Kommissar durch Volksabstimmung von seinem Amte entfernt werden. Eine andere Besonderheit des Systems von Des Moines ist die für den Zivildienst eigens errichtete Kommission, der die Aufgabe zufällt, Prüfungen zum Zwecke der Feststellung der Tauglichkeit von Bewerbern zu Beamtenstellungen abzuhalten und besondere Vorkehrungen gegen das Eindringen korrupter Einflüsse zu treffen.

Der Typus von Des Moines ist von den drei Formen der Kommissionsverwaltung der weitaus am meisten verbreitete und der volkstümlichste. Er ist demgemäß auch in den meisten Gemeinden und Städten, die sich für die Kommissionsform entschieden haben, in Wirksamkeit. Eine große Anzahl von Sachverständigen auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung, amerikanische wie europäische, haben sich über die Kommissionsform sehr günstig ausgesprochen. Es darf dabei freilich nicht übersehen werden, daß sie, außer in Galveston, noch nirgends länger als elf Jahre in Kraft ist, daß also ein abschließendes Urteil über ihre Vorzüge und Nachteile noch nicht gefällt werden kann.*

* Dr. James W. Garner, „Die Kommissionsform der Munizipalverwaltung in den Vereinigten Staaten.“

Staatsmänner und Diplomaten

Die heftigen Parteikämpfe, die sich schon an der Wiege der Nordamerikanischen Union abspielten und die achtzig Jahre danach beinahe zur Auflösung des Staatswesens geführt hätten, waren der Hervorbringung großer staatsmännischer Begabungen nicht günstig. Die bedeutendsten Staatsmänner hat die Zeit kurz vor der Unabhängigkeitserklärung hervorgebracht: Männer wie Thomas Jefferson, John Adams, Alexander Hamilton. Ihr Einfluß reichte allerdings noch in die ersten Jahrzehnte nach der Unionsgründung hinüber, und dort setzte sich die Reihe begabter Politiker mit staatsmännischem Gesichtskreise in Gestalten wie Calhoun, Daniel Webster, Henry Clay fort. Aber ihre Zahl ist im Verhältnisse zu der Größe des Landes und der Aufgaben, vor die das Land sich gestellt sah, nicht eben beträchtlich. Daß die Vereinigten Staaten über eine stattliche Zahl politischer Intelligenzen verfügten, ist nicht zu bezweifeln; ihre Mehrzahl rieb sich indessen in dem erbitterten täglichen Kleinkriege der Politik, in anstrengenden parteitaktischen Manövern in der Gluthitze der politischen Leidenschaften auf.

Kaum war die Union aufgebaut, da drohte auch schon der Zerfall, drohte schon der Süden mit der Sezession. Jahrzehntelang tobte der erbitterte Streit

zwischen den Vorkämpfern einer starken Zentralgewalt und den Staatenrechtlern; er erweiterte den schon durch geschichtliche, wirtschaftliche und klimatische Faktoren hervorgerufenen Gegensatz zwischen Nord und Süd zur unüberbrückbaren Kluft. Als Präsident John Adams 1798, um den Wühlereien der französischen Revolutions-Propaganda einen Damm entgegenzusetzen, die Fremden- und Aufruhrgesetze erließ, nahmen die Legislaturen von Virginia und Kentucky dies zum Anlaß einer richtunggebenden staatsrechtlichen Erklärung im partikularistischen Sinne. Es hieß darin: Die Bundesregierung und die Staaten seien gleichberechtigte Mächte; dort, wo die Bundesregierung sich Gewalten anmaße, die ihr (nach Ansicht der Einzelstaaten) nicht verliehen sind, sei eine „Nullification" der betreffenden Regierungsmaßnahme das rechtmäßige Abhilfsmittel (die Partei, die diesen Standpunkt verfocht, hieß „the Nullificators"); jeder Staat habe ein natürliches Recht, in Fällen, die in dem „Vertrage" — dem Bunde von 1789 — nicht vorgesehen seien, kraft seiner eigenen Autorität alle Anmaßung von Gewalten seitens „anderer" innerhalb seiner Grenzen für ungültig zu erklären. Immer deutlicher traten die scharfen Gegensätze in der Auslegung der Bundesverfassung, und gerade ihrer fundamentalsten Bestimmungen, zutage.

Es war natürlich nicht lediglich ein theoretischer Streit. Sein materieller Kern waren die Sklavereifrage und das damit im Zusammenhange stehende Problem Schutzzoll oder Freihandel. Es gab zwei

große, gegeneinander scharf abgegrenzte, einander feindlich gegenüberstehende Wirtschaftsgebiete. Der Norden mit seiner tatkräftigen Bevölkerung und seiner starken, stets zunehmenden Einwanderung schuf sich eine Industrie von riesigen Maßen, die Millionen von Arbeitern beschäftigte und ernährte. Der Westen wurde allmählich urbar gemacht durch eine schnell wachsende Zahl rühriger Farmer; es entstanden Bahnverbindungen, die die ländlichen Erzeugnisse dieser Farmer nach den großen Städten und später auch zu den Ozeanhäfen brachten, und von dort wurden sie in alle Weltteile verschickt. Die amerikanische Handelsflotte stand, als der Bürgerkrieg ausbrach, nur der englischen an Größe nach. Die Industriellen des Nordens und die Farmer des Westens verfochten schutzzöllnerische Forderungen; ihnen war es darum zu tun, den ausländischen Wettbewerb fernzuhalten. Der Süden dagegen hatte so gut wie keine Industrie und sehr geringen Getreidebau; er deckte seinen Getreidebedarf aus den Farmstaaten westlich des Mississippi. Er lebte hauptsächlich vom Baumwollbau und hatte das stärkste Interesse an einem freihändlerischen System, das die ungehinderte Ausfuhr seiner Erzeugnisse nach fremden Märkten ermöglichte. Diese zollpolitischen Gegensätze waren organisch mit dem Sklavereikonflikt verwachsen, da der Sklavenbetrieb zusammen mit dem Freihandel die Grundlage der Volkswirtschaft des Südens bildete. Ihm diesen wirtschaftlichen Unterbau entziehen, ihn auch nur antasten zu wollen — das mußte den Plantagen-

Baronen des Südens allerdings als ein revolutionäres Beginnen erscheinen, gegen das es nur eine wirksame Repressalie gab: die Revolution.

Es ist müßig, die Frage aufzuwerfen und zu erörtern, ob diese erbitterten inneren Kämpfe, ob der Bürgerkrieg abzuwenden gewesen wäre, wenn Amerika in jenen Zeiten große Staatsmänner besessen hätte. Die geschichtliche Tatsache ist, daß gerade diese Kämpfe das Emporkommen großer Begabungen in größerer Zahl verhinderten, weil sie die politische Energie verzettelten und zermürbten. Dazu kamen andere hindernde Kräfte, die im Wesen der Republik im allgemeinen und der nordamerikanischen Republik im besonderen zu liegen scheinen. Es ist die schwache Seite des republikanischen Staatswesens, daß der Grundsatz „Everybody is fit for everything" (jeder eignet sich für alles) allzu unbedenklich auch auf die höchsten öffentlichen Ämter, auf die Führung der Parteien, auf alle politischen Gewalten ausgedehnt wird. In den Republiken verkennt man vielfach die Schwierigkeiten des Regierens und Verwaltens; man meint dort, jeder mit einiger Bildung und Intelligenz ausgestattete Mann sei imstande, die Routine und das Wesen eines öffentlichen Amtes mit Leichtigkeit zu erfassen und zu meistern. Speziell in Amerika werden die schlimmen Folgen noch verschärft durch die demokratische Abneigung gegen lange Amtsdauer, hauptsächlich aber durch das Streben der großen politischen Parteien, ihre Gewalt durch Vergebung von Ämtern zu befestigen,

die Dienste der Parteifreunde zu belohnen und ihre Gegner aus den Ämtern zu verdrängen. Die unausbleibliche Folge dieser Praxis, des Beutesystems, ist, daß mit sehr geringen Ausnahmen nicht die Begabtesten, sondern die Gerissensten zur Macht gelangen, oder aber Unbedeutende, die der Parteimaschine Dienste geleistet haben, oder von denen die Maschine blinden Gehorsam, die Vollstreckung ihres Willens, erwarten kann.

Die Enge und Begrenztheit des parteipolitischen Lebens in dem Amerika der ersten hundert Jahre tritt in der geschichtlichen Betrachtung um so schärfer hervor, als damals die amerikanischen Politiker und Staatsmänner durch keine großen internationalen Probleme von ihrer einseitig innerpolitischen Betätigung abgelenkt wurden.

Vor dem Spanisch-Amerikanischen Kriege 1898 haben die Amerikaner an den großen Fragen der internationalen Politik nur geringen Anteil gehabt. Die Vereinigten Staaten sind geographisch von den großen Militärmächten isoliert, sie haben keine feindlichen Invasionen, keine ernsten Gebietsstreitigkeiten zu befürchten. Infolge dieser Isolierung war die Union aller Kriegssorgen und Kriegslasten enthoben, ihr waren die Plagen und Ängste einer Auslandspolitik fern, sie konnte sich ganz ihren inneren Fragen widmen, ihre ganze Energie in den Kämpfen zwischen Nord und Süd ausleben. Die Sorge um stehende Heere und internationales Prestige war den amerikanischen Staatsmännern fern. Nur ein schwaches Echo des ehernen Trittes der Welt-

geschichte drang aus Europa an ihr Ohr. Ob dieser Zustand, wie amerikanische Historiker behaupten, dem Lande zum Segen gedieh, bleibe dahingestellt. Es läßt sich ganz gut die Möglichkeit denken, daß eine von auswärts drohende Gefahr die inneren Gegensätze zum Schweigen gebracht und die streitenden Parteien gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschlossen hätte. Wie dem auch sei: die Entfaltung staatsmännischen Talents ist durch die Enge und Einseitigkeit der Betätigungsmöglichkeiten sehr wahrscheinlich eher gehemmt als gefördert worden.

In Amerika begeht man an der wahrhaft ehrfurchtgebietenden Erscheinung George Washingtons häufig das Unrecht, ihn mit aller Gewalt zu einem großen, wenn nicht dem größten amerikanischen Staatsmanne stempeln zu wollen. Seine geschichtliche Bedeutung wurzelt indessen in ganz anderem Boden. Ohne die Zähigkeit, die eherne Ausdauer des Generals Washington, die sich durch keinen Fehlschlag entmutigen ließ, wären die Kolonien im Unabhängigkeitskriege unterlegen; und ohne die abwägende Bedachtsamkeit, Klugheit und Gerechtigkeit des Präsidenten Washington wäre vielleicht die im Schlachtenfeuer geschmiedete Republik durch die heftig losbrechenden Parteikämpfe zerstört worden. Sein großer Vorzug, der auf dem Schlachtfelde wie im Präsidentenamt immer wieder zur Geltung kam, war klares, folgerichtiges Denken und scharfes Urteil. Zum Staatsmanne fehlte

ihm indessen, was schon sein Minister des Äußeren, Thomas Jefferson, beobachtete, die Gabe der Erfindung und die Kraft der Einbildung. Ein lauterer, streng rechtlicher Charakter, ist er seinen Zeitgenossen der Gegenstand einer wohlverdienten Verehrung geworden. An politischen Gedanken hat er nur die Warnung vor „entangling alliances“ hinterlassen, d. h. die Warnung vor „verstrickenden Bündnissen“ mit anderen Nationen, vor Allianzen, durch die Amerika sich die Hände binden würde.

George Washingtons Finanzminister war Alexander Hamilton, wohl die stärkste Begabung auf dem Gebiete der Finanzpolitik, die Amerika hervorgebracht hat. Seine geschichtliche Rolle hat er als Führer der „Föderalisten“ gespielt, der Partei, die im Sinne der Verfassung auf eine möglichst große Stärkung der zentralen Regierungsgewalt hinwirkte. Unter stetigem, erbittertem Kampfe mit seinen Gegnern hat er diesem Gedanken Geltung verschafft, und diese wirkte fort, bis mit Jefferson die Staatenrechtler ans Ruder kamen. Die zahlreichen Reden und Aufsätze, in denen er seine politischen Ansichten niederlegte, sind zu einem großen Bande unter dem Titel „The Federalist“ vereinigt worden. Das Buch genießt über Amerika hinaus den Ruf eines klassischen Beitrages zur Geschichte der amerikanischen Verfassung und ihrer Auslegung.

Hamiltons bedeutendster Gegner war Thomas Jefferson, der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, von dem der Entwurf der Unabhängigkeitserklärung 1776 herrührte. Er war der Urheber

der schon erwähnten „Kentucky-Resolutionen" von 1798, in denen zum ersten Male von einem Unionsstaate die Lehre von der Staatensouveränität dem Verfassungsgrundprinzip des Zentralismus entgegengestellt wurde. Sein Streben war auf möglichste Einschränkung der Machtbefugnisse der Bundesregierung gerichtet; dann und wann, so meinte er sogar, sei eine kleine Revolution oder sonst ein gelinder Widerstand sehr nützlich, um die Regierung an die Rechte der Staaten und des Volkes zu erinnern. Nach dem Kriege gegen England 1812 bis 1814 verblaßte sein Einfluß; er hatte zuletzt ziemlich viel föderalistisches Wasser in seinen staatenrechtlichen Wein getan.

Die Forderung, die Rechte der Einzelstaaten gegenüber der Bundesgewalt aufrechtzuerhalten und zu stärken, wurde indessen von den Politikern der Südstaaten mit dem größten Nachdruck weiterverfochten. Der Begabteste unter ihnen, John C. Calhoun, unzweifelhaft ein Staatsmann großen Stils, arbeitete diese Auffassung zu einem förmlichen Grundgesetze aus, zu der Lehre von dem Rechte der „Nullifikation" mißliebiger Bundesgesetze durch die Einzelstaaten. Er stellte seine ungewöhnliche Begabung in den Dienst einer leidenschaftlichen Agitation zugunsten der südstaatlichen Forderungen, zuletzt unverhüllt der Trennung der Südstaaten von der Union. In dem Neuengländer Daniel Webster fand Calhoun einen geistig ebenbürtigen Gegner, einen mit glänzender Redner- und Agitationskraft begabten Verfechter der Sou-

veränität des Bundes über die Einzelstaaten, ebenso in Henry Clay, einem Führer der Whig-Partei. Clay verfocht mit flammender Leidenschaft die große Idee eines „menschlichen Freiheitsbundes, der alle Völker von der Hudsonbai bis zum Kap Hoorn vereinige".

Ein radikaler Vorkämpfer der Staatenrechte war der demokratische Präsident Andrew Jackson, unter dem die Lehren Jeffersons zu weitester Ausgestaltung gediehen. Jackson hat den Grundsatz „Dem Sieger gehört die Beute", den in geringerem Umfange schon Jefferson zur Anwendung gebracht hatte, zu einem das ganze politische Leben Amerikas durchdringenden System gemacht. Es galt seinen Zeitgenossen als eine eminent demokratische Idee, und es schlug trotz mancher Widerstände sehr rasch feste Wurzeln. Die „Ferkelherde", die nach dem beißenden Wort des föderalistischen Parteiführers Josiah Quincy „sich mit greulichem Lärm um einen zu engen Futtertrog drängt", ist sozusagen eine berechtigte nationale Eigentümlichkeit geworden. Eine nicht zu leugnende politische Überlegenheit, die viele dem rauhen „Mann aus dem Volke" nicht zugetraut hätten, bewies Jackson gegenüber der auf die Loslösung des Südens von der Union gerichteten Agitation Calhouns. Jacksons teils energisches, teils klug nachgebendes Verhalten in der Zolltariffrage rettete 1832 das Land vor der unmittelbar drohenden Gefahr des Bürgerkrieges.

Zwölf Jahre vor Jackson hatte James Monroe das Amt angetreten. Er ist in die Geschichte über-

gegangen als der Urheber der Monroe-Doktrin, die jedoch in Wirklichkeit nicht eigentlich sein Werk ist. Ihre geistigen Urheber sind Henry Clay, Rufus King, John Quincy Adams gewesen, und ehe Monroe jene Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1823 erließ, hatte er bei Thomas Jefferson moralische Rückendeckung gesucht. Aber auch von dieser Leistung abgesehen, verdient Monroe einen Platz in der vorderen Reihe der amerikanischen Staatsmänner. Er hat in seiner Behandlung der Gegensätze zwischen Nord und Süd eine mehr als durchschnittliche Weisheit und kluge Taktik an den Tag gelegt, und die von ihm so geschaffene (nur zu kurze) „Ära des guten Einvernehmens" ist der Entwicklung des großen, nach außen und innen wachsenden Gemeinwesens sehr förderlich gewesen.

Mit Monroe, seinem Nachfolger John Quincy Adams und Jackson hört die Reihe staatsmännisch mehr oder minder begabter Präsidenten auf. Es ist in hohem Grade bezeichnend, daß geistig so hochstehende, politisch so hervorragende Männer wie Calhoun, Clay, Webster, King und eine Reihe anderer Talente nie zur obersten Macht gelangen konnten, da sich zwischen sie und die verdiente höchste Würde der „politician" schob. Und andererseits, daß bare Mittelmäßigkeiten, wie van Buren, William Harrison, Tyler, Polk, Taylor, Fillmore, Pierce, Buchanan — von den neueren Präsidenten nicht zu reden —, in das Weiße Haus einziehen konnten, während die als Mitbewerber auftretenden großen Talente in der Minderheit blieben. Mit

Martin van Buren gelangte jenes Element zur Herrschaft, das noch heute in der amerikanischen Politik den Ausschlag gibt: das der Berufspolitiker, die ihre Überzeugungen je nach dem herrschenden Winde einstellen, die jede Tagesfrage, jedes noch so wichtige Problem ihren persönlichen Zwecken nutzbar machen; das Element, dessen politische Fähigkeit hauptsächlich in der Geschmeidigkeit und Zähigkeit besteht, mit der es seine Interessen verfolgt. Die großen Ideen treten zurück, die kleine Intrige macht sich breit; man kauft und fälscht Stimmen, man jagt nach Ämtern, die Demokratie, die Volksherrschaft wird ein Truggebilde.

Die Reihe mittelmäßiger und unter-mittelmäßiger Präsidenten wird 1861 durch die imposante Gestalt Abraham Lincolns unterbrochen — ein Held unter Händlern. Es hat von englischer Seite nicht an Versuchen gefehlt, sein geschichtliches Bild zu trüben, dem Bürgerkriege, der unter ihm ausbrach, einen schimpflichen Hintergrund zu malen und Lincoln mitten in diesen Hintergrund zu stellen: als wäre er das Werkzeug habgieriger nördlicher Kapitalisten gewesen, die den Krieg wollten, um den Süden wirtschaftlich zu vernichten und gleichzeitig der englischen Volkswirtschaft schwere Wunden zu schlagen. Denn ein volles Sechstel der englischen Bevölkerung war mit ihrem Lebensunterhalt direkt oder indirekt auf die Baumwollmanufaktur, also auf das amerikanische Rohmaterial, angewiesen; und die hohen Schutzzölle des amerikanischen Nordens, die das Absatzgebiet Eng-

lands empfindlich einengten, waren den Engländern ein Beweis der feindlichen Gesinnung der Nordstaaten.

Abraham Lincolns Charakterbild hat durch solche Anwürfe nicht gelitten. Lincoln hat nur mit dem größten Widerstreben sich in das unausweichlich Gewordene gefügt, dann aber in der furchtbarsten Zeit, die Amerika durchlebte, das Steuer mit einer Klugheit und unbeirrbaren Sicherheit geführt, die ihm die fast ehrfürchtige Bewunderung der Mit- und Nachwelt eintrug. Sein Lebenslauf — er kam aus den denkbar dürftigsten, aus bettelhaft ärmlichen Verhältnissen, war in seinen jungen Jahren Farmarbeiter, Flößer, Krämer — war selbst in Amerika geeignet, Staunen hervorzurufen, in einem Lande, wo Jackson vor und Johnson nach Lincoln, aus ganz kleinen Verhältnissen hervorgegangen, Präsidenten wurden. „Die eigentümliche Verschmelzung der Eigenschaften und Kräfte seiner Persönlichkeit," sagt Karl Schurz von Lincoln, „das Gemisch von Erhabenem und Alltäglichem, von idealer Gesinnung und derbem Wesen machte ihn zu einer hervorragenden und fesselnden Persönlichkeit, verlieh ihm eine eigentümliche Macht über die Geister und Herzen seiner Landsleute und befähigte ihn, in der schwersten Krisis, die im amerikanischen Leben je entstanden ist, ihr größter Führer zu sein." Und an anderer Stelle: „In seinem Herzen war er der beste Freund des besiegten Südens, und doch wurde er ermordet, weil ein wahnwitziger Fanatiker ihn für den Todfeind des Südens hielt.

Während er am Ruder war, wurde er von der Parteien wildem Haß umtobt, geschmäht und verleumdet; aber um seine Bahre scharten sich Freunde und Feinde und priesen ihn, wie sie seither nie aufgehört haben, ihn zu preisen als einen der größten Bürger Amerikas und einen der edelsten Menschen."

Die Zeit seit Lincoln ist an führenden amerikanischen Persönlichkeiten, die auf den Ehrentitel „Staatsmann" Anspruch erheben können, ziemlich unergiebig. Wenigstens nach der europäischen Auffassung von den Eigenschaften, Gedanken und Leistungen, die den Staatsmann kennzeichnen. In den letzten fünf Jahrzehnten haben nur wenige Amerikaner diesem Standard entsprochen, und von diesen wenigen war einer ein Deutsch-Amerikaner: der eben genannte Karl Schurz. Als Gesandter in Spanien, als Bundessenator, als Minister des Innern, als politischer Schriftsteller hat dieser Achtundvierziger* dem deutschen Namen in Amerika Achtung verschafft. Unvergessen ist die Anklage, die er 1872 in Gemeinschaft mit dem Senator Sumner gegen das amerikanische Kriegsministerium wegen des schamlosen Waffenschachers erhob, den nicht nur amerikanische Firmen, sondern, wie schon früher erwähnt, auch Regierungsbeamte im Kriege 1870/71 mit der französischen Heeresleitung ge-

* Von den vielen Deutschen, die nach den Stürmen von 1848 in Amerika zu Ansehen gelangt sind, seien hier nur Friedrich Hecker, Lorenz Brentano, Oswald Ottendorfer, Hermann Raster, Kaspar Butz und die Bürgerkriegs-Generale Blenker, Weber, Willy, Osterhaus und Sigel genannt. Auch Schurz ist im Bürgerkriege Generalmajor gewesen. Schon vor 1848 ist Franz Lieber infolge der Demagogenverfolgungen nach Amerika gegangen und im dortigen Geistesleben zu hoher Bedeutung gelangt

trieben hatten; in den amerikanischen Regierungsarsenalen war Tag und Nacht gearbeitet worden, um den Bedarf an französischen Patronen zu decken. Die schließliche Freisprechung des Kriegsministeriums war ein schwerer moralischer Schlag für die Regierung des Generals Grant, die ohnehin den schlechtesten und korruptesten in der Geschichte Amerikas beizuzählen ist.

Wenn man noch des Präsidenten Grover Cleveland, der mannhaft für Zivildienstreform und gegen das Beutesystem eintrat, und des Staatssekretärs James G. Blaine, dem der panamerikanische Gedanke entstammte, gedenkt, so ist die Reihe derjenigen Amerikaner, deren Wuchs über den des „Politikers" hinausragt, so ziemlich erschöpft. Männer wie Theodore Roosevelt, die die Welt mit ihrem Lärm erfüllen, die sich fremde Gedanken und schon in Fluß befindliche Bewegungen fingerfertig aneignen, für die das Höchste und Ernsteste nur vorhanden ist, um für ihren Ehrgeiz zurechtgeknetet und nach Bedarf auf den öffentlichen Markt geworfen zu werden, mögen drüben für groß und bedeutend angesehen werden; in Europa gilt die turbulente Geschäftigkeit und blitzschnelle Wandlungsfähigkeit eines Roosevelt durchaus nicht als das Kennzeichen eines ernst zu nehmenden Staatsmannes.

Die einzige Leistung Roosevelts, die man — von einer gewissen Entfernung aus gesehen — als vollwertig auffassen konnte, war sein heftiger Kampf gegen die Trusts 1908. Aber fürs erste

hatte Roosevelt noch wenige Jahre zuvor ganz anders über die Trusts gedacht: er hatte den Kongreß davor gewarnt, den Zolltarif zur Strafe gegen die Trusts aufzuheben, weil diese Maßregel nur die schwächeren Unternehmer vernichten würde; denn damals hielt er die Milliardentrusts noch für ein Wahrzeichen der blendenden wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Sein Zornausbruch von 1908 war nichts als ein wahltaktisches Manöver; er stand vor dem Ablauf seines zweiten Präsidentschaftstermines und brauchte, um sich (gegen alle amerikanische Tradition) für einen dritten zu empfehlen, eines ganz besonders starken Beschwörungsmittels. Daß er schließlich den Gedanken an einen dritten Termin damals unter dem Druck der öffentlichen Meinung dennoch aufgab, ist nicht sein Verdienst. Man erinnerte ihn an sein wiederholt gegebenes Versprechen, sich nicht um einen dritten Termin zu bewerben; und man erinnerte ihn, was ihm noch schlimmer war, an die Tatsache, daß er seinen Wahlsieg 1904 hauptsächlich den reichlichen Kampagnebeiträgen der Trusts, namentlich Harrimans, zu verdanken hatte.

Über die staatsmännische Qualifikation der gegenwärtigen Machthaber in Amerika — wir sind im Herbst 1916 — wird die Geschichte zu urteilen haben.

Der ausländische Dienst der Vereinigten Staaten krankt an zwei wunden Punkten. Der eine ist die unzulängliche Bezahlung der amerikanischen Vertreter im Auslande. Sie schränkt die Zahl der

Amerikaner, die für die kostspielige diplomatische Vertretung überhaupt in Betracht kommen, von vornherein erheblich ein und zwingt die Washingtoner Regierung sehr häufig, statt die besten, die reichsten Männer ins Ausland zu schicken. Der zweite Nachteil ist der Mangel an einem geschulten diplomatischen Korps. Tatsache ist, daß amerikanische Gesandte und Botschafter häufig die diplomatische Routine weit weniger beherrschen als ihre europäischen Kollegen, und daraus mag sich in vielen Fällen eine Schädigung amerikanischer Interessen ergeben haben. Tatsache ist auch, daß schon seit einer Reihe von Jahren in amerikanischen Zeitschriften die Frage erörtert wird, ob die Gründung einer Hochschule zur Vorbereitung für den diplomatischen Dienst empfehlenswert sei. Mit dem Erstarken der imperialistischen Strömung in den Vereinigten Staaten mehrten sich die Stimmen, die im Hinblick auf den regen internationalen Verkehr zwischen Amerika und den Auslandsmächten auf die Notwendigkeit einer beruflichen Schulung der amerikanischen Diplomatie nach europäischem Muster hinwiesen. In der „North American Review" wurde vor mehreren Jahren die Gründung einer „National School of Diplomats" nach dem Vorbilde der Pariser „Ecole libre des sciences politiques" angeregt; der Vorschlag begegnete lebhaftem Widerspruche.

Die Mängel, die dem diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten lange Zeit anhafteten und sich noch heute fühlbar machen, sind durch

Fachschulen nicht zu beseitigen. Auch in diesem Punkte liegen die Wurzeln des Übels tief im politischen Organismus, in dem das ganze nationale Leben der Amerikaner durchdringenden Parteiwesen mit seinem schlimmsten Auswuchs, dem Beuteprinzip. Bei der Auswahl der Männer, die von der Unionsregierung an die europäischen Höfe entsandt werden, ist in den meisten Fällen nicht die besondere Eignung für diplomatische Posten maßgebend, sondern lediglich die Rolle, die sie im Betriebe des innerpolitischen Lebens spielen. Nun sind die amerikanischen Berufspolitiker, die berüchtigten „party bosses“ und ihre „heelers and henchmen“, bis auf einen kleinen Prozentsatz unkultivierte, mitunter sogar recht rohe Leute; und wenn, was jetzt allerdings seltener vorkommt als früher, ein solcher party boss als Belohnung für die seiner Partei geleisteten Dienste als Gesandter in eine europäische Kapitale geschickt wurde, so gab es dort natürlich Spott und Hohn die Fülle. Mitunter ließ die Washingtoner Regierung es auch in anderer Hinsicht an dem erforderlichen Judizium fehlen, so z. B. wenn sie (1861) den Kongreßabgeordneten Anson Burlingame an den Wiener Hof schickte — einen allerdings tüchtigen Mann, der aber wegen seiner flammenden Kongreßreden gegen Österreich und zugunsten der Unabhängigkeit Ungarns in der Hofburg im höchsten Grade verhaßt war.

Die einigermaßen fremdartigen Figuren, die man manchmal als amerikanische Gesandte an

europäischen Höfen sah, haben der Welt eine Zeitlang unzutreffende Begriffe von amerikanischer Kultur und Tüchtigkeit beigebracht. Es waren aber auch wirklich einzelne komische Gestalten darunter. Der eine glaubte, an den prachtstrotzenden Höfen Europas demonstrativ die republikanische Einfachheit und Schlichtheit hervorkehren zu müssen, und erschien deshalb vor dem Staatsoberhaupt in schlechtsitzendem Gesellschaftsanzuge; der andere wollte im Gegensatz dazu seine Anpassungsfähigkeit an europäische Gebräuche dartun, indem er in einer goldüberladenen, unmöglichen Phantasieuniform herumstolzierte. Die amerikanische Witzpresse bemächtigte sich dieser Typen in der an ihr bekannten grotesken Weise. Die „cartoonists“ des „Puck“ und des „Judge“ überboten einander in unbarmherzigen Zerrbildern des armen kleinen Generals Runyon, der in den neunziger Jahren als amerikanischer Gesandter die Berliner Hofgesellschaft durch seine in allen Farben schillernde Milizgeneralsuniform ergötzte. Als Pendant hierzu erschien in den Witzblättern eine Zeitlang der Typus des „urwüchsigen“ amerikanischen Gesandten, der seine Antrittsvisite bei der jeweiligen Majestät in Hemdsärmeln, offener Weste, mit einem herabhängenden Hosenträger, die geflickten Beinkleider in den Stulpenstiefeln steckend, mit verwildertem Bart und Haar macht. Vor zwanzig Jahren machte die kleine satirische Erzählung von dem amerikanischen Gesandten, der vor dem Deutschen Kaiser mit einem merkwürdigen Orden von sechs Zoll

Durchmesser erschienen sei, die Runde durch die amerikanische Presse. Der Kaiser, der einen derartigen Orden noch nie gesehen, habe den Gesandten gefragt, wo er die Dekoration erhalten habe; darauf habe der Amerikaner stolz geantwortet: „That's of my own invention." (Den habe ich selbst erfunden.)

Das alles ist natürlich faustdicke Übertreibung im Exzentrikgenre. Tatsache ist nur, daß, wie schon gesagt, das System der Auswahl der Gesandten nach dem Beuteprinzip, verbunden mit der amerikanischen Unkenntnis europäischer Gebräuche, nicht selten zur Entsendung unfähiger und weniger gebildeter Parteibosse führte, die in den heimischen Bier- und Whiskykneipen, den „saloons", sich mehr am Platze und behaglicher fühlten als in den europäischen Salons. Es ist ein wahres Wunder, daß diese „Diplomaten" ihr Land nicht in blutige Kriege gestürzt haben, denn ohne grobe Verstöße gegen internationale Sitte und Anstand ist es bei ihnen sicherlich nicht abgegangen. Vermutlich haben die europäischen Kabinette solche Verstöße, die von dieser Seite kamen, nicht allzu tragisch genommen.

Der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Nicholas O'Conor, sagte mir vor zehn Jahren, es habe eine Zeit gegeben, wo man in den europäischen Hauptstädten die amerikanischen Gesandten von vornherein als Amateure betrachtete und ihnen daher viel Geduld und Nachsicht entgegenbrachte. Man wußte, daß ihre „home interests", ihre poli-

tischen und sonstigen Geschäfte in der Heimat, ihnen weit wichtiger waren als der ganze diplomatische Krempel, in dem sie sich nicht zurechtfinden konnten, und daß viele von ihnen sich um eine Auslandsmission nur darum beworben hatten, weil ihre eitlen Frauen sie dazu drängten. Den „Diplomaten" im Auslande entsprachen die „Staatsmänner" in Washington vom Schlage der Chandler und Frye, Jingotypen von rührender Einfalt in internationalen Dingen. So sagte einmal Frye im amerikanischen Bundessenat — es war dies drei Jahre vor dem Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges — mit gewinnender Geradheit: „Wenn ich Präsident wäre, so würde ich Kuba mit den Waffen in der Hand annektieren, denn wir wollen die Insel schon lange haben." Simply because we want it. Wer wird sich auch mit den Schikanen und dem langweiligen Paragraphenkram des Völkerrechts lange abgeben? We want it, and that settles it. Gibt es eine einfachere Formel?

Dieser amerikanische Diplomatentyp ist vielleicht noch nicht ganz ausgestorben, aber er ist sicherlich im Aussterben begriffen. Eine neue, moderne Gattung, mit größerer Bildung und Kenntnis europäischen Wesens, verdrängt allmählich die „Amateure" von früher. Mit dem steigenden Verkehr zwischen Europa und Amerika, mit der zunehmenden Zahl der Amerikaner, die Europa bereisen und in Europa studieren, sowie anderseits der Europäer, die das große Land jenseits des Atlantic aus eigener Anschauung kennenlernen, ist auch das gegenseitige

Verständnis für die Anschauungen, Sitten und Traditionen des anderen gewachsen. So ist es denn von selbst gekommen, daß die Amerikaner — namentlich seit ihrer stärkeren aktiven Beteiligung an der Weltpolitik — anfingen, die Notwendigkeit einer leistungsfähigen diplomatischen Vertretung zu begreifen; und ebenso konnten die Europäer die Wahrnehmung machen, daß in den Amerikanern brauchbares Material für bessere Diplomaten steckt.

Unter dem Präsidenten Wilson hat sich die Qualität des diplomatischen Personals allerdings wieder merklich verschlechtert. Wilson hat in einigen Fällen wieder auf den „cheap politician" zurückgegriffen; aber selbst Männer wie Page und Williams, die er den gebildetsten Kreisen entnahm, haben als Diplomaten einen erstaunlichen Mangel an Takt und barstem politischen Verständnisse an den Tag gelegt.

W. H. Page, der amerikanische Botschafter in London, ein intimer Freund Wilsons, äußerte sich 1914 und 1915, Amerika sei in Wahrheit ein angelsächsisches Land, und die Angelsachsen müßten die Welt regieren. Er gibt sich ganz offen als ein begeisterter Verehrer Englands. 1914 verstieg er sich zu dem bezeichnenden Ausspruche: „Alles in allem werden die Vereinigten Staaten von Amerika von England beherrscht und geführt."

Und G. F. Williams, ein Mann von umfangreichem Wissen, fiel, kaum auf einen diplomatischen Posten gestellt (er wurde von Wilson zum Gesandten in Athen ernannt), im Nu auf das Niveau

der früheren amerikanischen Hemdärmel-Diplomaten. Er macht im Frühjahr 1914 eine Studienreise durch den Balkan, wirft sich mitten in einer gärenden Zeit zum Schiedsrichter der epirotischen und albanischen Frage auf und schlägt, da er von allen Seiten schroff zurückgewiesen wird, einen richtigen Hausknechtston an. In aller Öffentlichkeit. Beschimpft den Fürsten und die Regierung von Albanien, die Internationale Kontrollkommission, die Gendarmerie-Offiziere, Christen und Mohammedaner. Nicht etwa in einem Geheimbericht an seine Regierung, sondern, wie gesagt, in aller Öffentlichkeit, in der Athener Presse. Schon sein Auftreten in Epirus und in Durazzo entfernt sich weit von allem diplomatischen Herkommen, von aller diplomatischen Berechtigung. Er führt auf eigene Faust eine „Untersuchung", beherrscht sofort, wie er den Athener Journalisten erklärte, die Situation und „stellt sich der Internationalen Kontrollkommission zur Verfügung" mit dem Bemerken, „er sei sich genau bewußt, daß die von ihm ermittelten Tatsachen für die Kommission von der größten Wichtigkeit seien". Die Mitglieder der Kommission lehnen es selbstverständlich ab, Herrn Williams zu empfangen. Wie und wo dieser eigenartige Diplomat seine Informationen gesammelt hatte, ist nicht ganz klar. Man weiß nur, daß er auf Grund dieser Information den Athener Blättern erklärt hat, die unschuldige (harmless) albanische Nation werde kalten Blutes hingemordet, die sogenannte alba-

nische Regierung sei in Wirklichkeit eine Anarchie, eine „Farce zum Schreien" (a screaming farce), die man „vor einem leidenden und blutenden Volk aufführt"; der Fürst habe keine anderen Untertanen als seine Frau und seine Kinder; seine Tätigkeit habe lediglich darin bestanden, die verschiedenen religiösen und Rassenelemente des Landes zu veranlassen (!), daß sie in mörderischer Absicht übereinander herfallen. „Der Prinz zu Wied", sagte Williams, „hat in Albanien nicht mehr Recht als ich, und das Blut der Ermordeten fällt auf sein Haupt!" In diesem Ton ging es spaltenlang weiter . . .

Recht eigenartig war zuweilen auch das Verhältnis zwischen amerikanischen Diplomaten und den Präsidenten. Es kam mehr als einmal vor, daß Intrigen, die ihren Ursprung in innerpolitischen Eifersüchteleien hatten, die Abberufung eines amerikanischen Gesandten herbeiführten oder ihn zu vorzeitiger Demission veranlaßten.

Der bekannteste Fall ist der des Historikers John Lothrop Motley, dem dies zweimal widerfuhr. Das erste Mal, als er Gesandter in Wien war (1861 bis 1867). Der Präsident Andrew Johnson, ein taktloser und ungeschliffener Mann, der jeden feingebildeten Menschen instinktiv haßte, ergriff einen geradezu unglaublichen Anlaß, um dem bedeutenden Geschichtschreiber eine Demütigung zuzufügen. Er erhielt im Oktober 1866 aus Paris einen Brief, der angeblich von einem gewissen McCrackin geschrieben war, und in welchem Motley gröblich an-

gegriffen wurde. Ohne sich auch nur von der Identität dieses McCrackin zu überzeugen, übergab Johnson den Brief dem Staatssekretär Seward und ließ deutlich durchblicken, daß ihm eine Maßregelung Motleys erwünscht wäre. Seward ging bedauerlicherweise auf dieses Ansinnen ein und wollte den Gesandten wegen der ihm von Mc Crackin angedichteten Ungehörigkeiten (Motley sollte öffentlich auf den Präsidenten Johnson geschimpft haben) zur Rechenschaft ziehen. Der Gesandte kam der ihm drohenden Abberufung durch freiwillige Demission zuvor. Im Frühjahr 1869 wurde Motley vom Präsidenten Grant nach London geschickt, aber schon im Dezember 1870 wieder abberufen. Als Grund für diese nochmalige Maßregelung wurde offiziell angegeben, Motley habe die Instruktionen des Staatssekretärs Fish in bezug auf die Alabama-Angelegenheit nicht genau ausgeführt; in Wirklichkeit wollte Grant durch die Abberufung Motleys Rache an dem Staatsmanne Sumner nehmen, dem Gönner und Freunde Motleys, da Sumner (wie auch Karl Schurz) dem Plane des Präsidenten, Santo Domingo zu annektieren, lebhaften Widerstand entgegensetzte. Wie zum Hohne ernannte Grant als Nachfolger Motleys einen gewissen Robert C. Schenk (einen Amerikaner holländischer Abkunft), dessen nationale Verdienste in der Abfassung eines Lehrbuches über Pokerspiel bestanden. Und dieser Schenk mußte, wie schon früher erwähnt, wegen Beteiligung an einer anrüchigen Gründergesellschaft abberufen werden.

Motley war seit seinen Jugendjahren ein Intimus Bismarcks, den er 1832 in Göttingen kennengelernt hatte. Als der Historiker George Bancroft, der die Vereinigten Staaten von 1867 bis 1874 in Berlin vertrat, im September 1869 — gleichfalls infolge einer Intrige — abberufen werden sollte, bat Bismarck seinen Freund Motley in einem aus Varzin datierten Briefe, er möge seinen Einfluß aufbieten, damit Bancroft in Berlin belassen werde. Auch Bancroft gehörte zu Bismarcks Freundeskreise.

Ein anderer peinlicher Zwischenfall trug sich 1869 zu, als John P. Hale Gesandter in Madrid war. Hale wurde von dem Gesandtschaftssekretär Perry beschuldigt, das Gesandtschaftsprivileg der zollfreien Einfuhr von Gebrauchsgegenständen mißbraucht und Waren, die ihm unter diesem Privileg zugeschickt wurden, zu seinem Vorteile verkauft zu haben. In Wirklichkeit war Hale einem skrupellosen Kommissionshändler, dessen Perry sich zu einer Intrige gegen seinen Chef bediente, zum Opfer gefallen. Auch Hale entging der Abberufung nur durch rechtzeitigen Rücktritt.

Andererseits wurden freilich, wenn die Republik ein wenig mit ihren großen Bürgern kokettieren wollte, die Parteiunterschiede aufgehoben und bedeutende Männer auch aus dem gegnerischen Lager ins Ausland geschickt. Der Name Franklins, des ersten amerikanischen Gesandten, ist aller Welt geläufig. Mit Franklin und den späteren Präsidenten Jefferson und Adams schloß Friedrich der Große

den denkwürdigen Freundschaftsvertrag, durch den er als der erste Monarch des europäischen Festlandes die eben aus der Taufe gehobene amerikanische Republik anerkannte. Henry Wheaton, der größte aller amerikanischen Völkerrechtslehrer, war 1835—1845 Gesandter in Berlin und hat in dieser Eigenschaft u. a. den Vertrag mit dem hannover-oldenburg-braunschweigischen Steuerverein abgeschlossen. Wheaton war übrigens der erste regelmäßige diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin; John Quincy Adams, der später der sechste Präsident der Vereinigten Staaten wurde, war 1799 als Spezialbotschafter zu Berlin ernannt worden, allein die Mission trug bloß einen vorübergehenden Charakter und erlosch mit dem Abschluß des zweiten Freundschaftsvertrages von 1799.

James Buchanan, der fünfzehnte Präsident, war in den fünfziger Jahren Gesandter in London; einer seiner Nachfolger war Charles Francis Adams, der Sohn des sechsten Präsidenten, einer der begabtesten Diplomaten der neuen Welt, ein Mann von seltener Energie und Klugheit. Motley hat, wie schon erwähnt, die Union in Wien und London vertreten; Bayard Taylor, der berühmte Dichter und Publizist, ist 1878 als Gesandter in Berlin gestorben. George Bancroft hat durch seine Tätigkeit als Diplomat die Entwicklung des positiven Völkerrechts mächtig gefördert; seine Naturalisationsverträge mit dem Norddeutschen Bunde und anderen deutschen Staaten wurden von der englischen Regierung als Grundlage ihrer Verträge

mit Amerika akzeptiert. Simon Cameron, Kriegsminister unter Lincoln, „der Zar von Pennsylvania", hat als Gesandter in St. Petersburg seinem Lande in der überaus kritischen Zeit des Bürgerkriegs die Freundschaft Rußlands gesichert. Hannibal Hamlin, zur selben Zeit Vizepräsident der Vereinigten Staaten, ein Freund und Vertrauter Lincolns, der Hamlins außergewöhnliche Klugheit hochschätzte, war Gesandter in Spanien, ebenso Caleb Cushing, ein hervorragender Jurist, einer der besten Attorney Generals (Justizminister) der Vereinigten Staaten. James Russel Lowell, Gesandter in Madrid und London, gehört als Dichter und feinsinniger Essayist der Weltliteratur an; John Hay, 1879—1881 Gesandter in London, einer der vornehmsten Publizisten des neuen Weltteils, wurde später Staatssekretär (Minister des Auswärtigen), als welcher er sich ganz hervorragende Verdienste erwarb; er ist vor zehn Jahren als Staatssekretär gestorben, nachdem er in Bad Nauheim vergeblich auf Heilung seines Herzleidens gehofft hatte. Wie Bayard Taylor, George Bancroft, J. M. Motley, Andrew D. White und verschiedene andere war auch John Hay ein aufrichtiger Verehrer deutschen Geisteslebens. Reverdy Johnson, einer der wenigen amerikanischen Politiker, die ihr Denken und Handeln nicht in Parteifesseln schlagen ließen, hat als Gesandter in London den Alabama-Vertrag abgeschlossen. Johnson, Attorney General im Kabinett des Präsidenten Taylor, war ein hervorragender, staatsmännisch denkender Politiker. J. A. Kasson,

Gesandter in Wien und Berlin, war Autorität auf verschiedenen volkswirtschaftlichen Gebieten, so auf dem des Post-, Eisenbahn- und Tarifwesens. Alphonso Taft, unter Grant erst Kriegs-, dann Justizminister, war Gesandter in Wien und St. Petersburg. Levi P. Morton, Anfang der neunziger Jahre Vizepräsident der Vereinigten Staaten, war früher Gesandter in Paris.

Einem Vorgänger Mortons, dem großherzigen und tapfern Elihu Benjamin Washburne, ist Deutschland zu großem Danke verpflichtet. Washburne hatte, schon ehe er als Gesandter nach Paris ging, im politischen Leben seines Vaterlandes eine ehrenvolle Rolle gespielt. Im Kongreß, dem er sechzehn Jahre hindurch angehörte, war er, „der Vater des Hauses", überaus angesehen, 1869 war er kurze Zeit Staatssekretär unter Grant. Als Gesandter in Paris übernahm er nach der Abberufung des deutschen Gesandten den Schutz der Deutschen während der Belagerung und des Kommune-Aufstandes und führte ihn unter großen Schwierigkeiten und Gefahren durch. Die hohe Achtung, deren er sich auch bei der französischen Regierung erfreute, war ihm bei dieser humanen Mission behilflich, denn die Pariser Behörden kamen ihm, so weit es nur ging, willig entgegen. Den ihm vom Kaiser Wilhelm angebotenen Roten Adlerorden lehnte er ab, dagegen nahm er die lebensgroßen Porträte an, die der Kaiser und Bismarck ihm übersandten. Auch Thiers und Gambetta ehrten seine Verdienste durch Überreichung

ihrer Bilder. Whitelaw Reid, einer der bedeutendsten amerikanischen Journalisten und Politiker, 1892 Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Vereinigten Staaten, war Botschafter in Paris und in London; den ihm vor vierzig Jahren vom Präsidenten Hayes angebotenen Berliner Posten lehnte er ab. Amerikanische Gesandte, die ihrem Lande später als Kabinettsminister dienten, waren J. W. Foster (1892 Staatssekretär; ein hervorragender Kenner des Völkerrechts, den 1895 der Kaiser von China bat, den Frieden mit Japan zu vermitteln), E. A. Hitchcock und E. C. Smith, beide Minister unter McKinley, und Oskar Straus, unter Roosevelt Handelsminister, der zweimal Gesandter in Konstantinopel war und erhebliches Geschick und großen Takt an den Tag gelegt hat.

Dies wären in bunter Reihe die hervorragendsten Männer, die von der Nordamerikanischen Union als diplomatische Vertreter ins Ausland geschickt wurden. Bedenkt man, daß die diplomatische Geschichte der Vereinigten Staaten nicht viel über hundert Jahre alt ist, so wird man zugeben, daß dies für einen so kurzen Zeitraum eine ganz ansehnliche Liste ist. Wieviel ausgemachte Nullen hat dagegen das britische Gesandtschaftspalais in Washington in diesen hundertundfünfundzwanzig Jahren beherbergt! Auch die Franzosen haben eigentlich nur einen einzigen Mann von internationaler Bedeutung nach Amerika geschickt, den unglücklichen Prévost-Paradol, der seinen glühenden Patriotismus mit dem Leben bezahlte; er jagte sich

im Juli 1870 in Washington eine Kugel durch den Kopf, als er von dem Ausbruch des Krieges mit Deutschland Kunde erhielt, denn er sah das Unglück seines Vaterlandes deutlich voraus.

Im allgemeinen läßt sich von den europäischen Regierungen sagen, daß sie zu häufig den Fehler begingen, nach Amerika Männer zu entsenden, die für ihr Amt wenig mehr mitbrachten als Geld und eine nach europäischen Begriffen große soziale Stellung. Beides zählt aber in den maßgebenden Kreisen der Vereinigten Staaten sehr wenig. Der Mann, der den Amerikanern durch Aufwand und Luxus imponieren könnte, existiert in Europa nicht; kein Europäer kann in diesem Punkt mit den Amerikanern erfolgreich konkurrieren. Der Respekt vor dem Adel ist drüben, soweit er überhaupt vorhanden war, ganz bedeutend gesunken, seitdem ein Teil der europäischen Aristokratie so unverhüllt, fast geschäftsmäßig, die Jagd auf reiche Amerikanerinnen betreibt.

Eine andere Gruppe europäischer Diplomaten verfällt in den Fehler, ihren Verkehr hauptsächlich auf den Präsidenten, den Staatssekretär und einige andere hohe Funktionäre zu beschränken. Nun sind in allen wichtigen Fragen der Politik drüben keineswegs der Präsident und sein Kabinett allein ausschlaggebend. Die entscheidende Rolle bei allen Fragen von größerer Bedeutung, also z. B. beim Abschlusse von Verträgen, bei der Festsetzung von Einfuhrzöllen und bei allen Angelegenheiten, die ins Ausland hinübergreifen, spielen vielmehr die

Parteiführer in beiden Häusern des Kongresses und in letzter Linie die Ausschüsse (committees) des Senats und des Repräsentantenhauses, in deren Schoße das Schicksal aller Gesetzvorlagen entschieden wird. Die Mitglieder dieser Ausschüsse sind gewiegte und erfahrene Politiker, berechnende Männer der Praxis mit unheimlich scharfem Blick und bis zur Schroffheit gesteigerter Rücksichtslosigkeit.

Diese Männer, die sich durch Titel, Orden und Adelsprädikate nicht blenden lassen, bestimmen nicht nur die Richtung der auswärtigen Politik, sondern es liegt auch in ihrer Macht, das ganze Volk für oder gegen eine fremde Regierung und deren Forderungen zu beeinflussen. Durch Feste und Bankette, durch Glanz und Prunk sind diese Männer nicht zu gewinnen, denn sie sind entweder selbst sehr reich oder durchaus anspruchslos. Wer etwas durch sie erreichen will, der muß ihnen durch Geschicklichkeit, Lebenserfahrung, Weltkenntnis und Klugheit Achtung abringen. Durch geschickten Verkehr mit einflußreichen Senatoren und Repräsentanten wird der kluge europäische Diplomat erreichen, daß für die Vorschläge seiner Regierung schon eine sichere Majorität in den Ausschüssen gewonnen ist, wenn er sie dem „Staatsdepartment" (Auswärtigen Amt) oder dem Präsidenten vorlegt. Die Ausschüsse, der Kongreß, das sind die ausschlaggebenden Faktoren.

Ein englisches Kabinett konnte einen militärischen Vertrag mit Japan abschließen, ohne seinen Inhalt

gleichzeitig der Nation mitzuteilen. Selbst das republikanische Frankreich konnte einen Bündnisvertrag mit Rußland eingehen und seine Bestimmungen und Tragweite geheimhalten. In Amerika muß jeder Vertrag von dem Oberhause des Kongresses, dem Senat, genehmigt und nach der endgültigen Annahme veröffentlicht werden. Hätte die europäische Diplomatie z. B. vor vier Jahren sich über die Stimmung des Senats in der Frage der Schiedsgerichte rechtzeitig unterrichtet, so hätte sie sich die peinliche Unannehmlichkeit erspart, diese Verträge durch den Senat abgelehnt zu sehen. Es wird von europäischen Diplomaten auch zu oft übersehen, daß zwischen dem Staatsdepartement und dem Kongreß häufig recht schlechte Beziehungen herrschen, und daß es daher nicht genügt, lediglich mit einer dieser beiden Stellen gute Beziehungen zu unterhalten. Das Endergebnis solcher Verkennung der maßgebenden Einflüsse ist in vielen Fällen ein verringertes Ansehen des europäischen Diplomaten und des Landes, das er vertritt, und auf der anderen Seite eine unzutreffende Berichterstattung des Diplomaten an seine Regierung über die Stimmungen und Strömungen in Amerika. Wir wissen ein Lied davon zu singen.

Von Monroe bis Wilson

Unter den von maßgebenden Amerikanern geschriebenen Werken über amerikanische Auslandspolitik ist das Buch des Harvard-Professors A. C. Coolidge (eines Nachkommen Thomas Jeffersons) „The United States as a World Power", das auch ins Deutsche übersetzt worden ist, das in Deutschland bekannteste. Es hat bei uns viel zur Urteilsbildung über diesen wichtigen Gegenstand beigetragen. Professor Coolidge erzählt:

„Im Anfang des Jahres 1900 bemerkte einer der Botschafter in Washington, daß er, obgleich erst seit kurzem in Amerika, doch zwei gänzlich verschiedene Länder kennengelernt habe, nämlich die Vereinigten Staaten vor und nach dem Spanisch-Amerikanischen Kriege. Dieses Wort sollte nur die heute allgemein anerkannte Tatsache betonen, daß der Krieg von 1898 einen Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte bezeichnet." Und einige Zeilen später erklärt Professor Coolidge abermals, daß man das Jahr 1898 mit Recht als den Anfang eines neuen Abschnittes in der Geschichte des Landes (Amerikas) bezeichnen könne. Aus diesen Stellen und aus dem Geist seiner ganzen Darstellung ist zu entnehmen, daß der verdienstvolle amerikanische Historiker, gleich so vielen seiner Vorgänger und

Nachfolger, den Beginn der amerikanischen Ausdehnungsbestrebungen von dem Spanisch-Amerikanischen Kriege datiert.

Diese weitverbreitete Darstellung kann gerade in den jetzigen Zeitläuften nicht unwidersprochen hingenommen werden. Sie ist geeignet, unzutreffende Auffassungen über die Stellung der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik, über ihr geschichtliches Verhältnis zu den anderen Mächten zu erzeugen. Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden heute einen so wichtigen Faktor in der Weltpolitik, daß eine genaue Kenntnis ihrer politischen Geschichte, eine richtige Abschätzung der treibenden Kräfte ihrer Politik eine unabweisbare Notwendigkeit geworden ist. Man kommt sonst zu einem ganz falschen Bilde von den Wünschen und Zielen eines großen Landes, das, wie der jetzige Krieg lehrt, sogar als neutrale Macht einen solch erheblichen Einfluß auf die Kräfteverteilung der Alten Welt ausübt. Wäre eine solche Machtstellung denkbar bei einem Volke, das, wie mit Professor Coolidge so viele Amerikaner behaupten, erst vor achtzehn Jahren angefangen hat, sich an der Weltpolitik zu beteiligen? Das kann nicht stimmen, und es stimmt auch nicht. Die Wahrheit ist, daß dieser Imperialismus seit 1898 offen in die Erscheinung getreten ist, daß der Spanisch-Amerikanische Krieg nur einer schon seit langem vorhandenen Strömung einen neuen, mächtigen Aufschwung und dasjenige Maß von Popularität verliehen hat, welches in der Nordamerikanischen

Union unerläßlich ist, wenn eine Bewegung sich in Taten umsetzen soll.

Die imperialistischen Erweiterungsbestrebungen in den Vereinigten Staaten sind in Wirklichkeit schon nahezu hundert Jahre alt. In Europa hat man von ihnen wenig oder gar keine Notiz genommen, weil Europa sich bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit wenig um Amerika gekümmert hat. Was an diesem amerikanischen Imperialismus ganz besonders beachtenswert erscheint, ist der Umstand, daß ihm seit jeher ein fest umrissenes Programm zugrunde gelegen hat im Gegensatz zu den Weltmachtplänen der meisten europäischen Staaten, denen bis auf den heutigen Tag eine gewisse Unbestimmtheit und Flüssigkeit eigentümlich ist. Es war ein bedauerlicher Fehler der europäischen Diplomatie, daß sie diese zielbewußten Bestrebungen der Union, absichtlich oder unabsichtlich, übersah. Vor achtzehn Jahren, als diese Bewegung von den grünen Tischen in Washington aus in die Massen überging, wurden den europäischen Regierungen freilich die Augen etwas unsanft geöffnet. Aber auch dann wußte ein großer Teil der europäischen Publizistik der offenkundig gewordenen Tatsache gegenüber keine vernünftigere Stellung einzunehmen, als ihren überlegenen Spott an einer Erscheinung zu üben, die den wichtigsten Problemen der gegenwärtigen und zukünftigen internationalen Politik beizuzählen sein wird.

Es ist bezeichnend, denn es verrät ein schlechtes Gewissen, daß Professor Coolidge — wie auch

andere amerikanische Geschichtschreiber — es für nötig hält, ausdrücklich festzustellen, daß die vielberufene Monroe-Doktrin nicht den Zweck habe, der Ausdehnung der Vereinigten Staaten eine Stütze zu bieten; man dürfe den Wunsch der Amerikaner, sich auszudehnen, nicht auf Rechnung der Monroe-Doktrin setzen. Die Abwehr ist überflüssig, und zwar gerade, weil jene Ausdehnungsbestrebungen schon vor der Proklamation des Präsidenten Monroe (1823) vorhanden waren und in zahlreichen amtlichen wie privaten amerikanischen Kundgebungen ihren unzweideutigen Ausdruck fanden. Es läßt sich an der Hand dokumentarisch belegter Beweise sogar die These aufstellen, daß die Verkündung der Monroe-Doktrin sehr wahrscheinlich den Zweck hatte, unter dem Deckmantel der nationalen Abwehr europäischer Eingriffe in amerikanische Macht- und Besitzverhältnisse den damals in der Union schon vorhandenen Erweiterungstendenzen im geeigneten Augenblick den erforderlichen Vorschub zu leisten. Es läßt sich geradezu behaupten, daß die Monroe-Doktrin aus dem Ausbreitungsbedürfnisse der jungen Republik hervorgegangen ist. Und da diese Doktrin im Jahre 1823 ausgesprochen wurde, so ist die weitere Behauptung zulässig, daß die nordamerikanische Expansionspolitik schon beinahe hundert Jahre alt ist. Im nachfolgenden seien beide Behauptungen näher begründet.

Die Weltmachtsbestrebungen der Vereinigten Staaten weisen, seitdem sie ein offen zutage liegender Faktor der internationalen Politik ge-

worden sind, drei Hauptetappen auf: die Erwerbung Kubas, die Erwerbung Hawais und die Stellungnahme der Union zu Mittelamerika und dem Mittelamerikanischen Kanal. Mindestens eine dieser Etappen reicht unzweifelhaft in die Zeit vor der Verkündigung der Monroe-Doktrin zurück, und auch die beiden anderen wurzeln in ihren Anfängen in einer Zeit, wo die Monroe-Lehre nach außen hin lediglich Abwehrzwecke gegenüber Europa verfolgte.

Schon aus dem Jahre 1819, also vier Jahre vor der Erklärung des Präsidenten James Monroe (von der noch ausführlicher die Rede sein wird), liegen die ersten urkundlichen Beweise dafür vor, daß die Blicke der Vereinigten Staaten auf Kuba gerichtet waren. In jenem Jahre wurde Florida an die Vereinigten Staaten um fünf Millionen Dollars abgetreten, und wenngleich die leitenden amerikanischen Staatsmänner es noch nicht öffentlich aussprachen, so geht aus den Kongreßverhandlungen und geschichtlichen Aufzeichnungen jenes Jahres doch mit aller Deutlichkeit die in der Union allgemein verbreitete Auffassung hervor, daß der Erwerb Floridas notwendigerweise die Erwerbung Kubas im Gefolge haben müsse. Monroes Botschaft stellte 1823 den Grundsatz auf: In die bestehenden Kolonien oder Nebenländer einer europäischen Macht haben wir uns nicht eingemischt und werden es nicht tun. Auch Henry Clay erklärte: „Wir denken nicht daran, die jetzt bestehenden amerikanischen Kolonien irgendeiner europäischen Macht

zu beunruhigen"; aber in dem Monroe-Jahr 1823, am 2. Oktober, sagte Jefferson, als England den Vereinigten Staaten Vorschläge zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Heilige Allianz machte, die der spanischen Regierung zu der Wiedergewinnung ihrer südamerikanischen Kolonien verhelfen wollte: „Wir müssen uns zuerst fragen: Wünschen wir nicht selbst eine der spanischen Provinzen? Ich gestehe offen, daß ich immer auf Kuba als die wünschenswerteste Zugabe zu unserem Staatensystem geblickt habe. Die Beherrschung des Golfes (von Mexiko), der angrenzenden Länder und der Landenge würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens vollmachen." An den Erwerb mexikanischen Gebietes hat Jefferson also schon damals gedacht. Thomas Jefferson mußte mit den Absichten seiner Regierung wohl vertraut sein; er war unter Washington Staatssekretär, d. h. Minister des Auswärtigen, mit John Adams Vizepräsident, dann durch acht Jahre Präsident der Vereinigten Staaten und nach seinem Rücktritt Berater des Präsidenten Monroe; auf Jeffersons Gutachten hin hat Monroe seine berühmte Botschaft erlassen.

Im Jahre 1848 machte Staatssekretär Buchanan der spanischen Regierung ein Angebot von hundert Millionen Dollars für Kuba, wurde aber abgewiesen. Einige Jahre später griff Präsident Pierce den Gedanken wieder auf; er ließ die amerikanischen Gesandten in Madrid, Paris und London zu einer Konferenz zusammentreten, und diese setzten das Ostender Manifest auf: „Wenn aber Spanien, taub gegen

die Stimme seiner eigenen Interessen, sich weigern sollte, Kuba an die Vereinigten Staaten zu verkaufen, so entsteht für die amerikanische Regierung die Frage, welchen Weg sie einschlagen soll. Selbsterhaltung ist das erste Gebot der Natur ... Unsere Vergangenheit verbietet uns, die Insel ohne Zustimmung Spaniens zu erwerben, es sei denn unter dem Zwange jenes Naturgesetzes. Dann aber wären wir nach jeder menschlichen und göttlichen Satzung berechtigt, die Insel den Spaniern zu entreißen." Diese bedeutsamen Züge aus der Vorgeschichte der Erwerbung Kubas beweisen mit hinlänglicher Deutlichkeit, daß der Expansionstrieb in der amerikanischen Nation schon gesteckt hat, als sie noch in den Kinderschuhen einherlief.

Mit der Proklamation Monroes vom 2. Dezember 1823 haben die Vereinigten Staaten eine Art Protektorat über Mittel- und Südamerika ausgesprochen. Damals zählte die Union erst zehn Millionen Einwohner und ihr Gebiet umfaßte weder das heutige Texas noch die Felsengebirgsgegend, noch die Küstenländer des Stillen Ozeans. Als 1895 der englisch-amerikanische Venezuela-Streit akut wurde, stellte England sich auf den Standpunkt: Die Monroe-Doktrin ist lediglich gegen die Heilige Allianz gerichtet gewesen, die den Spaniern zur Wiedereroberung der verlorenen mittel- und südamerikanischen Kolonien verhelfen wollte; die Heilige Allianz ist längst tot; jene Kolonien sind selbständige amerikanische Staaten geworden; folglich hat die Monroe-Doktrin schon lange

jede Daseinsberechtigung verloren. Die amerikanische Regierung war jedoch ganz anderer Meinung. Staatssekretär Olney erklärte dem Premierminister Salisbury kurz und bündig: „We are practically sovereign on this Continent, and our fiat is law!“ („Wir sind de facto souverän auf diesem Kontinent, wo unser Wille Gesetz ist!“) Und England wich vor dieser neuen Auslegung der Monroe-Doktrin zurück und verlieh ihr dadurch seine Anerkennung... Damals wurde man in Europa zum ersten Male stutzig und klagte über „Ausschreitungen der Monroe-Doktrin“. In Wirklichkeit hat Olney, haben die Vereinigten Staaten mit dieser Stellungnahme nur die logische Folge der Monroe-Lehre zum Ausdruck gebracht, weiter nichts. Der Geist, der aus den Worten Olneys hervortritt, ist ganz genau derselbe, der schon die berühmte Botschaft von 1823 durchdringt.

Die panamerikanische Idee, die anscheinend nur einen großen Zollbund unter der Leitung der Nordamerikanischen Union im Auge hat, ist in Wirklichkeit auf die politische und wirtschaftliche Zusammenfassung des ganzen amerikanischen Kontinents und die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten gerichtet. Der Gegensatz zwischen der lateinischen und der angelsächsischen Rasse ist freilich so schroff, daß auf die Verwirklichung dieses Planes nur sehr langsam und vorsichtig hingearbeitet werden kann; aber es wird sehr sicher und sehr zielbewußt darauf hingearbeitet. Fast in allen Staaten Mittel- und Südamerikas haben die Vereinigten Staaten heute

ihre Partei, die für jenen groß angelegten Plan tätig ist. In Mexiko, in Zentral- und Südamerika hat allerdings ein starkes Mißtrauen gegen die nordamerikanischen Vereinigungsabsichten Platz gegriffen, so daß die Arbeit der Nordamerikaner große Behutsamkeit und noch größere Ausdauer erfordert. Jeder Mißgriff kann unberechenbaren Schaden verursachen und die Ausführung der panamerikanischen Idee um Jahrzehnte zurückwerfen. Bis dahin mag auch das andere gewaltige Zukunftsprojekt, an welchem die nordamerikanische Expansionspolitik schon seit Jahrzehnten vorbereitend tätig ist, der Verwirklichung nahegerückt sein: die Vorherrschaft der Union über den Stillen Ozean.

Zu dieser Vorarbeit gehörte schon die Entsendung der Expedition des Admirals Perry nach Japan durch Präsident Fillmore (1853), um gebieterisch an die verschlossenen Pforten Japans zu klopfen und um das ferne Land dem amerikanischen Handel und Verkehr, dem amerikanischen Kultureinflusse zu öffnen. Zu dieser Vorarbeit gehörte ferner der Ankauf Alaskas im Jahre 1867 und später die Anteilnahme an den samoanischen Angelegenheiten. Am greifbarsten sind diese amerikanischen Absichten hervorgetreten in der Erwerbung der Philippinen und der Insel Guam, namentlich aber in der Aufpflanzung des Sternenbanners auf Hawai.

Einer der bedeutendsten Staatsmänner aus der Zeit des großen amerikanischen Bürgerkrieges, W. H. Seward, sprach zuerst das prophetische Wort: am Stillen Ozean werde sich einst die wichtigste

Entwickelungsphase der Menschheit abspielen. Sicher ist, daß alle Politiker in den Vereinigten Staaten schon seit Jahren diese Ansicht teilen. Die Haltung der Unions-Regierung in der Samoa-Frage, die Besiedelung des Territoriums Washington, wo an der vielbuchtigen Küste Port Townsend, Seattle, Takoma, Olympia in raschem Aufblühen begriffen sind, die den Spaniern abgenommenen Gebiete, die dominierende Stellungnahme zu der Frage des Mittelamerikanischen Kanals und andere Maßregeln erhalten erst aus diesem Gesichtspunkt ihre richtige Beleuchtung. Der wichtigste Schritt auf dieses große Ziel zu war jedoch die Einverleibung der Hawaiischen Inseln, deren außerordentlichen maritimen und strategischen Wert die scharfblickenden Amerikaner schon längst erkannt haben.

Lange Zeit haben die Vereinigten Staaten und Japan einen stillen, aber erbitterten Kampf um die Vorherrschaft auf Hawai geführt, einen Kampf, der freilich in Europa so gut wie unbeachtet geblieben ist. Dieser amerikanisch-japanische Wettstreit erscheint rückblickend als ein Vorpostengefecht, welches dem bevorstehenden großen Kampfe zwischen Kaukasiern und Mongolen um den Pacific vorausging. Durch die Angliederung Hawais an die mächtige nordamerikanische Republik wurde dieses Gefecht vorläufig zugunsten der letzteren entschieden.

Die geschichtliche Bedeutung der Annexion Hawais durch die Amerikaner ist in Europa lange nicht begriffen worden und wird auch heute nur von

wenigen richtig ermessen. Dieser Südsee-Archipel hat vor allem eine hervorragende strategische Wichtigkeit; aber auch für den Weltverkehr ist er infolge seiner überaus günstigen geographischen Lage von großer Bedeutung. Ohne Nebenbuhlerschaft thronen diese Inseln über der freien, offenen Seetrift des nördlichen Stillen Ozeans. Sie sind ein Kreuzpunkt der wichtigsten Seestraßen, an welchen sich die Linien von San Francisco nach Yokohama und nach den chinesischen und indischen Gewässern, nach Schanghai, Hongkong und Singapore, ferner von Britisch-Columbia und San Francisco nach den Samoa- und Fidschi-Inseln, nach Neuseeland und Australien scheiden. Je mehr nun der Stille Ozean, der fast ein Drittel der Erdoberfläche bedeckt, aus seiner Vereinsamung herausgerissen und zu einer unermeßlichen Bahn des Weltverkehrs wird, je energischer und nachhaltiger die von seinen Wogen bespülten, bisher gleichsam schlafumfangenen Gestade in den Wettbewerb der Völker eingreifen, desto schärfer muß die Wichtigkeit der Hawaiischen Inselgruppe hervortreten, — dieser scheinbar vereinsamt daliegenden Eilande, welche in Wirklichkeit für die großen Meeresbahnen nach Wladiwostok und Sydney, von Singapore und Canton nach San Francisco von der größten Bedeutung sind. Die nordamerikanische Republik hat vor ihren gefährlichsten Nebenbuhlern in jenen Gebieten einen sehr erheblichen Vorsprung erzielt, als sie Hawai erwarb. Das war einer der größten Erfolge ihrer Weltmachtspolitik.

Angesichts der starken Stellung der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean ist der Mittelamerikanische Kanal berufen, die Pläne der Nordamerikan schen Union mächtig zu fördern. Auch die Vorgeschichte dieses Kanalbaues zeigt, wie früh und wie zielbewußt die Vereinigten Staaten in ihren Expansionsbestrebungen vorgingen. Der Kanal war schon seit 1835 ein Gegenstand der amtlichen Bemühungen der Vereinigten Staaten. Im Jahre 1846 kam ein Vertrag mit Columbia (damals „Neu-Granada") zustande, 1849 ein Vertrag mit Nicaragua, 1850 der berühmte Clayton-Bulwer-Vertrag mit England. Dieser Vertrag bestimmte eine gemeinsame amerikanisch-englische Kontrolle des Kanals, wo immer er ausgeführt werde. Beide Staaten verzichteten auf ausschließliche Vorrechte in den mittelamerikanischen Ländern, verbürgten aber Schutz und Neutralität des Kanals. Auf die höchst spannende Vor- und Nachgeschichte dieses Vertrages, insbesondere die verzweifelten Anstrengungen der amerikanischen Staatssekretäre Blaine und Frelinghuysen, England zum Verzicht auf die einengenden Bestimmungen des Vertrages zu bewegen, kann ich hier nicht eingehen, es würde zu weit führen. Nur die Ausführungen des Präsidenten Hayes gegen den Vertrag und gegen den Lessepsschen Plan seien kurz erwähnt. In seiner Botschaft vom 9. März 1880 sagte Hayes: „Die Politik unseres Landes erstrebt einen Kanal unter rein amerikanischer Kontrolle. Es kann keiner europäischen Macht gestattet werden, sich in die Kanal-

angelegenheit zum Schutz darin angelegten Kapitals einzumischen." Das ging gegen Frankreich. „Verhandlungen zur Abänderung bestehender Verträge sollen eingeleitet werden." Das zielte auf England. Der Kanal soll, so hieß es in der Botschaft weiter, „virtuell" (Staatssekretär Blaine ließ später dieses Wort mit Vorbedacht aus) ein Teil der Küstenlinie der Vereinigten Staaten werden. Und am 19. November 1881 verkündete Blaine: „Unsere Regierung wird sich nicht zur Verewigung eines Vertrages verstehen, der unsere gerechten und lange begründeten Ansprüche auf die Vorherrschaft auf dem amerikanischen Kontinent verkümmert."

Mit der „Vorherrschaft auf dem amerikanischen Festlande" hatte Blaine selbstverständlich nur einen Teil der Ziele und Zwecke enthüllt, welche die Vereinigten Staaten-Regierungen mit dem Mittelamerikanischen Kanal verfolgen. Vielleicht nicht einmal den wichtigeren Teil. Für die Stellung der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean ist das freie Verfügungsrecht über diesen Kanal geradezu eine Lebensfrage. Nun, der Clayton-Bulwer-Vertrag wird ihnen hierin keine Schwierigkeiten mehr bereiten. England hat sich zu einer Zeit, da sein Weltreich an mehreren Stellen gleichzeitig sehr verwundbar schien, nachgiebig gezeigt. Es hat auf den ihm vertragsmäßig zustehenden Anteil an der Kontrolle über den interozeanischen Kanal verzichtet. Vielleicht ist diese Nachgiebigkeit ganz besonderen Erwägungen entsprungen. Man hat zuerst in England, dann auch in den Ländern des europäischen

Kontinents vielfach behauptet, daß die Vereinigten Staaten gerade durch ihre eifrige Expansionsarbeit sehr viel von ihrer Furchtbarkeit und Unverwundbarkeit im Falle eines bewaffneten Konfliktes verlieren, daß „der junge Riese sich seiner Unverwundbarkeit begeben habe", da in Zukunft die Philippinen und Hawai, Porto Rico und Kuba sowie der interozeanische Kanal den Gegnern der Union immer leichte und bequeme Angriffspunkte bieten würden, wenn diese Gegner nur genügend stark zur See sind. In den Vereinigten Staaten teilt man diese Bedenken anscheinend, denn man baut rüstig an einer starken Flotte, man will die dänischen Antillen erwerben und ist im allgemeinen bestrebt, für die erweiterten Grenzen und den Gebietszuwachs die nötigen Schutzmaßregeln zu treffen. Auf keinen Fall will die Union sich von den Ereignissen überraschen lassen.

Wie wenig der Regierung der Vereinigten Staaten und dem größeren Teile seines Volkes vor einer allzu großen Macht- und Gebietserweiterung bange ist, geht schon daraus hervor, daß die auf die Angliederung Kanadas abzielende Bewegung, die schon vor Jahrzehnten eingesetzt hat, unter der Oberfläche fortdauert. Noch liegt dieses Ziel in sehr weiter Ferne, noch ist weder bei den englischen noch bei den französischen Kanadiern die Neigung zu verspüren, sich von der mächtigen Union aufsaugen zu lassen. Aber sowohl in der Union wie in Kanada ist der für die Vereinigten Staaten erfolgreiche Ausgang des Alaska-Streites (1903) als

ein sehr bedeutungsvolles Ereignis angesehen worden, und der kanadische Senator Périer behauptete sogar in öffentlicher Sitzung, der amerikanische Sieg sei „der Anfang des Unterganges der kanadischen Selbständigkeit", denn die Union verfolge offenbar das Ziel, Kanada von allen Seiten einzuschließen. Und acht Jahre später, im Februar 1911, sagte der demokratische Führer im Unterhause, Champ Clark, der kurz darauf Sprecher des Hauses wurde (1912 hätte er auf dem Nationalkonvent in Baltimore um ein Haar die Präsidentschaftsnomination erhalten), er hoffe, noch den Tag zu erleben, an dem das Sternenbanner auf jedem Quadratfuß britischen Bodens in Nordamerika bis hinauf zum Nordpol wehen werde. Diese freimütigen Worte drückten die geheimen Gedanken und Wünsche von Millionen Amerikanern aus. Durch den Kongreßabgeordneten Martin zu noch bestimmterer Fassung seiner Äußerung veranlaßt, sagte Champ Clark unumwunden: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß der Tag nicht fern ist, an dem Großbritannien all seine nordamerikanischen Besitzungen einen Teil dieser (der amerikanischen) Republik werden sieht. Das ist die Richtung, nach der die Dinge gegenwärtig drängen." Und der republikanische Kongreßabgeordnete Benett von New York ging sogar so weit, den Beschlußantrag einzubringen, das Haus möge den Präsidenten Taft ersuchen, mit der britischen Regierung Verhandlungen zwecks Angliederung Kanadas an die Vereinigten Staaten einzuleiten.

Diese Offenheit war natürlich politisch sehr inopportun, und Benetts Antrag wurde glatt abgelehnt; Taft tat ein übriges, indem er die Äußerung Clarks und den Antrag Benetts öffentlich desavouieren ließ. Die öffentliche Meinung in Amerika hat aber die beiden nicht verleugnet. Denn es ist eine durch keinerlei amtliche Unschuldserklärungen aus der Welt zu schaffende Tatsache, daß die Angliederung Kanadas einen sehr wesentlichen Bestandteil der imperialistischen Erwartungen der meisten amerikanischen Politiker bildet. Diese Hoffnungen sind durch wichtigere, aktuellere Probleme bis jetzt verdunkelt worden, geschwunden sind sie aber gewiß nicht. Rudyard Kiplings „Lady im Schnee" wird von Onkel Sam ganz im stillen umworben, nicht mit aufdringlichem, stürmischem Eifer, sondern in ruhiger, zielbewußter, unauffälliger Beflissenheit. Es liegt ihm fern, Kanada mit Gewalt an sich reißen zu wollen. Er verfolgt sein Ziel auf klügere Weise: Kanada wird seit Jahrzehnten planmäßig mit amerikanischem Geld und amerikanischen Siedlern durchsetzt. Und diese wirtschaftliche Eroberung schreitet, allen Anzeichen zufolge, rascher fort, als den Engländern lieb sein kann.

In Kanada kennt man diese stillen Absichten Amerikas natürlich ganz genau, und darum ist das amerikanisch-kanadische Gegenseitigkeitsabkommen von 1911, das der Washingtoner Kongreß bereits — im Unterhause mit großer Mehrheit — angenommen hatte, an dem Widerspruche Kanadas gescheitert. Das war die Antwort auf die

„Entgleisungen" im Washingtoner Repräsentantenhause und auf eine ziemlich ungeschickte Bankettrede Tafts, in der der Präsident so nebenher verriet, daß er das geplante Gegenseitigkeitsabkommen als ein Mittel ansah, „Kanada auch politisch mehr aus dem Reichszusammenhange Großbritanniens zu lösen und enger in den rein amerikanischen Interessenkreis einzufügen."

Die Monroe-Lehre hat durch ihre Dehnbarkeit und durch die stellenweise Unbestimmtheit ihrer Fassung es den späteren amerikanischen Generationen ermöglicht, sie in jeder Weise zu interpretieren und zu ergänzen, die jeweils dem Nutzen des Landes und den Absichten der Regierungen entsprach. Ursprünglich war sie, wie schon bemerkt, dem Beschlusse der Heiligen Allianz entsprungen, die wankende Macht Spaniens durch die Wiedereroberung der abgefallenen spanischen Kolonien Amerikas zu stützen, die spanische Macht in Amerika wiederherzustellen. Die treibende Kraft, die zu diesem Beschlusse führte, war die Furcht der Allianzmächte und Frankreichs, daß die Freiheitsbestrebungen der spanischen Kolonien ein verderbliches Beispiel für die eigenen Völker geben möchten. Andererseits hatte sich in Amerika, bei den Führern wie im Volke, der Gedanke festgesetzt, daß die Vereinigten Staaten nicht nur berechtigt, sondern als größter auf dem Grundsatze der Volkssouveränität aufgebauter amerikanischer Staat auch verpflichtet seien, den neu sich bildenden nationalen Gemein-

wesen jede moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Schon 1817 und 1818 wurde dieser Standpunkt im Kongreß auf Anregung Henry Clays eingehend erörtert; am 4. Mai 1822 genehmigte Präsident Monroe den Akt, durch den die Unabhängigkeit sämtlicher ehemaligen spanisch-amerikanischen Kolonien anerkannt wurde. Der amerikanische Gesandte in London, Rush, traf mit dem englischen Minister Canning die Abmachung, daß beide Länder gegen eine von Frankreich und der Heiligen Allianz beabsichtigte Pazifizierung der spanischen Kolonien Einspruch erheben sollten.

Daraufhin erließ Monroe am 2. Dezember 1823 die berühmt gewordene Jahresbotschaft an den Kongreß, deren wichtigste Sätze nachstehend wiedergegeben seien:

„Die Bürger der Vereinigten Staaten hegen die freundlichsten Gefühle zugunsten der Freiheit und des Glückes ihrer Nebenmenschen auf jener Seite des Atlantischen Ozeans. Wir haben niemals teilgenommen an den Kriegen der europäischen Mächte wie an den Angelegenheiten, die sich auf dieselben beziehen; auch vertrüge sich das nicht mit unserer Politik. Nur wenn unsere Rechte angegriffen oder ernstlich bedroht werden, rächen wir Beleidigung oder treffen wir Vorbereitungen zu unserer Verteidigung. Mit den Bewegungen auf dieser Hemisphäre sind wir notwendigerweise unmittelbar verknüpft, und zwar aus Gründen, die allen erleuchteten und unparteiischen Beobachtern offenbar sein müssen. Das politische System der verbündeten Mächte (gemeint sind die Mächte der Heiligen Allianz) ist in dieser Beziehung von dem Amerikas wesentlich verschieden. Dieser Unterschied ergibt sich aus demjenigen, der in ihren bezüglichen Regierungen vorhanden ist. Und der Verteidigung unserer eigenen Re-

gierung, die durch den Verlust von so viel Blut und Vermögen hergestellt und durch die Weisheit der erleuchtetsten Bürger reif geworden ist, unter der wir beispielloses Glück genossen haben, hat sich diese ganze Nation geweiht. Wir sind es deswegen der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen schuldig, die zwischen den Vereinigten Staaten und jenen Mächten existieren, zu erklären, daß **wir irgendwelchen Versuch ihrerseits, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten würden.** Mit den bestehenden Kolonien oder den von irgendeiner europäischen Macht abhängigen Ländern haben wir uns nicht befaßt und werden wir uns nicht befassen. Aber was die Regierungen anlangt, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet haben, und deren Unabhängigkeit wir nach großer Überlegung und auf gerechte Prinzipien hin anerkannt haben, so könnten wir irgendeinen Versuch zu dem Zwecke, sie zu unterdrücken, oder in irgendeiner andern Weise ihr Geschick zu bestimmen, von seiten irgendeiner europäischen Macht, in keinem anderen Lichte ansehen, als die Kundgebung einer unfreundlichen Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten. In dem Kriege zwischen diesen neuen Regierungen und Spanien erklärten wir unsere Neutralität zu der Zeit ihrer Anerkennung, und hieran haben wir festgehalten und werden wir fortgesetzt festhalten, falls keine Veränderung eintritt, die nach dem Urteil der maßgebenden Autoritäten dieser Regierung eine entsprechende Veränderung seitens der Vereinigten Staaten für ihre Sicherheit unerläßlich machen sollte.

Die Ereignisse, die sich kürzlich in Spanien und Portugal zugetragen haben, zeigen, daß es in Europa noch schwankende und ungeordnete Zustände gibt. Kein stärkerer Beweis dieser wichtigen Tatsache kann angeführt werden, als daß die verbündeten Mächte es für passend erachtet haben, nach einem für sie selbst befriedigenden Prinzip, mit Gewalt, sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu mischen. Bis zu welcher Ausdehnung eine solche Ein-

mischung durchgeführt werden mag nach demselben Prinzip, das ist eine Frage, an der alle unabhängigen Mächte, deren Regierungen von den ihrigen verschieden sind, Interesse haben, selbst die entferntesten, und sicherlich keine mehr als die Vereinigten Staaten. Unsere Politik im Hinblick auf Europa, die zu einer frühen Periode der Kriege angenommen wurde, die jenes Viertel des Erdballs so lange bewegt haben, bleibt nichtsdestoweniger dieselbe, die darin besteht, sich nicht in die inneren Verhältnisse einer seiner Mächte zu mischen, jede de facto existierende Regierung als die für uns gesetzmäßige zu betrachten, freundliche Beziehungen mit ihr zu pflegen und diese Beziehungen durch eine offene, feste und männliche Politik zu erhalten, in allen Fällen den gerechten Ansprüchen jeder Macht entgegenzukommen und uns Beleidigungen von keiner zu unterwerfen. Aber in Beziehung zu diesen Kontinenten sind die Umstände hervorragend und sichtbarlich verschieden. Es ist unmöglich, daß die verbündeten Mächte ihr politisches System auf irgendeinen Teil eines der beiden Kontinente ausdehnen sollten, ohne unseren Frieden und unser Glück zu gefährden; auch kann niemand glauben, daß unsere südlichen Brüder, sich selbst überlassen, es aus eigenem Antrieb annehmen würden. Es ist deshalb gleicherweise unmöglich, daß wir solche Einmischung, in irgendwelcher Gestalt, mit Gleichgültigkeit ansehen sollten. Wenn wir auf die verhältnismäßige Stärke und die Hilfsquellen Spaniens und jener neuen Regierungen und auf die Entfernungen, die sie trennen, blicken, muß es offenbar sein, daß dasselbe sie nie unterjochen kann. Es ist die richtige Politik der Vereinigten Staaten, die Parteien sich selber zu überlassen, in der Hoffnung, daß andere Mächte denselben Weg einschlagen werden."

Es ist für die Beurteilung der politischen Qualifikation der Monroe-Lehre wichtig, daß sie lediglich eine persönliche Meinungsäußerung des Präsidenten James Monroe darstellt, über die der Kon-

greß — die allein zuständige Instanz für bindende politische Maßregeln — keinerlei Beschluß gefaßt und die er somit auch nicht genehmigt hat. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Weltgeschichte, daß ein solcher rein individueller Meinungsausdruck zur ehernen „Doktrin" werden konnte mit dem Anspruch auf vollste Beachtung im Inlande sowohl wie auf internationale Geltung. Den Amerikanern (trotzdem nur wenige die Entstehungsgeschichte und die politische Tragweite, ja selbst nur den Wortlaut der Botschaft von 1823 kennen) ist die Monroe-Doktrin so unantastbar wie dem Orthodoxen die Heilige Schrift; und die Tatsache, daß England sie 1895 anerkannte, hat sie tatsächlich, trotzdem sie außerhalb des Völkerrechts steht, zu einem internationalen Faktor gemacht.

Das Bedenklichste an diesem Zustande ist, daß sie kein fest formulierter Akt ist, daß sie in fortwährendem Fluß begriffen ist, daß jeder amerikanische Staatsmann, der gerade an der Macht ist, sie nach den augenblicklichen Erfordernissen dehnen und strecken, in sie alles hinein- und aus ihr alles wegdeuten kann, was gerade dem politischen Interesse Amerikas entspricht. So hat der Satz: „Mit den bestehenden Kolonien oder den von irgendeiner europäischen Macht abhängigen Ländern haben wir uns nicht befaßt und werden wir uns nicht befassen," die Vereinigten Staaten nicht abgehalten, sich mit Kuba sehr nachdrücklich zu befassen und sich sogar fremde Kolonien anzueignen. Der Schutz, den die Monroe-Doktrin den amerikanischen Ländern

verhieß, hat einen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Theodore Roosevelt, nicht verhindert, 1903 eine Politik zu befolgen, die, mit zweifelhaften, ja anrüchigen Mitteln betrieben, zur gewaltsamen Losreißung der Provinz Panama von der Republik Columbia führte, der Provinz, durch deren Gebiet der Panamakanal geht. Im Jahre 1911, als im amerikanischen Kongreß die Verhandlungen wegen einer Geldentschädigung an Columbia dem Abschlusse nahe und Präsident Taft eifrig bemüht war, den von seinem Vorgänger eingeleiteten peinlichen Handel, den man selbst drüben als das „schwärzeste Blatt in der Geschichte Amerikas" bezeichnet hat, vergessen zu machen, sagte Roosevelt in einer öffentlichen Rede: „Ich bin am Panamakanal interessiert, denn ich brachte ihn in Gang. Hätte ich die üblichen konservativen Methoden eingeschlagen, so hätte ich dem Kongreß ein würdiges Staatspapier von vielleicht zweihundert Seiten überreicht, und die Rederei würde jetzt noch nicht zu Ende sein. Aber ich habe die Kanalzone genommen, ich ließ den Kongreß reden, und während er redet, wird der Kanal gebaut." Auch dafür hat die Monroe-Orthodoxie eine „Auslegung" und Rechtfertigung gefunden.

Die wenigen Amerikaner, die den Mut aufbringen, sich zur Monroe-Doktrin kritisch zu äußern (so u. a. Professor Goldwin Smith), haben rundheraus erklärt, daß Imperialismus und Kolonialpolitik mit der Monroe-Lehre gänzlich unvereinbar seien. Diesen Kritikern wird kühl geantwortet: „Sie

scheinen ganz zu übersehen, daß die Monroe-Doktrin des Mr. Monroe und die Monroe-Doktrin von heute zwei ganz verschiedene Dinge sind."*

Das sind sie allerdings. Man braucht, um den Unterschied zwischen den beiden — d. h. die Fortentwicklung der ursprünglichen Monroe-Lehre in imperialistischer Richtung — abzuschätzen, nur die eben angeführten Sätze aus der Botschaft von 1823 mit der Erklärung Olneys an Salisbury 1895 zu vergleichen.

Damit ist aber, wie die Tatsachen lehren, diese Fortentwicklung noch nicht abgeschlossen. Aus der gestreckten Monroe-Doktrin von heute kann immer eine noch weitergehende Monroe-Doktrin von morgen werden.

Bis vor wenigen Jahren hatte man angenommen, daß die Monroe-Lehre nur der Abwehr europäischer oder sonst fremder Einflüsse, die von Staaten ausgehen, gelte. Im August 1912 dehnte indessen der amerikanische Senat auf Antrag Henry C. Lodges diese Abwehr auch auf fremde Korporationen, Aktiengesellschaften usw. aus. Im vorangegangenen Jahre war in Amerika das Gerücht verbreitet, daß die japanische Regierung hinter der Gesellschaft stehe, die in der Nähe der Magdalenabai (im mexikanischen Niederkalifornien) Land ankaufte. Das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten stellte selbst fest, daß dieses Gerücht unbegründet sei; trotzdem nahm der Senat einstimmig die Lodge-Resolution an, daß „die Regierung

* Bradley Martin jun. im „Nineteenth Century", September 1900.

der Vereinigten Staaten nicht ohne ernste Besorgnis einen solchen Hafen oder einen andern Platz im Besitze einer Korporation oder Gesellschaft erblicken könne, die mit einer nicht-amerikanischen Regierung in Beziehung von solcher Art steht, daß ihr eine Kontrolle über diesen Hafen für nationale Zwecke ermöglicht wird". Darüber schüttelte selbst die „Times" bedenklich den Kopf. Denn eine „Korporation oder Gesellschaft" ist heutzutage international zusammengesetzt, und eine Gesellschaft, die ihren Geschäftssitz in Tokio hat, kann recht gut englische Aktionäre und Verwaltungsräte aufweisen. Die Lodge-Doktrin kann also in ihren letzten Folgen unter Umständen unangenehme Verwicklungen für England herbeiführen.

Eine noch viel ausgedehntere Erweiterung erfuhr die Monroe-Doktrin 1913 durch die im Jahre zuvor zur Herrschaft gelangte demokratische Partei, gerade derjenigen Partei, die unter Bryan jede imperialistische Ausdehnung, jede Einmischung Amerikas in fremdstaatliche Angelegenheiten auf das heftigste bekämpft hatte.

Schon unter den republikanischen Regierungen Roosevelt und Taft, ganz besonders durch Roosevelt, war der Schutzherrschaft der Union über die lateinischen Republiken, wie sie die Monroe-Lehre vorsah, eine neue, stark erweiterte Auslegung gegeben worden. Die Vereinigten Staaten sollten von nun ab nicht allein das Recht und die Pflicht haben, europäische Festsetzungen in Amerika zu verhindern; sie sollten nicht nur das Recht haben,

einer europäischen Regierung, die sich gezwungen sehen würde, säumige amerikanische Schuldner mit Machtmitteln zur Zahlung zu veranlassen, genau vorzuschreiben, wie weit diese Regierung bei einer solchen Aktion gehen dürfe. Weit darüber hinaus erklärte Roosevelt den amerikanischen Ländern, es sei das Recht und die Pflicht der Vereinigten Staaten, die anderen amerikanischen Republiken dahin zu bringen, daß sie durch ihr Verhalten den Europäern keine Veranlassung zum Einschreiten geben. Die Monroe-Doktrin gebe der Unions-Regierung das Recht, gegen jedes amerikanische Land, das sich schlecht führe, das z. B. Schulden mache ohne die Gewißheit, sie pünktlich zurückzahlen zu können, einzuschreiten. „Die Monroe-Lehre," sagte er, „mag die Vereinigten Staaten, wenn auch widerstrebend, dazu zwingen, in flagranten Fällen des Unrechttuns oder der Unfähigkeit eine Polizeigewalt auf der westlichen Halbkugel auszuüben." Das war Roosevelts berühmter „großer Stock", der „big stick".

Auf Grund dieser neuen Auslegung unternahm es Staatssekretär Knox in einem Vertrage mit Nikaragua, die Finanzen dieser ewig bankrotten mittelamerikanischen Republik durch Zuwendungen und Darlehen von amerikanischer Seite zu ordnen. Dafür sollten aber die Finanzen Nikaraguas von Beamten der Vereinigten Staaten verwaltet werden. Gegen weitere Zahlung von drei Millionen sollte die Nordamerikanische Union das alleinige Recht erhalten, einen interozeanischen Kanal durch nikaraguanisches Gebiet zu bauen (eine amerika-

nische Vorsichtsmaßregel für den Fall, daß irgendeine europäische Macht einen Konkurrenzwasserweg zum Panamakanal sollte herstellen wollen), und außerdem einen Flottenstützpunkt in der Fonsecabai am Stillen Ozean errichten dürfen. Das war die „Dollardiplomatie" des Herrn Knox, die letzten Endes auf ein finanzielles Protektorat der Vereinigten Staaten über alle dem Panamakanal benachbarten Länder hinauslief. Der Vertrag mit Nikaragua wurde damals vom Kongreß beiseitegelegt, weil er, wie Senator Bacon sich ausdrückte, in der von Knox entworfenen Fassung dazu führen würde, daß lediglich einige amerikanische Bankiers durch amerikanische Kriegsschiffe und Kanonen sichergestellt würden.

Zur nicht geringen Überraschung des Kongresses und der ganzen politischen Welt Amerikas teilte Bryan — derselbe, der noch kurz zuvor nicht heftig genug gegen die republikanische Politik des „big stick" und des Dollars eifern konnte — im Juli 1913 als Staatssekretär dem Senatsausschusse für auswärtige Beziehungen einen von ihm verfaßten Vertragsentwurf mit, der noch weit über die Absichten Roosevelts und Knox' hinausging. Der Entwurf glich nach Inhalt und Tendenz dem sogenannten „Platt-Amendment" zur Verfassung Kubas, durch welches diese Insel fast gänzlich unter amerikanische Kontrolle gestellt wurde.

Bryans Nikaragua-Vertrag enthielt folgende Bestimmungen: 1. Die Regierung Nikaraguas verpflichtet sich, niemals in einen Vertrag oder

irgendeine Abmachung mit irgendeiner fremden Macht oder fremden Mächten einzutreten, wodurch die Unabhängigkeit Nikaraguas geschmälert wird oder werden könnte; noch wird sie eine fremde Macht ermächtigen oder ihr gestatten, im Wege der Kolonisation oder für militärische oder Marinezwecke oder sonstwie sich irgendwo in Nikaragua festzusetzen oder die Herrschaft über irgendeinen Teil Nikaraguas sich anzueignen. 2. Die Regierung Nikaraguas wird keine öffentlichen Schulden aufnehmen, für deren Zinsenzahlung und Tilgung die ordentlichen Einnahmen des Landes, nach Bestreitung der laufenden Regierungsausgaben, unzureichend sind. 3. Die Regierung Nikaraguas erklärt sich damit einverstanden, daß die Vereinigten Staaten das Recht der Intervention ausüben, um die Unabhängigkeit Nikaraguas zu sichern und eine Regierung aufrechtzuerhalten, die in der Lage ist, Leben, Eigentum und persönliche Freiheit zu schützen.

Bryan hatte den Vertrag, wie er ausdrücklich erklärte, mit voller Billigung des Präsidenten Wilson entworfen, der, wie er sagte, dem Gedanken seine begeisterte Zustimmung entgegenbringe. Das war freilich um so auffälliger, als Wilson sich stets zu dem Grundsatze der Nichteinmischung Amerikas in die Angelegenheiten anderer Staaten entschieden bekannt hatte. Er war darin so weit gegangen, daß er, kaum Präsident geworden, die traditionelle China-Politik der Vereinigten Staaten, sich dort wirtschaftlich zu größtmöglicher Geltung zu bringen,

sozusagen über Nacht umstieß, indem er den Rücktritt der amerikanischen Regierung von der Sechs-Mächte-Anleihe ankündigte und den New Yorker Bankiers von der Beteiligung an der Anleihe widerriet. Dies mit der Begründung, daß „die Bedingungen der Anleihe die administrative Unabhängigkeit Chinas anscheinend beeinträchtigen, und daß die amerikanische Regierung nicht einmal indirekt (by implication) bei einem solchen Handel mittun sollte". Und in einer Botschaft an den Kongreß hatte Wilson in Übereinstimmung mit seinem früheren Standpunkt die Dollardiplomatie seiner Vorgänger scharf gerügt, sie förmlich in Acht und Bann getan. Nun billigte er ein Abkommen, das bestimmt war, einem unabhängigen Staate das Recht der freien Entschließung in den wichtigsten nationalen Angelegenheiten zu nehmen und es politisch wie finanziell der amerikanischen Oberaufsicht zu unterwerfen! Dabei sollte Bryans Nikaragua-Vertrag nur der erste in einer Reihe weiterer solcher Abkommen sein, die dem gleichen Zwecke dienen würden: die Nachbarstaaten des Panamakanals so weit wie möglich unter die Botmäßigkeit der Vereinigten Staaten zu bringen.

So folgten, um nur die wichtigsten Auslegungen der Monroe-Doktrin zu nennen, dieser die Olney-, die Lodge-, die Roosevelt-, die Knox- und die Bryan-Doktrin. Damit ist die Reihe jedoch noch nicht geschlossen. Noch dasselbe Jahr 1913, in dem sich die aufsehenerregende Schwenkung Wilsons und Bryans vollzog, bescherte den Amerikanern eine

zweite Roosevelt-Doktrin und eine Wilson-Doktrin. Diese beiden letzten bedeuten eine völlige Abkehr von dem politischen Charakter der ursprünglichen Monroe-Lehre und ihrer bisherigen Erweiterungen. Die neueste Monroe-Doktrin ist ausgesprochen wirtschaftlicher Natur. Sie verschmilzt mit dem Panamerikanismus zu der Tendenz, die ganze nichtamerikanische Staatenwelt von der freien wirtschaftlichen Betätigung in Amerika auszuschließen.

Die panamerikanische Bewegung ist von James G. Blaine (Staatssekretär unter den Präsidenten Arthur und Harrison) vor etwas über dreißig Jahren in Fluß gebracht worden. Ihr Ziel ist die friedliche Zusammenfassung aller unabhängigen amerikanischen Staaten (also ohne Einschluß Kanadas) zu einem Völkerbunde, der seine gemeinsamen Angelegenheiten auf Grund gemeinsamer Beschlüsse und Vereinbarungen ordnen soll. Dieser Bund soll unter der Führung der Vereinigten Staaten stehen, die den amerikanischen Ländern im Sinne der Monroe-Doktrin Schutz gegen jede Einmischung von außen gewährleisten würden. In Amerika behaupten die Auguren, daß dieses Ziel rein ideeller Natur sei. Es ist zuzugeben, daß der panamerikanische Gedanke großzügig, weitschauend, staatsmännisch ist; aber ideell ist er bestimmt nicht. Er ist vielmehr eminent praktisch, und zwar für die Vereinigten Staaten, wirtschaftlich und politisch; denn die Vereinigten Staaten beanspruchen, wie gesagt, die erste Stellung in dem Bunde, sie wollen

das Haupt All-Amerikas sein. Der Panamerikanismus soll nach dem Wunsche und den Absichten der Vereinigten Staaten den Graben gegen die nichtamerikanische Welt vertiefen, politische und wirtschaftliche Einflüsse Europas gänzlich ausschalten, mit anderen Worten: der Nordamerikanischen Union als der politisch und wirtschaftlich stärksten amerikanischen Macht eine konkurrenzlose Bahn nach Mexiko, Mittel- und Südamerika ebnen. Das Mißtrauen, das die kubanische, mexikanische und nikaraguanische Politik der Vereinigten Staaten, vor allem die häufigen Erweiterungen der Monroe-Doktrin, Roosevelts „big stick“ und die Dollardiplomatie Knox' und Bryans bei den lateinischen Republiken hervorrief, hat zur Folge, daß die panamerikanischen Pläne der Union nur langsam reifen.

Die mittelamerikanischen Republiken waren empört über die Zustimmung Nikaraguas zu dem Bryanschen Plane (es heißt sogar, die Idee sei von Nikaragua ausgegangen), der, wie auch sie begreifen, auf die „Kubanisierung“ ganz Mittelamerikas gerichtet ist. Es ist den Bemühungen der Vereinigten Staaten nicht nur nicht gelungen, die übrigen amerikanischen Länder zur Anerkennung der Monroe-Doktrin zu veranlassen, die lateinischen Republiken haben sogar eine Gegendoktrin aufgestellt, die nach ihrem Urheber, einem früheren argentinischen Minister des Äußern, die „Drago-Doktrin“ heißt. Sie verlangt, daß es keinem Staate erlaubt sein soll, Schulden von einem anderen Staate gewaltsam einzutreiben. In einer 1902 an

die Unions-Regierung gerichteten Note stellte der Minister Dr. Luis Drago folgenden Grundsatz auf:

„Die Beitreibung von Anleihen auf militärischem Wege schließt, um sie wirksam zu machen, Gebietsbesetzung in sich, und Gebietsbesetzung bedeutet die Unterdrückung oder Unterordnung derjenigen Staatsregierungen, denen sie auferlegt wird. Eine solche Sachlage steht offensichtlich im Widerspruch zu den von den amerikanischen Nationen oftmals erklärten Grundsätzen und besonders zu der so eifrig bei allen Gelegenheiten von den Vereinigten Staaten aufrechterhaltenen und verteidigten Monroe-Doktrin, einer Doktrin, der die Argentinische Republik bisher in vollem Umfange beigestimmt hat."

Der Aufforderung, diesem Grundsatze beizustimmen, sind die Vereinigten Staaten bisher begreiflicherweise nicht nachgekommen.

Es ist erklärlich, daß große, fortschrittliche Staatswesen wie Argentinien, Brasilien und Chile (die sog. „Abc-Staaten") den wachsenden Vormachtsansprüchen und Bevormundungsversuchen der Nordamerikanischen Union einen zähen, wenn auch stillen Widerstand entgegensetzen. Sie sind durch die immer wiederkehrenden Hinweise auf die „durch die geographische Lage geschaffenen Bande" und auf die „nationalen Sympathien zwischen der romanischen und der angelsächsischen Rasse" nicht irrezuführen. Letztere sind nicht vorhanden, und was die geographische Nachbarschaft betrifft, so können die Südamerikaner schneller und bequemer nach Paris und Madrid als nach New York gelangen. Die Folge des steigenden Selbstbewußtseins der großen südamerikanischen Republiken und ihrer

Zurückhaltung gegenüber den panamerikanischen Bestrebungen war, daß die Vereinigten Staaten den politischen Umfang der Monroe-Doktrin einschränkten und ihre Tendenz in eine vorwiegend wirtschaftliche verwandelten. Als Roosevelt auf seiner südamerikanischen Reise im November 1913 in Buenos Aires weilte, erklärte er in einer öffentlichen Rede, daß jene Republiken Südamerikas, die, wie Argentinien, sich zu wohlgeordneten Staatswesen entwickelt haben, des Schutzes der Monroe-Doktrin nicht mehr bedürften, daß diese also in ihrer ursprünglichen Bedeutung hinfällig geworden sei. An die Stelle der Lehre Monroes müsse eine mehr wirtschaftliche als politische Interessengemeinschaft treten. Von einer Vormachtsstellung oder gar einer Polizeigewalt der Union sprach Roosevelt kein Wort mehr.

Weit bestimmter wies Präsident Wilson der Monroe-Doktrin ihre neuen Wege, die Bahn, die direkt in den Panamerikanismus mündet. In einer Rede, die er Oktober 1913 in Mobile (Alabama) hielt, erklärte auch er, ein Teil der südamerikanischen Republiken sei politisch und wirtschaftlich hinlänglich fortgeschritten, um des Schutzes der Vereinigten Staaten entbehren zu können. Dagegen sei es die Pflicht der Vereinigten Staaten, die anderen amerikanischen Republiken von der „drückenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa" zu befreien, die ihren vollen Aufschwung hindere. Diese Doktrin hat Wilson im Dezember 1915, als der jetzige Krieg schon sechzehn Monate

im Gange war, in einer Botschaft an den Kongreß als Staatsprinzip proklamiert. Er erklärte die Unabhängigkeit der einundzwanzig amerikanischen Staaten für unantastbar; eine Einmischung soll nur gegenüber denjenigen Staaten statthaft sein, in denen noch keine geordneten Verhältnisse herrschen; mit anderen Worten, die Monroe-Doktrin soll in Zukunft auf die den Vereinigten Staaten benachbarten Länder beschränkt werden. Der Kern der Wilson-Doktrin liegt aber in der Forderung eines allamerikanischen Verbandes „zur Verteidigung gemeinsamer Rechte gegen europäische und asiatische Mächte“ und der „Befreiung der amerikanischen Länder vom europäischen Kapital und dessen Ersatz durch das nordamerikanische“.

Als eine interessante Unterabteilung der Wilson-Doktrin erscheint die von dem Präsidenten im Zusammenhang mit seiner Lehre befolgte Konzessionspolitik. Sie will die Auffassung zur Geltung bringen, daß die Gewährung von Petroleumkonzessionen an europäische Unternehmer durch schwächere amerikanische Staaten, weil sie deren Selbständigkeit bedrohe, dem Geiste der Monroe-Lehre zuwiderlaufe. Ihre ersten praktischen Erfolge hat diese neue Richtung in dem erfolgreichen Widerstande der Unions-Regierung gegen die von englischen Gesellschaften in Mexiko, Columbia, Nikaragua und Ekuador erworbenen oder erstrebten Petroleumkonzessionen gehabt. Auch hier liegt die rein kommerzielle Natur des Wilsonschen Staatsprinzips klar an der Oberfläche.

Aus den zahlreichen Abhandlungen ernst zu nehmender Amerikaner über die Lehre des Präsidenten geht hervor, daß man in Amerika erwartet, der jetzige Krieg werde die panamerikanischen Pläne, denen Wilson eine so unzweideutige Fassung verliehen hat, verwirklichen. Eine solche Entwicklung hat 1915 auch Lord Loreburn prophezeit, als er im englischen Oberhause sagte, die lange Dauer des Krieges werde zum Bankerott Europas führen, und seine Nutznießer würden die außereuropäischen Großmächte sein. Wieweit diese Erwartungen und Befürchtungen gerechtfertigt sind, läßt sich zur Stunde nicht beurteilen. So leicht, wie man es sich in den Vereinigten Staaten anscheinend vorstellt, wird sich die kommerzielle Eroberung All-Amerikas wohl kaum durchführen lassen. Dem stellt sich schon das stets neu erwachende Mißtrauen der lateinischen Republiken entgegen, die befürchten, ihrer wirtschaftlichen Durchdringung durch die nordamerikanische Nation werde unausbleiblich die politische folgen. Es schreckt sie das Beispiel Mexikos und Nikaraguas.

In die inneren Angelegenheiten Mexikos hat Wilson vor drei Jahren schroff eingegriffen, und seither schwankt seine mexikanische Politik zwischen unbegreiflicher Nachgiebigkeit und fast unverhüllten Protektoratsabsichten, wie im Frühjahr 1914, als Argentinien, Brasilien und Chile entschlossen gegen diesen Plan Front machten. Noch andere Züge des amerikanischen Vorgehens in Mexiko haben auf die lateinischen Länder Eindruck gemacht. In einem

New Yorker Bericht der „Frankfurter Zeitung" vom 29. März 1916 heißt es:

„Im amerikanischen Senat werden jetzt wieder einmal einige Phasen der mexikanischen Revolution unter die Lupe genommen. Mr. L. Meyer von Chicago, ein Vertreter amerikanischer Bankiers, die ein Sisalhanf-Syndikat in Yucatan finanzierten, erschien vor einer Senatskommission und erklärte, die International Harvester Company habe vierhundertachtzigtausend Dollar hergegeben, um eine Revolution in dem genannten mexikanischen Staate herbeizuführen mit dem Zweck, ihr die ganze Produktion der Sisalfaser zu sichern. Ähnlich sprach sich Dr. Victor Rendon, ein Mexikaner, aus. Es ist nur schade, daß nicht auch die Schiebungen, welche amerikanische Öl- und Bergwerks-Interessenten in Mexiko gemacht haben, untersucht werden. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß dann sicherlich viel Licht über Geschehnisse verbreitet würde, die man sich gegenwärtig noch nicht erklären kann."

Im Februar 1916 ist der früher erwähnte Vertrag mit Nikaragua zustandegekommen und ein ähnlicher mit Haiti, Verträge, durch die diese beiden Länder geradezu amerikanische Schutzgebiete geworden sind. In seiner Empörung über den Handel schrieb der frühere Minister des Innern in Nikaragua, Buitrago Diaz, der gegenwärtig in New York lebt, an die dortige „Times":

„Die Amerikaner säen Wind und werden Sturm ernten. Sie haben sich nie Mühe gegeben, die Psychologie der Latino-Amerikaner zu verstehen. So mögen gegenwärtig ihre Marinetruppen Managua besetzen, um einen Protest der Bevölkerung Nikaraguas zu verhindern; aber eines Tages wird sich die große Republik in einem schweren Konflikt mit einer europäischen Nation sehen, und dann ist unsere Stunde gekommen. Die geraubten Landesteile müssen

dann nicht nur gegen Europa verteidigt werden, sondern auch gegen die Bevölkerung von Nikaragua."

Nicht nur in einem Teile der Bevölkerung von Nikaragua, auch in den benachbarten Republiken Costa Rica, El Salvador und Honduras rief der Vertragsabschluß starke Erregung, sogar Proteste an die Adresse Washingtons hervor. Dies hatte zur Folge, daß dem Vertrage ein Zusatz angefügt wurde, der die Versicherung enthält, daß durch das Abkommen mit Nikaragua die Rechte der drei genannten Staaten nicht beeinträchtigt werden sollen. Einen beruhigenden Einfluß hat diese inhaltlose Erklärung begreiflicherweise nicht geübt.

Im ganzen läßt sich eher eine Verschärfung als ein Nachlassen des all-amerikanischen Mißtrauens gegen die Union während des jetzigen Krieges feststellen. Eine solche Stimmung ist der Verwirklichung solch weitausgreifender Pläne, wie sie die Wilsonsche Doktrin in ihrem Schoße birgt, gewiß nicht förderlich.

Andrew D. White, der in Deutschland wie in seiner Heimat gleich angesehene Historiker und Diplomat, sagte in einem Essay „Die Botschaft des neunzehnten an das zwanzigste Jahrhundert": der grundlegende Unterschied zwischen den alten und den modernen Zivilisationen sei der, daß die ersteren von einer einzigen Idee beherrscht worden seien, deshalb schnell in die Höhe schossen, um ebenso schnell wieder zu versinken; das Kennzeichen der modernen Zivilisationen dagegen sei, daß sie viel-

seitig sind; ihr Emporkommen hat infolgedessen länger gedauert, dafür sind sie aber zu desto längerer Lebensdauer bestimmt. Er sagt seinen Landsleuten warnend, die amerikanische Zivilisation sei rasch hochgekommen, weil sie einseitig sei: „commercialism“ sei der das amerikanische Leben beherrschende Faktor, und der aufstrebenden Generation erwachse daher die Pflicht, sich von dieser gefährlichen Einseitigkeit abzuwenden.

Ein anderer hellsichtiger Kopf, Professor Edward Alsworth Roß, ein hervorragender Soziologe, hat demselben Gedanken in ähnlicher Form Ausdruck gegeben. Auch dieser ausgezeichnete Kenner der amerikanischen Staats- und Volkspsychologie nennt das große organische Übel, an dem Amerika krankt, „commercialism rampant“, das wuchernde Übel des ausschließlichen kommerziellen Denkens und Strebens. Und die besten Amerikaner wissen, daß die beiden recht haben.

Zeittafel

Präsidenten

1789—97	George Washington.
1797—1801	John Adams.
1801—09	Thomas Jefferson.
1809—17	James Madison.
1817—25	James Monroe.
1825—29	John Quincy Adams.
1829—37	Andrew Jackson (Dem.).
1837—41	Martin van Buren (Dem.).
1841	William Henry Harrison (Whig).
1841—45	John Tyler (Whig).
1845—49	James Knox Polk (Dem.).
1849—50	Zachary Taylor (Whig).
1850—53	Milliard Fillmore (Whig).
1853—57	Franklin Pierce (Dem.).
1857—61	James Buchanan (Dem.).
1861—65	Abraham Lincoln (Rep.).
1865—69	Andrew Johnson (Rep.).
1869—77	Ulysses Simpson Grant (Rep.).
1877—81	Rutherford Richard Hayes (Rep.).
1881	James Abram Garfield (Rep.).
1881—85	Chester Allan Arthur (Rep.).
1885—89	Stephen Grover Cleveland (Dem.).
1889—93	Benjamin Harrison (Rep.).
1893—97	Stephen Grover Cleveland (Dem.).
1897—1901	William MacKinley (Rep.).
1901—09	Theodore Roosevelt (Rep.).
1909—13	William Howard Taft (Rep.).
1913—	Woodrow Wilson (Dem.).

Ereignisse

1492	Entdeckung Amerikas.
1497	Giovanni Gabotto erreicht in englischen Diensten die Ostküste Nordamerikas.

1606	Gründung der Kolonie Virginia.
1620	Landung der Pilgrimväter in „Neu-England".
1674	Holland tritt Neu-Amsterdam — New York — an England ab.
1763	Frankreich tritt Kanada an England ab.
1775—82	Unabhängigkeitskrieg der dreizehn Kolonien.
1776	Unabhängigkeitserklärung (4. Juli).
1787	Annahme der Bundesverfassung.
1789	Inkrafttreten der Bundesverfassung (4. März).
1803	Ankauf Louisianas von Frankreich.
1812—15	Krieg gegen England.
1819	Ankauf Floridas von Spanien.
1823	Botschaft des Präsidenten Monroe gegen die Einmischung europäischer Mächte in amerikanische Angelegenheiten (Monroe-Doktrin).
1828	Präsidentenwahl Jacksons (Dem Sieger gehört die Beute!).
1833	Gründung der amerikanischen Antisklaverei-Gesellschaft.
1845	Annexion von Texas.
1846—48	Krieg gegen Mexiko; Erwerbung von Kalifornien und Neu-Mexiko.
1852	„Onkel Toms Hütte" erschienen.
1853	Expedition des Admirals Perry nach Japan.
1856	Erste Konvention der republikanischen Partei.
1861—65	Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südstaaten.
1861—85	Vierundzwanzigjährige Herrschaft der Republikaner.
1867	Ankauf der Halbinsel Alaska von Rußland.
1869	Eröffnung der Pazifikbahn.
1871	Erster Tammany-Skandal in New York (Boss Tweed).
1876	Erste amerikanische Weltausstellung in Philadelphia.

1882 Rockefellers „Standard Oil Company" monopolisiert das Petroleum.
1889 Erster panamerikanischer Kongreß in Washington.
1890 Übergang zum Hochschutzzoll durch den Mac-Kinley-Tarif. — Erstes Gesetz gegen die Trusts.
1895 Konflikt mit England wegen Venezuela.
1896 Bryans Kampf für die Silberwährung.
1898 Spanisch-Amerikanischer Krieg, Schutzherrschaft über Kuba, Erwerbung von Portoriko, Guam, den Philippinen und den Hawai-Inseln. — Einführung der Initiative und des Referendums im Staate Süd-Dakota.
1899 Erwerbung eines Teils der Samoa-Inseln.
1900 Einführung des „Commission-government" in der Stadt Galveston.
1901 Amerika sichert sich durch den Hay-Pauncefote-Vertrag mit England den Bau des Panamakanals.
1903 Gründung der Republik Panama und Wiederaufnahme des Kanalbaus.
1905 Schutzvertrag mit San Domingo.
1908 Einführung des „Recall" im Staate Oregon.
1910 Der erste Sozialist im Bundeskongreß.
1911 Englisch-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag.
1913 Einführung der direkten Volkswahlen zum Bundessenat.
1914 Konflikt mit Mexiko; eine amerikanische Flotte besetzt Veracruz.
1915 Eröffnung des Panamakanals. — Botschaft des Präsidenten Wilson über die Pflicht der Vereinigten Staaten, die anderen amerikanischen Republiken aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa zu befreien (Wilson-Doktrin).
1916 Schutzvertrag mit Nikaragua und Haiti. — Wahlkampf zwischen Wilson (Dem.) und Hughes (Rep.).

Fortsetzung nächste Seite


Ullstein & Co
Berlin SW 68